

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz

jonas.amstutz@bj.admin.ch

15. Januar 2025

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG) vom 23. März 2007 (SR 312.5) eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat begrüsst, dass der Bund im Rahmen der geplanten Revision des Opferhilfegesetzes vorsieht, Opfern von sexueller und häuslicher Gewalt die Möglichkeit zu geben, spezialisierte medizinische und rechtsmedizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen, ohne eine Strafanzeige erstatten zu müssen. Im Kanton Aargau wird diese Möglichkeit bereits seit 2015 durch die Opferhilfe zusammen mit dem Institut für Rechtsmedizin und der Frauenklinik der Kantonsspital Aarau AG sichergestellt. Die Opferhilfe übernimmt die Kosten für diese forensischen Untersuchungen. Der Regierungsrat unterstützt auch das Bestreben, die Hilfsangebote der Kantone verstärkt bekannt zu machen, um sicherzustellen, dass mehr Betroffene Zugang zu den bestehenden Unterstützungsangeboten erhalten. Der Regierungsrat erachtet eine koordinierte Umsetzung von Massnahmen durch Bund und Kantone als sinnvoll. Es wäre wünschenswert, wenn der Bund konkret aufzeigen würde, welche Kosten den Kantonen in der Opferhilfe durch zusätzliche personelle Ressourcen infolge der besseren Bekanntmachung der Angebote entstehen. Der Regierungsrat regt zudem an, analog zur Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vom 8. November 2024, den Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz-, Not- und Anschlussunterkünften im Rahmen der Teilrevision zu konkretisieren und zu ergänzen.

Zu den einzelnen Artikeln des Opferhilfegesetzes:

Zu Art. 1 Abs. 4

Der Regierungsrat begrüsst die Präzisierung, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig davon besteht, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht. Dies ist im Kanton Aargau bereits Praxis.

Zu Art. 8 Abs. 1 und 3

Der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag sollte nicht nur die Kantone betreffen, sondern auch dem Bund eine aktive Rolle zuweisen. Entscheidend ist, dass die Bekanntmachung

der Angebote durch Bund und Kantone koordiniert erfolgt, damit die Opfer in der ganzen Schweiz die gleiche Unterstützung erhalten. Der Regierungsrat beantragt entsprechend, Art. 8 Abs. 1 wie folgt anzupassen:

¹ Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.

Zudem ist unter Kapitel 5 des Opferhilfegesetzes (finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes) die Bekanntmachung entsprechend zu ergänzen.

Zu Art. 14a Abs. 1 Bst. a

Aus Sicht des Regierungsrats ist zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich der Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert und nicht aufgrund von Kostenüberlegungen eingeschränkt wird. Art. 14a Abs. 1 Bst. a ist demnach entsprechend anzupassen:

¹ Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst insbesondere:

a. die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;

Zu Art. 14a Abs. 1 Bst. c

Es ist wichtig, dass die Dauer der Aufbewahrung der Dokumentation und Spuren schweizweit einheitlich geregelt ist und sich nach den strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfristen richtet. Dies entspricht auch dem Zweck der Spurensicherung, diese so zu gestalten, dass sich Betroffene auch lange nach der Tat noch zu einer Strafanzeige entscheiden können.

c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren, die sich nach den strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfristen richtet.

~~– c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren.~~

Zu Art. 14a Abs. 2

Wie im erläuternden Bericht erwähnt, hält es der Bundesrat für sinnvoll, die Kantone zu verpflichten, den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen zu gewährleisten. Die Kantone sollen ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Der Regierungsrat teilt die Haltung des Bundesrats, kommt jedoch zum Schluss, dass die Verwendung des Begriffs "eine spezialisierte Stelle" dieser Wahlfreiheit der Kantone in der Umsetzungsform zu wenig Rechnung trägt. Er beantragt entsprechend, Art. 14a Abs. 2 wie folgt umzuformulieren:

² Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.

² ~~Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können.~~

Vorschlag für (neue) Regelungen im Opferhilfegesetz zu Schutz- und Notunterkünften

Die im Auftrag der SODK erstellte und am 8. November 2024 publizierte Analyse der Schutz- und Notunterkünfte der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HETS-FR) zeigt auf, dass das Angebot an Schutz- und Notunterkünften zurzeit regional und kantonal unterschiedlich ausfällt. Auch ist ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen zentral, um die betroffenen Personen in ein eigenständiges Leben zurückzuführen und die knappe Anzahl an Plätzen in Schutz- und Notunterkünften nicht noch zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten. Ausserdem ist zu beachten, dass die Anforderungen an eine Schutzunterkunft höher sind als an eine Notunterkunft. Wenn keine akute Gefährdung von der Täterschaft ausgeht, ist zur Stabilisierung eine enge Begleitung in einer Notunterkunft im Sinne eines betreuten Wohnens

ausreichend. Durch ein differenziertes Angebot an Schutz-, Not- und Anschlussunterkünften kann demnach den jeweiligen Bedürfnissen effizienter entsprochen werden. Aus der Perspektive der Opfer von Gewalt ist der Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz- und Notunterkünften entscheidend, weshalb sich auch der Vorstand der SODK dafür ausspricht, das Opferhilfegesetz entsprechend zu präzisieren.

Zu Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz

¹ [...] Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft.

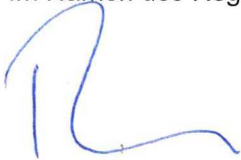
Neu Art. 14b Schutz- und Notunterkünfte

¹ Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dieter Egli
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Appenzell, 9. Januar 2025

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und begrüsst die Stossrichtung der Vorlage mit dem Ziel, die Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Versorgung zu stärken. Insgesamt schliessen wir uns der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren vom 8. November 2024 (SODK) mit nachfolgenden Ergänzungen an:

Wir beantragen, Art. 8 Abs. 1 wie folgt zu ändern:
«Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.»

Begründung:

Gemäss Art. 8 Abs. 1 OHG sollen die Kantone die Opferhilfe bekannt machen und die Bekanntmachung der Opferhilfeangebote soll explizit in das OHG aufgenommen werden. Die Kantone sollen die Aufgabe haben, über die Opferhilfe zu informieren und dafür zu sensibilisieren, beispielsweise in Form von Informationskampagnen. Es muss gewährleistet sein, dass die Unterstützungsangebote, insbesondere jene für medizinische und rechtsmedizinische Versorgung, in der Bevölkerung bekannt und für die Opfer leicht zugänglich sind. Diese Bestimmung ist grundsätzlich zu begrüssen. Da sich aber das bestehende System, respektive die Kompetenzordnung nicht ändert, ist nicht ersichtlich, wieso ausschliesslich den Kantonen dieser Informations- und Sensibilisierungsauftrag zukommen soll. Dem erläuternden Bericht kann entnommen werden, dass die aktuelle Formulierung indes ein Vorschlag seitens Bundes ist (vgl. erläuternder Bericht, Seite 24, Zeile 8). Im Sinne eines Gegenvorschlags beantragen wir, dass die Aufgabe der Bekanntmachung sowohl an Bund als auch Kantone ergeht. Dem erläuternden Bericht ist ebenfalls zu entnehmen, dass die Bekanntmachung mittels Flyer, Internetauftritt etc. erfolgen soll. Da eine gemeinsame Übernahme dieser Aufgabe beantragt wird, ist durch Bund und Kantone gemeinsam ein Leistungskatalog und ein Kostenverteiler zu definieren.

Wir beantragen in Abweichung von der Stellungnahme der SODK vom 8. November 2024, Art. 14a Abs. 2 wie folgt zu ändern:

«Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den Leistungen gemäss Art. 14a Abs. 1 haben.»

Begründung:

Mit der angestrebten Formulierung «spezialisierte Stelle» werden die Kantone in der Ausgestaltung des Zugangs zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen unnötig eingeschränkt. Die Kantone sollen ein Modell wählen können, das den Zugang zu Leistungen und nicht Stellen sicherstellen kann, so müssen beispielsweise auch regionale Lösungen möglich sein.

Abschliessend möchten wir anfügen, dass es aus unserer Sicht wichtig erscheint, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes an der Ausbildung von Opferhilfefachleuten beibehalten werden soll. Deren Verzicht würde die Wirkung der vorliegenden Teilrevision erheblich schwächen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 9. Januar 2025

Eidg. Vernehmlassung; Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 hat das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen eingeladen zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 24. Januar 2025.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst die Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes, welche Opfern von Gewalt Zugang zu spezialisierten medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen gewährt und die Beweissicherung erheblich verbessern soll. Mit dieser Erweiterung werden nicht nur die Anforderungen der Istanbul-Konvention gemäss den Artikeln 22 und 25 erfüllt, sondern auch eine wichtige Lücke im Opferhilfegesetz geschlossen.

In Bezug auf die Regelung für die Anzeigepflicht kann der Regierungsrat nicht nachvollziehen, weshalb die Anzeigepflicht für das medizinische Personal in der Zuständigkeit der Kantone liegen soll und nicht auf Bundesebene geregelt wird. Er befürwortet in dieser Hinsicht eine nationale Lösung. Im Zusammenhang mit der Übernahme der Kosten für die rechtsmedizinische Hilfe sollten Empfehlungen erarbeitet werden, um in diesem Bereich eine einheitliche Umsetzung in den Kantonen sicherzustellen.

Des Weiteren unterstützt der Regierungsrat die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Bundesamt für Justiz

Per E-Mail (als PDF- und Word-Version) an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

RRB Nr.: 29/2025 22. Januar 2025
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Teilrevision des Opferhilfegesetzes. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Er unterstützt das Ziel der vorliegenden Revision, die Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe zu stärken. Er erachtet die Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes als zielführende Massnahmen, damit Opfer von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten.

Der Regierungsrat begrüsst somit die Vorlage grundsätzlich, bittet jedoch um Berücksichtigung der nachfolgenden Anliegen und Bemerkungen:

1. Finanzierung der Leistungen über Soforthilfe und längerfristige Hilfe

Im erläuternden Bericht wird wiederholt erwähnt, dass die rechtsmedizinische Hilfe über die im Opferhilfegesetz vorgesehene Soforthilfe finanziert wird. Lediglich bei den Erläuterungen zu Artikel 14 Absatz 1 wird diese absolute Aussage relativiert, indem festgehalten wird, dass die rechtsmedizinische Hilfe «in der Regel» in Form der Soforthilfe geleistet wird. Um Fehlschlüsse zu vermeiden, ist im erläuternden Bericht an geeigneter Stelle ausdrücklich zu erwähnen, dass rechtsmedizinische Hilfe sowohl als Soforthilfe als auch als längerfristige Hilfe gewährt werden kann.

2. Zugang zu einer spezialisierten Stelle

Die Anzahl der Beratungsanfragen zur medizinischen Hilfe ist zwischen 2018 und 2023 um rund 30 % gestiegen. Diese signifikante Erhöhung um knapp einen Drittel innert 6 Jahren wird mit dem vorgesehenen Leistungsausbau zukünftig noch stärker ausfallen. Die spezialisierten Stellen, an die sich (alle) Opfer von Gewalt künftig wenden können, werden entsprechend mehr Hilfe leisten müssen, was sich angesichts der knappen Verfügbarkeit der dafür notwendigen medizinischen Fachpersonen als schwierig erweisen wird. Der Regierungsrat beantragt daher zu prüfen, das Angebot der spezialisierten Stellen auf den Personenkreis der Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt zu beschränken.

Weiter schliesst sich der Regierungsrat der Forderung des Vorstandes der SODK¹ insoweit an, als die Verwendung des Begriffs «eine spezialisierte Stelle» in Artikel 14 Absatz 2 nur unzureichend zum Ausdruck bringt, dass die Kantone ein geeignetes Modell für die medizinische und rechts-medizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Daher ist die Bestimmung so umzuformulieren, dass die Kantone sicherstellen, dass die Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.

3. Bekanntmachung der Opferhilfe

Der Bund verfügt im Bereich der Opferhilfe über eine Gesetzgebungskompetenz (vgl. Art. 124 BV). Dabei handelt es sich um eine konkurrierende Zuständigkeit von Bund und Kantonen. Der Regierungsrat ist gestützt auf diese Kompetenzordnung der Ansicht, dass sich der neu veranordnete Informations- und Sensibilisierungsauftrag nicht ausschliesslich an die Kantone richten sollte, sondern dass dem Bund diesbezüglich auch eine Rolle zukommt.

Daher wird beantragt, in Artikel 8 Absatz 1 auch den Bund in die Pflicht zu nehmen.

4. Auswirkungen auf die Kantone

Gemäss erläuterndem Bericht werden die für die Opferhilfe zuständigen kantonalen Behörden möglicherweise wegen der Bearbeitung von Anträgen auf Soforthilfe mit einer zusätzlichen Arbeitsbelastung konfrontiert sein. Derzeit sei es aber nicht möglich, die personellen und zeitlichen Auswirkungen abzuschätzen. Der Bund geht dabei davon aus, dass vor allem die Kantone betroffen sein werden, die eine solche Praxis noch nicht kennen.

Dieser Ansicht schliesst sich der Regierungsrat nicht an. Wie bereits erwähnt ist die Anzahl der Beratungsanfragen zur medizinischen Hilfe in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Mit dem Leistungsausbau und der besseren Bekanntmachung (sowohl der Öffentlichkeit wie auch bei den spezialisierten Stellen/Personen in den Gesundheitseinrichtungen) ist mit einer zusätzlichen Erhöhung der Anfragen und Gesuche zu rechnen. Es dürften nicht nur mehr berechnete Gesuche eingehen, sondern generell mehr Anfragen. Auch die Fälle, die keine Gesuche auslösen (da nicht leistungsberechtigt nach OHG), werden Aufwand für die Abklärung, Betreuung und Triage verursachen. Zudem müssen zusätzliche Ressourcen für die Bewerbung und Bekanntmachung (der Opferhilfe im Allgemeinen und der medizinischen und rechtsmedizinischen

¹ vgl. Stellungnahme der SODK vom 8. November 2024

Leistungen im Besonderen) aufgewendet werden. Der erläuternde Bericht ist entsprechend anzupassen.

5. Auswirkungen auf den Bund

Gemäss erläuterndem Bericht hat die Vorlage keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund. Wie bereits erwähnt fällt aus Sicht des Regierungsrats die Bekanntmachung der Opferhilfe auch in die Zuständigkeit des Bundes. Hinzu kommt, dass sich das finanzielle Engagement des Bundes im Bereich der Opferhilfe bis anhin auf die Gewährung von Bundesbeiträgen für die Ausbildungen von Opferhilfefachleuten beschränkt. Im Rahmen des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt hat der Bundesrat die Streichung dieser Finanzhilfen als Massnahme aufgenommen. Der Regierungsrat fordert eine finanzielle Beteiligung des Bundes in Bezug auf die Bekanntmachung der Opferhilfe und spricht sich gegen eine Streichung der Ausbildungshilfen.

6. Ausführungsbestimmungen

Sollte aufgrund dieser Vorlage eine Anpassung der Opferhilfeverordnung² notwendig sein, sollte neben dem Erlass der direkt aufgrund dieser Vorlage notwendigen Ausführungsbestimmungen auch die neue Berechnung von Kostenbeiträgen für die längerfristige Hilfe Dritter bzw. die Berechnung der Entschädigung (Betrag ELG) überprüft werden, die sich aufgrund der Revision des ELG per 01.01.2021 ergeben haben:

In der EL-Berechnung wurde bis 2021 zur Steigerung des Erwerbsanreizes und der Eingliederung in die Arbeitswelt Erwerbseinkommen nach Abzug eines Freibetrages zu zwei Dritteln berücksichtigt. Durch diese privilegierte Anrechnung kam es jedoch zu unerwünschten Schwelleneffekten, weshalb per 01.01.2021 eingeführt wurde, dass das Erwerbseinkommen bei Ehepaaren ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu 80 % angerechnet wird. Dabei blieb jedoch unberücksichtigt, dass diese Änderung auch Auswirkungen auf die Berechnung von Kostenbeiträgen für die längerfristige Hilfe Dritter bzw. die Berechnung der Entschädigung hat. In der Opferhilfe werden seither nicht mehr alle nach ELG anrechenbaren Einnahmen gleich behandelt, obwohl dies gemäss den Erläuterungen zum Entwurf einer Verordnung über die Hilfe an Opfer von Straftaten³ so beabsichtigt war.

Der Regierungsrat dankt für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates


Evi Allemann
Regierungspräsidentin


Christoph Auer
Staatsschreiber

² Verordnung vom 27. Februar 2008 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfeverordnung, OHV; SR 312.51)

³ Vgl. Erläuterungen vom 8. Januar 2008 zum Entwurf einer Verordnung über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfeverordnung, OHV)

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Liestal, 14. Januar 2025

Vernehmlassung betreffend Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Wir begrüssen den Vorentwurf zur Revision des Opferhilfegesetzes (OHG).

Der vorliegende Entwurf kann die Unterstützung von Opfern wirksam verbessern und gleichzeitig die Anforderungen der Istanbul-Konvention erfüllen. Angestrebt wird eine einheitliche gesamtschweizerische Regelung unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips des Opferhilfegesetzes. Mit der rechtsmedizinischen Versorgung von Gewaltopfern soll die Spurensicherung zur Verwertung allfälliger Anzeigen verbessert werden. Dies könnte eine positive Auswirkung auf die nach wie vor sehr geringe Anzeigerate bei Delikten im Bereich der häuslichen und sexuellen Gewalt haben. Wir begrüssen die Konkretisierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe. Jedes Opfer soll ein Recht auf die Erstellung und Aufbewahrung einer rechtsmedizinischen Dokumentation der Verletzungen und Spuren haben.

Die Kostentragung der rechtsmedizinischen Leistungen durch die Opferhilfe (Soforthilfe) wird eine Zunahme der Kosten zur Folge haben, ebenso die Sicherstellung von spezialisiertem Personal im medizinischen Bereich. Angesichts des Mehrwerts im Opferschutz und angesichts einer mutmasslich effektiveren Strafverfolgung bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von häuslicher und / oder sexueller Gewalt sind diese zusätzlichen Kosten gerechtfertigt und notwendig. Die Kantone werden ausserdem zusätzliche Ressourcen für die Bekanntmachung der Opferhilfe benötigen, dies wiederum kann – so der positive Effekt – zu einer Zunahme der Fallmeldungen führen.

Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 8 Absätze 1 und 3

Wir begrüssen die Straffung des Artikels und der Verzicht auf die Wiederholung der bereits in den Artikeln 305 Absätze 1-3 und 330 der Strafprozessordnung festgehaltenen Informationspflichten.

Hingegen sehen wir die einseitige Auferlegung der Bekanntmachungspflichten auf die Kantone als nicht sachgerecht. Wir beantragen daher, hier auch den Bund in die Pflicht zu nehmen und bitten Sie, die folgende Formulierung zu prüfen: «¹ **Der Bund und** die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.».

Art. 14a Medizinische und rechtsmedizinische Hilfe

Wir erachten die Formulierung in Artikel 14a Absatz 2 als etwas unverbindlich. Um den begrüssenswerten Ansatz, den Kantonen bei der Umsetzung den notwendigen Freiraum einzuräumen, deutlicher zum Ausdruck zu bringen, wird in Abs. 2 folgende Änderung vorgeschlagen:

Revisionsentwurf	Änderungsvorschlag
Art. 14a Medizinische und rechtsmedizinische Hilfe ¹ (...)	Art. 14a Medizinische und rechtsmedizinische Hilfe ¹ (...)
² Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können.	² Die Kantone <u>stellen sicher</u> , dass die Opfer <u>Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben</u> .

Art. 14b (Ergänzungsvorschlag)

Die vorliegende Teilrevision bietet den geeigneten Rahmen, die jüngsten Erkenntnisse aus der am 8. November 2024 publizierten Analyse der Schutz- und Notunterkünfte der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zu berücksichtigen¹. Diese zeigt, dass das Angebot an Schutz- und Notunterkünften zurzeit regional und kantonal sehr unterschiedlich ausfällt, wodurch für Opfer je nach Wohnsitzkanton Benachteiligungen entstehen und bestehende Schutzunterkünfte durch ausserkantonale Platzierungen belastet sind. Auch ist ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen wichtig, um die knappe Anzahl an Plätzen in Schutz- und Notunterkünften nicht noch zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten.

Diese von uns vorgeschlagene Erweiterung entspricht auch der Aufforderung der Expertinnen- und Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO). Im Rahmen ihres Evaluationsberichts vom November 2022 forderten sie die Schweizer Behörden auf, «die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um den Opfern aller Formen von Gewalt gegen Frauen, die von der Istanbul-Konvention erfasst werden, und ihren Kindern Zugang zu Schutzunterkünften nach einem angemessenen geografischen Verteilschlüssel zu ermöglichen». Nebst der Verbesserung der (rechts-)medizinischen Leistungen könnte diese Forderung nun berücksichtigt werden.

Aus der Perspektive der Opfer ist der Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz- und Notunterkünften entscheidend. Wir bitten Sie, die folgenden Ergänzungsvorschläge zu prüfen:

Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz

¹ [Schlussbericht SODK Studie über Schutz- und Notunterkünfte für gewaltbetroffene Menschen in der Schweiz, Oktober 2024](#); [Faktenblatt Analyse Schutz- und Notunterkünfte, SODK, 08.11.2024](#)

¹ (...) Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft.

Art. 14b Schutz- und Notunterkünfte (neue vorgeschlagene Bestimmung)

¹ Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
egba@bj.admin.ch

Basel, 14. Januar 2025

Regierungsratsbeschluss vom 14. Januar 2025

Änderung des Opferhilfegesetzes; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 hat Herr Bundesrat Beat Jans dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt den Vorentwurf und den erläuternden Bericht zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG, SR 312.5) zur Stellungnahme unterbreitet. Der Kanton Basel-Stadt nimmt die Änderungsvorschläge des Opferhilfegesetzes grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Erweiterung der Opferhilfeleistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Versorgung wird vom Kanton Basel-Stadt ausdrücklich begrüsst. Die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für eine Praxis, die in einigen Kantonen bereits existiert, erscheint sinnvoll. Durch die Festlegung von Minimalstandards für einheitliche Regelungen, wie es die Revision vorsieht, überlässt der Bundesrat den Kantonen jedoch Spielraum für die Umsetzung, sodass bestehende Modelle, sofern vorhanden, ausgebaut werden können. Durch die vorgeschlagene Verankerung des Anspruchs des Opfers auf rechtsmedizinische Leistungen im OHG wird die Unsicherheit bezüglich Finanzierung beseitigt. Besonders begrüsst wird die Präzisierung in Art. 1 OHG, wonach der Anspruch auf Opferhilfeleistungen unabhängig von einer Strafanzeige durch das Opfer besteht. Sämtliche vorgeschlagenen Ergänzungen erhöhen die Rechtssicherheit und somit auch die Praxistauglichkeit dieser Bestimmungen, was ausdrücklich unterstützt wird.

Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt ist die Teilrevision wichtig um den Opferschutz, gerade auch für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt, umfassend gewährleisten zu können. Ausserdem erachten wir die Revision hinsichtlich der Umsetzung der Istanbul-Konvention als notwendig, um den Anforderungen des Nationalen Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (NAP IK) für die Jahre 2022-2026 sowie der daraus resultierenden Roadmap gerecht werden zu können.

Bemerkungen und Änderungsanträge zu den einzelnen Artikeln:

Art. 1 Abs. 4 OHG

Die Präzisierung, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig davon besteht, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht, wird begrüsst.

Wir schlagen folgende Anpassung der Formulierung vor:

⁴ Der Anspruch besteht ~~zudem~~ unabhängig davon, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht.

Art. 8 Abs. 1 OHG

Die explizite Aufnahme der Bekanntmachung der Opferhilfeangebote in das OHG wird begrüsst. Der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag hat sich unserer Ansicht nach jedoch nicht nur an die Kantone, sondern auch an den Bund zu richten.

Wir schlagen deshalb vor:

¹ Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.

Entsprechend ist unter Kapitel 5 OHG (finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes) die Bekanntmachung entsprechend zu ergänzen, beispielsweise unter Einführung eines Artikels 31^{bis}.

Es ist aus unserer Sicht zudem entscheidend, dass die Bekanntmachung wiederholt in einer breiten Öffentlichkeit erfolgt, so dass alle Gruppen gemäss Art. 4 der Istanbul-Konvention bedürfnisgerecht erreicht werden können. Im Rahmen der Informationsarbeit ist es besonders wichtig, dass die relevanten Berufsgruppen, gerade auch im Gesundheitsbereich, involviert werden, um die Leistungsansprüche der Opfer bekannt zu machen.

Art. 8 Abs. 3 OHG

Wird begrüsst, keine Änderungsvorschläge.

Art. 14 Abs. 1 OHG, erster Satz

Wird begrüsst, keine Änderungsvorschläge.

Art. 14 Abs. 1 OHG, zweiter Satz

Bei Opfern von häuslicher und sexueller Gewalt ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie rasch an einen geschützten Ort gelangen können, an welchem sie nicht nur ein Dach über dem Kopf finden, sondern auch spezialisierte und qualifizierte Beratung und Betreuung erhalten. Besonders dann, wenn Kinder (mit)betroffen sind, ist es unerlässlich, dass die Betroffenen, wenn sie sich zu Hause nicht mehr sicher fühlen, an einen solchen Schutzort wenden können und Unterstützung erhalten. Der Aufbau und die Sicherung der eigenständigen Existenz, erfordert gezielte Unterstützungsangebote und nachhaltige Anschlusslösungen.

Wir schlagen deshalb folgende Formulierung und die Schaffung eines zusätzlichen Absatzes vor:

¹ Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft.

NEU: Art. 14. Abs. 1^{bis} OHG

^{1bis} Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten und Anschlusslösungen haben.

Art. 14a Abs. 1 OHG

Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe sollte unserer Ansicht nach abschliessend definiert werden, da die Aufzählung von lit. a bis c durch die allgemeine Formulierung einen Ermessensspielraum offenlässt, so dass damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt werden können.

Der Kanton Basel-Stadt spricht sich dafür aus, dass eine Minstdauer für die Aufbewahrung der Dokumentation im OHG festgelegt ist. Eventualiter sind nach Möglichkeit nähere Ausführungen zur Aufbewahrung auf Verordnungsstufe zu regeln.

Wir schlagen daher vor:

Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst insbesondere:

- a. die fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;
- b. die rechtsmedizinische Dokumentation von Verletzungen und Spuren;
- c. die Aufbewahrung der Dokumentation und der Spuren. Die Aufbewahrungsfrist beträgt mindestens 5 Jahre und kann auf weitere 5 Jahre verlängert werden.

Art. 14a Abs. 2 OHG

Der Bundesrat hat sich – entgegen der Formulierung in der Istanbul-Konvention (Art. 25) und dem Wortlaut der Motionen – dafür ausgesprochen, dass die Kantone nicht zur Einrichtung von «Krisenzentren» für die Erteilung der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe der Opfer verpflichtet werden sollen. Er überlässt die Umsetzung des Zugangs der Opfer zu medizinischer und rechtsmedizinischer Versorgung den Kantonen. Damit soll der Autonomie der Kantone mehr Rechnung getragen und das aktuelle System des OHG beibehalten werden, ohne dabei einen neuen Akteur zu schaffen. Diese Vorgehensweise mit welchem die Kantone ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können wird begrüsst. Im Kanton Basel-Stadt erfolgen die Untersuchungen von Kindern durch das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) und diejenigen von Frauen in der Frauenklinik des Universitätsspitals. Dieses Modell hat sich bewährt. Der jetzige Wortlaut, welcher von einer «spezialisierten Stelle» spricht, erscheint uns zu eng, weshalb wir folgende Formulierung vorschlagen:

² ~~Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können.~~

² Die Kantone stellen den Zugang zu spezialisierten Leistungen für die Opfer im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe sicher.

Zusätzlicher Änderungswunsch: Art. 4 Abs. 1 OHG (Subsidiarität der Opferhilfe):

Der in Art. 4 Abs. 1 OHG festgehaltene Grundsatz der Subsidiarität ist bei Opfern von häuslicher und sexueller Gewalt differenziert auszulegen. Bei den Abklärungen, ob ein alternativer Leistungsanspruch der Opferhilfeleistung vorgehen könnte, ist aus unserer Sicht darauf zu achten, dass sich diese in gesundheitlicher Hinsicht nicht negativ auf das Opfer auswirken. Es sollte daher zusätzlich festgelegt werden, dass die Abklärungen durch Sozialversicherungen, insbesondere die Unfallversicherung, das Opfer weder übermässig belasten noch eine Retraumatisierung verursachen. Wenn die medizinischen Folgen einer Vergewaltigung über die Unfallversicherung abgerechnet werden müssen, wird das Opfer nicht nur gegenüber der Versicherung, sondern auch gegenüber dem Arbeitsgeber oder der Arbeitsgeberin exponiert, was die Vulnerabilität des Opfers potenziert. Der Kanton Basel-Stadt verfolgt aus diesem Grund bereits heute die Praxis, dass die Leistungen an Opfer von Vergewaltigungen über die Opferhilfe bezahlt werden.

Wir schlagen deshalb vor:

¹ Leistungen der Opferhilfe werden nur endgültig gewährt, wenn der Täter oder die Täterin oder eine andere verpflichtete Person oder Institution keine oder keine genügende Leistung erbringt. Bei der Prüfung der Leistungsansprüche wird die besondere Vulnerabilität des Opfers berücksichtigt.

Auch wenn der finanzielle und personelle Mehraufwand, welcher die Teilrevision mit sich ziehen dürfte, noch nicht beziffert werden kann, begrüsst der Kanton Basel-Stadt die angestrebten Änderungen des OHG weitestgehend. Sie sind erforderlich, um einerseits einen lückenlosen und einheitlichen Opferschutz gerade auch für Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt zu gewährleisten und andererseits um den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention nachkommen zu können. Im Kanton Basel-Stadt werden die medizinischen und rechtsmedizinischen Untersuchungen bereits heute über die Opferhilfe finanziert – unabhängig von der Einleitung eines Strafverfahrens.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Fragen können Sie sich gerne direkt an die Leitung der Abteilung Gewaltschutz und Opferhilfe, Frau Sonja Roest (E-Mail: sonja.roest@jsd.bs.ch, Tel.: 061 267 44 94), wenden.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Fribourg, le 14 janvier 2025

2025-185

Avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation mentionnée en titre. Le Conseil d'Etat fribourgeois a pris connaissance de l'avant-projet de loi et de son rapport explicatif mis en consultation. Dans le délai imparti, nous vous faisons part des remarques suivantes.

De manière générale, nous soutenons le renforcement des prestations de l'aide aux victimes, qui renforce de manière concrète la lutte contre la violence domestique et sexuelle à l'égard des femmes. Par ailleurs, nous partageons analyse et l'appréciation que la CDAS vous a adressée en date du 8 novembre 2024 et soutenons les propositions d'amendements qui y figurent.

L'accès à des prestations médicales et médico-légales améliore non seulement la prise en charge des victimes, mais s'avère aussi utile dans le cadre de la procédure pénale et permet une meilleure poursuite des infractions en matière de violence domestique et sexuelle, notamment en assurant la conservation de la documentation et des traces. Il faut en outre saluer le fait que ces droits soient conférés indépendamment d'une dénonciation pénale qui pourra toujours parvenir postérieurement aux autorités de poursuites pénales.

Dans le canton de Fribourg, le Ministère public a mis sur pied une procédure de prise en charge financière des coûts de détection du GHB dans le sang, et nous œuvrons à une application systématique de cette procédure par les acteurs concernés, afin que les prestations médicales et médico-légales ne soient pas facturées aux victimes.

Le projet de loi implique pour le canton de Fribourg la mise en place de services spécialisés qui assureront une assistance médicale et médico-légale et qui n'existent que partiellement à ce jour.

Des éclaircissements devront notamment être apportés sur la prise en charge financière des prestations nouvellement consacrées, en particulier en ce qui concerne l'examen de la subsidiarité.

S'agissant de l'article 8, AP-LAVI, il est essentiel non seulement d'informer individuellement les personnes concernées, mais également de sensibiliser le public à l'existence de l'aide aux victimes. Nous accueillons favorablement ce mandat d'information, mais estimons qu'il devrait être élargi à la Confédération afin de garantir une communication cohérente et harmonisée en la matière.

S'agissant de l'article 14a, alinéa 1 AP-LAVI, nous soutenons la proposition de la CDAS. En effet, la formulation proposée par la CDAS (« accès aux prestations spécialisées en matière d'assistance médicale et médico-légale ») élargit les possibilités en matière de prise en charge médicale et médico-légale, tout en évitant d'imposer aux cantons l'obligation d'offrir un « accès à un service spécialisé », comme le prévoit l'avant-projet. Cette approche prend en compte les réalités cantonales variées et garantit une prise en charge adaptée, conformément aux objectifs exprimés par le Conseil fédéral. Il est encore difficile de chiffrer avec précision les conséquences financières et en personnel des modifications, matériellement judicieuses, proposées à l'alinéa 2 de cet article. Toutefois, il est indéniable que tous les cantons devront faire face à des charges supplémentaires. En revanche, le projet présenté n'entraîne aucune conséquence financière pour la Confédération.

Actuellement, l'engagement financier de la Confédération dans le domaine de l'aide aux victimes se limite à l'octroi de subventions fédérales pour la formation des professionnels. Or, dans le cadre du programme d'allégement des finances fédérales, le Conseil fédéral tend vers la suppression de ces aides financières. Nous demandons en conséquence le maintien de ces subventions et estimons que la Confédération doit également participer financièrement à la diffusion de l'information sur l'aide aux victimes.

Pour conclure, à l'instar de la CDAS, nous recommandons l'ajout d'une base légale visant à améliorer l'accès aux refuges et hébergements d'urgence, afin de répondre aux exigences de l'article 23 de la Convention d'Istanbul.

Le besoin de mettre à disposition et de financer des refuges et hébergements d'urgence dans le cadre de l'aide aux victimes a par ailleurs été confirmé par une récente décision de principe du Tribunal fédéral (Arrêt 1C_653/2022). En conséquence, nous proposons l'introduction d'un nouvel article 14b LAVI, tel que formulé par la CDAS.

Tout en vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de cette consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle, la Police cantonale, le Service de la justice et par ce dernier le Ministère public ;

à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle, le Service de l'action sociale, le Service de l'enfance et de la jeunesse et le Bureau de l'égalité et de la famille ;

à la Chancellerie d'Etat.



Le Conseil d'Etat

5385-2024

Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Monsieur Beat JANS
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes – réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève a pris connaissance de l'avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes transmis dans le cadre de la procédure de consultation ouverte par votre département le 9 octobre dernier.

Notre Conseil salue cette révision qui tend à renforcer le droit des victimes en améliorant leur prise en charge.

D'abord, la clarification apportée à l'article 1 permet de garantir sans équivoque le droit aux prestations liées à l'aide aux victimes, indépendamment d'une dénonciation pénale, ce qui laisse un temps de réflexion à la victime, sans la priver des prestations auxquelles elle aurait droit en vertu de la loi fédérale.

Ensuite, le rôle des cantons en tant que responsables de l'information relative à l'aide aux victimes, découlant de la modification apportée à l'article 8, permet d'envisager, y compris de manière intercantonale, une information plus ambitieuse sur l'aide aux victimes, notamment dans le cadre de la mise en place imminente de la permanence téléphonique 24h/24 et 7 jours/7 qui devrait voir le jour d'ici à la fin de l'année 2025.

Finalement, cette révision vise à garantir aux victimes de violence un accès à des prestations spécialisées et de qualité sur le plan médical et médico-légal. Celles-ci auront notamment le droit de demander gratuitement l'établissement d'une documentation médico-légale indépendamment de l'ouverture d'une procédure pénale.

L'évolution proposée s'inscrit dans le cadre de l'ouverture par les Hôpitaux universitaires de Genève (HUG) d'une nouvelle consultation médico-légale visant, au-delà des premiers soins apportés à la victime, à fournir une documentation médico-légale de la violence vécue et à produire un constat médical, avant une réorientation vers le réseau médico-psycho-social et juridique selon les besoins.

Si le Conseil d'Etat relève donc positivement les évolutions proposées, il déplore toutefois que cette révision législative n'appréhende pas la question spécifique de l'accès à l'aide aux victimes et plus largement de l'accès à la justice pour les personnes sans statut légal. En effet, la menace d'expulsion du territoire dissuade fortement les victimes de dénoncer des violences ou même de solliciter l'aide garantie par la LAVI.

Le Conseil d'Etat suggère donc d'étoffer la modification législative, en faisant évoluer le chapitre 6 de la LAVI sur la protection et les droits particuliers dans la procédure pénale, par exemple dans le sens des articles 35 et 36 de l'ordonnance fédérale relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA) qui prévoient, dans le cadre de la traite d'êtres humains, une période de protection durant laquelle une victime sans statut légal peut être soustraite à toute mesure d'exécution relevant du droit des étrangers.

Par ailleurs, le Conseil d'Etat estime que la révision partielle de la LAVI pourrait offrir l'opportunité de renforcer l'accès à des hébergements d'urgence et ainsi répondre aux exigences de l'article 23 de la Convention d'Istanbul. Dans son rapport d'évaluation de novembre 2022, le Groupe d'experts du Conseil de l'Europe sur la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (GREVIO) a exhorté les autorités suisses à "prendre les mesures nécessaires afin de garantir aux victimes de toutes les formes de violence à l'encontre des femmes visées par la Convention d'Istanbul et à leurs enfants, selon une répartition géographique adéquate, l'accessibilité à des refuges spécialisés".

Or, l'analyse de la situation des refuges et hébergements d'urgence réalisée sur mandat de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG), publiée le 8 novembre 2024, montre que l'offre dans ce domaine est actuellement très variable d'une région et d'un canton à l'autre¹. Afin d'harmoniser l'offre en matière d'hébergement, un nouvel article 14b LAVI pourrait être introduit, avec la teneur suivante : *Art. 14b (nouveau) Logements de protection et d'urgence « Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès à des hébergements d'urgence et à des offres de solutions pour la suite. »*

Finalement, s'agissant de la durée de conservation de la documentation et des traces issues de l'assistance médico-légale (cf. nouvel art. 14a), le Conseil d'Etat considère qu'il n'est pas suffisant d'encourager les cantons à prévoir une durée de conservation longue. Il faudrait à tout le moins préciser dans le message accompagnant le projet de révision partielle de la LAVI, que la documentation et les traces doivent être conservés au moins aussi longtemps que l'infraction envisageable n'est pas prescrite, soit au moins 15 ans pour les infractions sexuelles graves.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

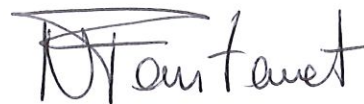
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

Le vice-chancelier :



Patrick Ferraris

La présidente :



Nathalie Fontanet

Copie à (format word et pdf) : jonas.amstutz@bj.admin.ch

¹ Rapport final concernant les refuges et les hébergements d'urgence, https://ch-sodk.s3.eu-west-1.amazonaws.com/media/files/204b4cee/20f5/4fce/a786/ff8cb7c35d36/2024.10_Schlussbericht_SOD_K_Analyse_Schutz- und Notun.pdf

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement EJPD
Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3033 Bern

Glarus, 07. Januar 2025
Unsere Ref: 2024-233 / SKGEKO.4720

Vernehmlassung i. S. Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Hochgeachteter Herr Bundesrat

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Ausgangslage

Die Teilrevision des OHG verfolgt das Ziel, jedem Gewaltopfer Zugang zu medizinischen bzw. rechtsmedizinischen Leistungen zu gewähren, unabhängig vom Wohnkanton und der Einleitung eines Strafverfahrens. Damit sollen die Anforderungen der Istanbul-Konvention bzw. deren Art. 22 und 25 erfüllt werden. Wir stehen dem Vorentwurf im Grundsatz positiv gegenüber, möchten im Folgenden indes einige Anmerkungen und Bedenken anbringen.

2. Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen

2.1. Art. 1

Abs. 4

Der ergänzte Absatz wird begrüsst. Obwohl der Anspruch auf Leistungen nach OHG bereits zum heutigen Zeitpunkt unabhängig vom Strafverfahren ist, dürfte die Präzisierung Klarheit schaffen und Opfer motivieren, sich an die Opferberatungsstellen zu wenden.

2.2. Art. 8

Abs. 1

Die Aufhebung der aktuellen Fassung wird begrüsst. Wir sind der Ansicht, dass «Bekanntmachen» eine allgemeine Öffentlichkeitsarbeit impliziert, während «Informieren» eine direkte und individuelle Information des Opfers bedeutet. Für eine zielgerichtete Wirkung der Opferhilfe ist beides nötig und wichtig zu betonen.

Die individuelle Unterstützung des Opfers könnte durch die aktuelle Änderung beeinträchtigt werden, selbst wenn die Informationspflicht der Strafverfolgungsbehörden bereits in Artikel 305 Absatz 1-3 StPO sowie in Artikel 84b MStP festgelegt ist. Der Klarheit halber empfehlen

wir deshalb eine Ergänzung. Im Übrigen sollen für die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und Information nicht nur die Kantone zuständig sein, sondern auch der Bund.

Der Kanton Glarus beantragt daher folgende Anpassung:

«Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt und informieren die Opfer über das Angebot der Opferhilfe».

Abs. 3

Die Verweise von Absatz 3 sollen in Bezug auf den eben ausgeführten Wortlaut angepasst werden.

2.3. Art. 14

Abs. 1 erster Satz

Die Opferhilfeleistungen unterliegen keinem numerus clausus. Entsprechend könnten die genannten Leistungen unseres Erachtens an sich auch nach den aktuellen Bestimmungen übernommen werden. Dennoch wird die explizite Aufnahme der rechtsmedizinischen Hilfe in den Leistungskatalog begrüsst. Diese verbessert, sofern sie notwendig und zweckmässig ist, die Erfolgsaussichten einer später initiierten Strafverfolgung, was aus Opferperspektive sinnvoll scheint.

2.4. Art. 14a

Abs. 1

Aus legistischer Sicht ist fraglich, ob die rechtsmedizinischen Leistungen derart konkret geregelt werden müssen. Dies verleiht ihnen im Vergleich zu den übrigen Leistungen ein scheinbar grosses Gewicht, welches ihrer Bedeutung in der Praxis nicht entsprechen dürfte. Es stellt sich die Frage, ob es nicht ausreichend wäre, die Präzisierung in der Botschaft und den kantonalen Richtlinien festzuhalten. Im Übrigen wird es als wichtig erachtet, zu betonen, dass Leistungen der Opferhilfe lediglich subsidiär zum Tragen kommen, namentlich, wenn sie nicht vom Staat als Teil der Strafverfahrenskosten oder der Kranken- bzw. Unfallversicherung übernommen werden.

Wie bei sämtlichen Leistungen der Opferhilfe werden bei der Prüfung der Kostenübernahme Überlegungen zur Notwendigkeit und Zweckmässigkeit entscheidend sein. Betreffend die rechtsmedizinische Hilfe werden hier mitunter die Dauer seit dem Delikt und die zu erwartenden Erfolgsaussichten bei der Spurenermittlung entscheidend sein.

lit. c

Aktuell ist es ohne Strafanzeige im Kanton Glarus nicht möglich, Asservate fachgerecht aufbewahren zu lassen. Es ist davon auszugehen, dass dies in anderen Kantonen auch so ist. Sofern also Spuren aufbewahrt werden sollen ausserhalb eines Strafverfahrens, wäre zu bedenken:

- in welchen Fällen sich solches rechtfertigen könnte,
- wo dies sein sollte,
- wer die Verantwortung und die Kosten hierfür tragen würde,
- für wie lange und von wem die Kosten übernommen werden sollten und
- wie lange sich eine solche Aufbewahrung überhaupt rechtfertigen könnte.

Es stellen sich allenfalls auch Fragen des Datenschutzes.

Abs. 2

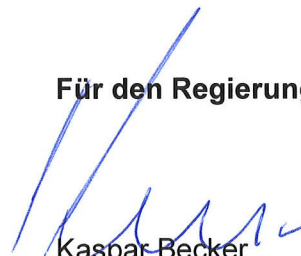
Zum Begriff der spezialisierten Stelle ist zu erwähnen, dass es sich bei der Rechtsmedizin um einen eigenen Fachbereich handelt. Sie beschäftigt sich mit der Anwendung medizinischer Kenntnisse und Methoden im Rahmen rechtlicher Fragestellungen. Entsprechende Abteilungen existieren soweit bekannt nur in grösseren Zentrumsspitalen. Will man ein flächendeckendes Grundangebot in den Kantonen bieten, sind die Anforderungen zu relativieren.

Die rechtsmedizinische Dokumentation setzt eine besondere Expertise voraus. Wer soll die fraglichen Leistungen durchführen können? Spezialisierte Zentren, Kantonsspitäler, allenfalls auch Hausärzte? Der Vorentwurf lässt erkennen, dass es dem Opfer freistehen soll, sich an den eigenen Hausarzt zu wenden. Gleichzeitig werden die Kantone angehalten, in «spezialisierten Stellen» jederzeit die nötigen Ressourcen für eine Untersuchung bereitzustellen. Insofern stellt sich die Frage, ob das aus finanzpolitischen Gründen sinnvoll ist und nicht ein gewisses Risiko von unzureichender Qualität bei der Dokumentation mit sich bringt, wodurch das angestrebte Ziel nicht erreicht wird.

Im Kantonsspital Glarus ist aktuell kein standardisierter Prozess definiert, um bspw. häusliche Gewalt forensisch festzuhalten. Anders ist es bei sexueller Gewalt. Hier existiert ein standardisiertes Verfahren in der Abteilung Gynäkologie des Kantonsspitals, Spuren verwertbar zu sichern in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin Zürich (IRM). Es wird davon ausgegangen, dass die Neuerungen Auswirkungen auf die Abläufe im Kantonsspital hätten. Die Anforderungen sollten mit Rücksicht auf die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem festgelegt werden. Denkbar wäre allenfalls auch eine Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen oder mit ambulanten Fachpersonen (forensic nurses).

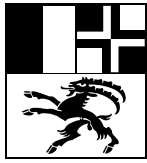
Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): jonas.amstutz@bj.admin.ch



Sitzung vom

20. Januar 2025

Mitgeteilt den

20. Januar 2025

Protokoll Nr.

28/2025

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Per E-Mail an:

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 10. September 2024 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir begrüssen die vorgesehenen Änderungen zur Stärkung der Leistungen der Opferhilfe grundsätzlich. Die Erweiterung der Opferhilfe um den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen ist für die Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt von grosser Bedeutung. Die kostenlose Dokumentation von Gewaltverletzungen erleichtert dem Opfer vor Gericht und anderen Behörden zu beweisen, dass es Gewalt erfahren hat.

Der Kanton Graubünden ist der Verpflichtung des Übereinkommens des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention; SR 0.311.35) bereits nachgekommen und finanziert seit Anfang 2023 die Sprechstunde Forensic Nursing des Kantonsspitals Graubünden, bei der sich Gewaltopfer kostenlos ärztlich untersuchen und ihre Gewaltverletzungen gerichtsverwertbar dokumentieren lassen können. Die Leistungen

können unabhängig von einer Strafanzeige in Anspruch genommen werden und werden nicht nach dem Subsidiaritätsprinzip abgegolten, sondern direkt über die Soforthilfe der Opferhilfe Graubünden. Dadurch kann dem Opfer ein Höchstmass an Anonymität und Schutz gewährt werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen halten wir was folgt fest:

Art. 1 Abs. 4 (neu)

Wir begrüssen es, dass der Anspruch der Opfer auf fachärztliche Versorgung und auf unentgeltliche gerichtsmedizinische Dokumentation unabhängig von der Eröffnung eines Strafverfahrens gewährleistet wird.

Art. 4 Abs. 1

Wir erachten es als wichtig, dass rechtsmedizinische Leistungen (Spurensicherung, Dokumentation, Erstversorgung) vom Subsidiaritätsprinzip ausgenommen werden. Opfer von Gewalt sind häufig sehr vulnerabel und es muss möglich sein, die dringenden Leistungen anonym in Anspruch zu nehmen. Dies ist nicht möglich, wenn Abklärungen mit Sozialversicherungen erfolgen müssen oder in Fällen häuslicher Gewalt durch die Inanspruchnahme der Tatperson die Gefahr einer Gewalteskalation besteht. Wird eine rechtsmedizinische Leistung über die Unfallversicherung abgewickelt, wird auch der Arbeitgeber miteinbezogen, was einerseits einen grossen Eingriff in die Privatsphäre darstellt und andererseits im Einzelfall äusserst problematisch sein kann, z. B. wenn der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin selbst Tatperson ist oder befangen ist.

Die Finanzierung der Sprechstunde Forensic Nursing des Kantonsspitals Graubünden erfolgt bewusst nicht über das Subsidiaritätsprinzip, sondern wird direkt über die Soforthilfe der Opferhilfe Graubünden abgerechnet und ist für das Opfer kostenlos. Die Informationen und Daten des Opfers sind streng geschützt und sind nur wenigen Personen zugänglich und in einem vom Spital getrennten System gespeichert. Die Sozialversicherungen werden nicht über die Inanspruchnahme der Leistungen informiert. Dadurch wird den Opfern ein Höchstmass an Schutz und Anonymität gewährleistet. Wir ersuchen daher, dass rechtsmedizinische Leistungen nicht subsidiär abgerechnet werden, sondern vollumfänglich über die Soforthilfe.

Art. 4 Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:

Leistungen der Opferhilfe werden nur endgültig gewährt, wenn der Täter oder die Täterin oder eine andere verpflichtete Person oder Institution keine oder keine genügende Leistung erbringt. Ausgenommen vom Subsidiaritätsprinzip sind rechtsmedizinische Leistungen.

Art. 8 Abs. 1 (neu)

Der Kanton Graubünden betreibt bereits eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Opferhilfe, mit Vorträgen, Flyern und der Durchführung der jährlichen Aktionstage gegen häusliche Gewalt. Zusätzlich hat der Kanton Graubünden in den Jahren 2023 und 2024 mit der interkantonalen Kampagne Toxic Love über die Sozialen Medien und mittels Plakaten und Werbung im öffentlichen Verkehr breit und über einen längeren Zeitraum für das kantonale und schweizweite Angebot der Opferhilfe geworben.

Wir begrüßen die gesetzliche Verankerung der Bekanntmachung der Opferhilfe durch die Kantone. Wir erachten dies jedoch als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Wir erwarten deshalb, dass der Artikel erweitert wird und den Bund ebenfalls explizit nennt.

Art 8 Abs. 1 ist wie folgt anzupassen:

Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département de justice et police DFJP
Monsieur le Conseil fédéral
Beat Jans
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Par courrier électronique
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 14 janvier 2024

Avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes - Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien accuse réception de votre courrier du 9 octobre dernier concernant l'objet cité en titre et vous remercie de le consulter à ce sujet.

Sur le principe, le Gouvernement salue le projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes. Les modifications proposées renforceront les prestations d'aide aux victimes en matière d'assistance médicale et médico-légale et garantiront un accès à des prestations spécialisées. Les dispositions prévues permettent un ancrage légal qui répond aux exigences de la Convention d'Istanbul.

Le rapport explicatif relève notamment que les autorités cantonales compétentes pourront être confrontées à une charge de travail supplémentaire notamment pour le traitement des demandes d'aide immédiate et que le financement des prestations médicales et médico-légales conduira à une augmentation des coûts.

Du point de vue du Gouvernement jurassien, la mise en place de deux nouvelles prestations à savoir les prestations médicales et médico-légales ainsi que la mission d'information et de sensibilisation auront indéniablement pour effet une augmentation des coûts pour les cantons. De ce fait, si les prestations médicales sont de la compétence des cantons, la mission de sensibilisation et d'information à la population, quant à elle, relève également de la compétence de la Confédération en regard de ce qui a été mis en place dans le cadre de la mise en œuvre du numéro de téléphone central. Le chapitre 5 de la loi, « Prestations financières et tâches de la Confédération » devrait ainsi être adapté en conséquence.

Par ailleurs, le Gouvernement estime que la teneur de l'article 14 de l'avant-projet de révision ne reflète pas la volonté du rapport explicatif de laisser aux cantons la latitude de déterminer de quelle manière il entend mettre en place les prestations médicales et médico-légales. Dès lors, cette disposition fait l'objet d'une proposition d'amendement.

Au vu des éléments ci-avant, le Gouvernement jurassien propose de préciser les dispositions de l'avant-projet de révision.

Proposition d'amendements concernant certains articles de la LAVI :

Art. 8 al. 1

¹La Confédération et les cantons font connaître l'aide aux victimes.

Art. 14, al. 1 deuxième phrase

¹Si nécessaire, les centres de consultation LAVI procurent un refuge ou un hébergement d'urgence à la victime ou à ses proches.

Art. 14a al. 1

¹L'aide médicale et médico-légale comprend :

a. Les examens et les soins médicaux spécialisés nécessaires ;

Art. 14a, al. 2

²Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès aux prestations spécialisées en matière d'assistance médicale et médico-légale.

Art. 14b (nouveau) Refuges et hébergements d'urgence

¹Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès à des refuges et hébergements d'urgence ainsi qu'à des offres de solutions pour la suite.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15

6002 Luzern

Telefon +41 41 228 60 84

gesundheit.soziales@lu.ch

www.lu.ch

per E-Mail

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Luzern, 7. Januar 2025

Protokoll-Nr.: 12

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danke ich Ihnen für diese Möglichkeit und teile ich Ihnen mit, dass der Kanton die Vorlage grundsätzlich befürwortet. Insbesondere begrüssen wir das Ziel, die Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe zu stärken sowie die unentgeltliche Erstellung einer rechtsmedizinischen Dokumentation zu gewährleisten – unabhängig von der Eröffnung eines Strafverfahrens. Weiter regen wir an, den Versorgungsauftrag für die Not- und Schutzunterkünften vergleichbar zu regeln und damit die attestierte Unterversorgung auch in diesem Bereich anzugehen. Erst damit erfüllt die Schweiz die Anforderungen der Artikel 22 und 25 des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

Bemerkungen und Änderungsanträge zu einzelnen Artikeln des Opferhilfegesetzes*Artikel 1 Absatz 4*

Die Präzisierung, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig davon besteht, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht, wird ausdrücklich begrüsst.

Artikel 8 Absatz 1

Wir unterstützen, dass die Bekanntmachung der Opferhilfeangebote explizit in das OHG aufgenommen wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sich der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag nicht ausschliesslich an die Kantone zu richten hat, sondern dem Bund diesbezüglich auch eine Rolle zukommt. Daher beantragen wir Artikel 8 Absatz 1 wie folgt anzupassen:

¹ Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.

Zudem ist im Kapitel 5 des OHG (finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes) die Bekanntmachung entsprechend zu ergänzen.

Artikel 14 Absatz 1 zweiter Satz

Der aktuell im OHG verwendete Begriff «Notunterkunft» ist ein Oberbegriff für alle Unterkünfte, in welchen Personen in einer Notsituation temporär untergebracht werden können. Die Anforderungen an eine Schutzunterkunft sind höher als an eine Notunterkunft. Als «Schutzunterkunft» werden gemäss Art. 23 der Istanbul-Konvention alle temporären Unterkünfte bezeichnet, in denen Frauen, Männer und Kinder vor der direkten Bedrohung durch den Gefährder oder die Gefährderin geschützt sind und Zugang zu Kriseninterventionsleistungen sowie qualifizierter Beratung und Alltagsbegleitung haben. Daher beantragen wir, Artikel 14 Absatz 1 entsprechend zu ergänzen:

¹ (...) Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft.

Artikel 14a Absatz 1

Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe soll abschliessend definiert werden. Die Aufzählungen unter den Buchstaben a bis c weisen einen genügend hohen Abstraktionsgrad auf, damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt sind. Hingegen ist zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert und nicht aufgrund von Kostenüberlegungen eingeschränkt wird. Wir beantragen deshalb, Artikel 14a Absatz 1 folgendermassen anzupassen:

¹ Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst ~~insbesondere:~~
a. die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;

Ergänzend möchten wir festhalten, dass die Untersuchung und Behandlung im Rahmen der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe (Art. 14a Abs. 1 lit. a) nicht zwingend durch einen Facharzt oder eine Fachärztin erfolgen muss, sondern auch speziell ausgebildete Pflegefachpersonen (sogenannte «Forensic Nurses») auf ärztliche Anordnung für die Ausübung dieser Tätigkeiten qualifizieren.

Artikel 14a Absatz. 2

Der Bundesrat hält es gemäss erläuterndem Bericht für sinnvoll, die Kantone zu verpflichten, den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen zu gewährleisten. Die Kantone sollen ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Wir teilen die Haltung des Bundesrates, kommen jedoch zum Schluss, dass die Verwendung des Begriffs «eine spezialisierte Stelle» diese Haltung nur unzureichend zum Ausdruck bringt. Folglich fordern wir, Artikel 14a Absatz 2 wie folgt umzuformulieren:

²~~Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können.~~

² Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.

NEU Art. 14b Schutz- und Notunterkünfte

Ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen für das Opfer ist zentral, um die knappe Anzahl an Plätzen in Schutz- und Notunterkünften nicht zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten. Daher beantragen wir die Aufnahme der folgenden Formulierung als neuen Artikel (Art. 14b) ins OHG:

Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.

Artikel 4 Absatz 1

Entgegen der Ansicht des Bundesgerichts ging mit der Totalrevision des OHG vom 9. November 2005 keine Änderung des Subsidiaritätsprinzips einher. Aus der Botschaft zur Totalrevision des OHG geht hervor, dass die juristische Hilfe nach OHG subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist. Ausserdem wurde mit der Revision der Strafprozessordnung (StPO) vom 17. Juni 2022 die Position der Opfer von Straftaten verstärkt. Dieses hat seit dem 1. Januar 2024 auch dann Anspruch – bei gegebenen übrigen Voraussetzungen – wenn es sich nicht als Privatküglerschaft konstituiert (Art. 136 Abs. 1 lit. b StPO) und es hat die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege nicht zurückzuerstatten (Art. 138 Abs. 1^{bis} StPO). Mit letzterer Bestimmung wurde ein Nachteil der unentgeltlichen Rechtspflege im Verhältnis zur opferhilferechtlichen juristischen Hilfe eliminiert. Es ist deshalb angezeigt, die juristische Hilfe – wie ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen – wieder als Ausfallgarantie auszugestalten. Es gehört zu den elementaren Sorgfaltspflichten jeder anwaltlichen Opfervertretung, sich bei mittellosen Opfern rechtzeitig um die unentgeltliche Rechtspflege zu bemühen. Wo andere (staatliche) Leistungen eine ausreichende Unterstützung der Opfer gewährleisten, ist die Opferhilfe entbehrlich. Wir beantragen daher, Artikel 4 Absatz 1 mit folgendem Satz zu ergänzen:

¹ (...). Sie sind insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege.

Des Weiteren möchten wir anfügen, dass die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone für die Botschaft in Zusammenarbeit mit den Kantonen (z.B. der SODK) zu überprüfen und zu konkretisieren sind. Es ist sicherzustellen, dass die Finanzierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen sowie die finanzielle Übernahme der Leistungen durch die Spitäler geklärt und sichergestellt sind. Die Spitäler stehen bereits heute unter massivem finanziellem Druck. Es ist zu verhindern, dass den Spitälern ungedeckte Kosten für das Angebot dieser Leistungen entstehen.

Ich danke Ihnen abschliessend erneut für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Michaela Tschuor
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courriel électronique (Word et PDF)

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes (LAVI)

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 9 octobre 2024 relative à la procédure de consultation mentionnée en titre nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention.

Nous avons ainsi l'avantage de vous remettre ci-après la réponse du gouvernement neuchâtelois.

1. Généralités

Dans ses grandes lignes et objectifs, la révision proposée par le Département fédéral de justice et police doit être soutenue. En effet, celle-ci met en œuvre plusieurs motions parlementaires fédérales (22.3234 ; 22.3333 ; 22.3334) et satisfait aux exigences des art. 22 et 25 de la Convention d'Istanbul.

L'extension du champ d'application et la concrétisation de la LAVI révisée sont à nos yeux des mesures aptes à garantir aux victimes de violence un accès à des prestations spécialisées et de qualité, tant sur le plan médical que médico-légal.

Nous nous permettons de préciser que dans le Canton de Neuchâtel, un Centre neuchâtelois de médecine des violences (CNMV) a été inauguré dans le courant du mois de novembre 2024. Cela répond, selon notre vision, à l'obligation légale fédérale qui découlera de la LAVI révisée. On peut ainsi relever que la création du CNMV a en quelque sorte anticipé dans la région le présent projet de révision de la LAVI.

NE

2. Conséquences financières du projet

Concernant les aspects financiers futurs, il est incontestable que les cantons devront supporter des charges de personnel et financières supplémentaires, notamment pour les raisons suivantes :

- Le nombre de demandes de conseil concernant l'aide médicale a augmenté d'environ 30 % entre 2018 et 2023 (cf. p. 31 du rapport explicatif). Cette augmentation sera encore plus forte avec l'extension des prestations ;
- On peut s'attendre à une augmentation des demandes et requêtes également en raison de la meilleure diffusion de l'information ;
- Les cantons devront consacrer des ressources supplémentaires à la promotion et à la communication. Même s'il n'existe pour l'instant aucune base permettant d'estimer les coûts y afférents, ceux-ci devraient selon nous être mentionnés dans les conséquences prévisibles pour les cantons.

En conclusion, le Conseil d'État neuchâtelois considère qu'il est indispensable que la Confédération contribue d'une manière ou d'une autre à la diffusion de l'information sur l'aide aux victimes. Par ailleurs, il devrait selon nous être renoncé à la mesure de suppression des aides à la formation, envisagée dans le cadre du programme d'allègement des finances fédérales.

3. Commentaires article par article

Art. 1 al.4 :

Il s'agit de saluer la précision selon laquelle le droit à l'aide aux victimes existe indépendamment du fait que la victime ait dénoncé pénalement l'infraction. En effet, les victimes ont besoin de plus ou moins de temps pour décider de porter plainte ou non, alors que l'obtention de preuves médico-légales utilisables pour une procédure pénale ne peut se faire que dans un court laps de temps après un acte. Dans le cas des délits sexuels en particulier, le fait qu'il s'agisse généralement de délits commis dans l'intimité aggrave encore la situation. Le nouvel alinéa 4 pourrait avoir un effet positif sur le taux de dénonciation dans le domaine de la violence domestique et sexuelle, actuellement encore particulièrement faible.

Art. 8 al.1 :

Selon notre commentaire ci-dessus (cf. pt.2 conséquences financières), nous proposons de modifier comme suit cet article, en prévoyant d'impliquer le financement de la Confédération :
« La Confédération et les cantons font connaître l'aide aux victimes ».

En effet, l'information globale sur les offres de prises en charge relative à l'aide aux victimes devrait pouvoir bénéficier d'un apport de la Confédération, que cela soit de type matériel et/ou financier.

Art. 14 a :

Nous recommandons que la Confédération précise la garantie d'accès à des solutions de refuge et d'hébergement d'urgence dans l'art. 14 al. 1 LAVI.

La distinction porte sur les exigences à remplir pour les lieux, qui sont plus élevées pour un refuge que pour un hébergement ; ainsi, si l'auteur-e ne représente pas un danger imminent, un accompagnement étroit dans un hébergement d'urgence sous forme de simple logement est jugé suffisant. Cette précision permettrait d'améliorer l'offre sur l'ensemble du territoire

suisse et de répondre de manière uniforme aux exigences posées par l'art. 23 de la Convention d'Istanbul.

La formulation suivante est proposée (art.14 al. 1 deuxième phrase) :

« Si nécessaire, les centres de consultation procurent un refuge ou un hébergement d'urgence à la victime ou à ses proches ».

Dans cette même logique, l'introduction d'un article 14b est proposée :

« Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès à des refuges et des hébergements d'urgence ainsi qu'à des offres de solutions pour la suite ».

Nous précisons enfin que, dans le Canton de Neuchâtel, l'offre d'accès à des refuges, ainsi que le suivi accordé aux victimes dans la mise en place de solutions sur un plus long terme répond aux exigences de l'art. 23. Les propositions faites dans le cadre de cette consultation entrent ainsi dans une réflexion globale.

Comme vous nous le demandez dans votre courrier du 9 octobre dernier, en cas d'éventuelles questions sur ce sujet, nous précisons que pour le Canton de Neuchâtel c'est le chef du service cantonal de l'action sociale, M. Daniel Schouwey (daniel.schouwey@ne.ch), qui peut être contacté par vos services.

Tout en vous remerciant de nous avoir donné l'opportunité d'exprimer la présente prise de position du Canton de Neuchâtel, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre considération distinguée.

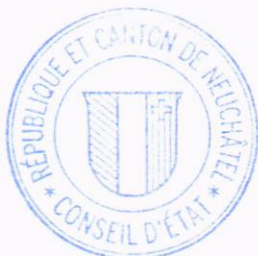
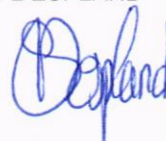
Neuchâtel, le 15 janvier 2025

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER



La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 21. Januar 2025

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren in Sachen Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden unterstützt die vorliegende Revision des Opferhilfegesetzes ausdrücklich. Die vorgeschlagenen Anpassungen entsprechen den Anforderungen der Istanbul-Konvention (Art. 22 und 25) und stärken die Rechte von Gewaltopfern, insbesondere durch die garantierte Bereitstellung von medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen unabhängig von einer Strafanzeige. Die Revision schliesst bestehende Lücken im Opferhilfesystem und schafft einheitliche Mindeststandards, was wir ausdrücklich begrüssen. Wir verweisen auf unsere nachfolgende Begründung.

1 Allgemeine Einschätzung

Die Sicherstellung des Zugangs zu spezialisierten medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen für Gewaltopfer ist ein zentraler Fortschritt, der auch die Rechtssicherheit verbessert. Mit der neuen Regelung wird nicht nur die Opferbetreuung gestärkt, sondern auch die Beweissicherung in potenziellen Strafverfahren verbessert, was langfristig zu einer erhöhten Strafverfolgung und einem effektiveren Schutz vor Gewalt führen kann. Dies trägt zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur Istanbul-Konvention und der Gleichstellungsstrategie 2030 bei.

2 Personelle und finanzielle Auswirkungen

2.1 Erhöhter Ressourcenbedarf in den Kantonen

Die Revision wird in den Kantonen zu einem erhöhten Bedarf an personellen und finanziellen Ressourcen führen. Mit dem Leistungsausbau ist mit steigenden Beratungsanfragen bei der

Opferberatungsstelle zu rechnen, die einerseits (finanzielle) Auswirkungen auf die mit der Opferberatungsstellen geschlossenen Leistungsvereinbarung haben und andererseits auch zu steigenden Gesuchseingängen bzw. zu einer Kostenzunahme in der Soforthilfe führen.

2.2 Aufbau spezialisierter Versorgungsstellen

Die neu auferlegte Pflicht der Kantone, die Angebote der Opferhilfe bekannt zu machen, ist grundsätzlich sinnvoll. Jedoch sollte diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgen, der sich auch finanziell beteiligen sollte. Bisher beschränkt sich das finanzielle Engagement des Bundes im Bereich der Opferhilfe weitgehend auf Ausbildungsbeiträge. Angesichts der geplanten Ausweitung der Informationspflicht auf medizinische Fachpersonen (Spitäler, Arztpraxen, Ambulanzen etc.) wäre eine stärkere Mitverantwortung des Bundes gerechtfertigt.

2.3 Zusätzliche Aufwände durch Dokumentationspflicht

Auch die vorgesehene Aufbewahrung der Dokumentationen und Spuren wird zusätzliche Aufwände nach sich ziehen.

3 Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

3.1 Zu Art. 1 Abs. 4

Die gesetzliche Verankerung dieses Grundsatzes wird begrüsst, darf aber nicht dazu führen, dass die Beweisanforderungen für die Erbringung von Leistungen, namentlich die Entschädigung oder die Genugtuung, gesenkt werden.

3.2 Zu Art. 8

Es ist zu begrüssen, dass die Bekanntmachung der Opferhilfeangebote explizit in das Gesetz aufgenommen werden soll. Der Informations- und Sensibilisierungsauftrag kommt aber nicht nur den Kantonen zu. Der Artikel sollte so angepasst werden, dass der Bund und die Kantone die Opferhilfe bekannt machen. Zudem ist unter Kapitel 5 des Gesetztes (finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes), die Bekanntmachungspflicht ebenfalls zu ergänzen.

3.3 Zu Art. 14a Abs. 1

Wir regen die Streichung des Wortes "insbesondere" an. Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe sollte abschliessend formuliert werden. Zudem wäre es wünschenswert, dass sich diese Leistungen an der wie bisher für andere Leistungen erforderlichen Notwendigkeit orientieren. Der Artikel sollte daher dementsprechend ergänzt werden.

3.4 Zu Art. 14a Abs. 2

Es scheint fraglich, ob für den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen eine spezialisierte Stelle notwendig ist. Unseres Erachtens wäre den Anforderungen Genüge getan, wenn sich die Opfer an eine Stelle wenden könnte, die diese spezialisierten, medizinischen Leistungen anbietet, z.B. in einem öffentlichen Spital.

4 Weiterer Revisionsbedarf

4.1 Subsidiaritätsprinzip

4.1.1 Klärung des Subsidiaritätsprinzips im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege

Aufgrund eines kürzlich ergangenen Urteils des Bundesgerichts sehen wir weiteren Revisionsbedarf bezüglich Subsidiarität der Opferhilfe.

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts waren Leistungen aus OHG in Anwendung des in Art. 4 OHG verankerten Subsidiaritätsprinzips subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege (vgl. BGE 131 II 121 E. 2.3). Mit Leitentscheid vom 2. Juni 2023 hat das Bundesgericht diese Rechtsprechung aufgegeben und entschieden, dass die Subsidiarität der Opferhilfe im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege nicht greife (BGE 149 II 246). Die Begründung zur Neuauslegung von Art. 4 Abs. 1 OHG ist nicht nachvollziehbar und verkennt einerseits, dass die Zuständigkeit für die Gewährung von juristischer Hilfe nach OHG von jener für die unentgeltliche Rechtspflege auseinanderfallen kann, und andererseits die unentgeltliche Rechtspflege für die Opfer vorteilhafter ist.

4.1.2 Unterschiedliche kantonale Zuständigkeiten bei juristischer Hilfe

Das Opfer kann die Beratungsstelle frei wählen (Art. 15 Abs. 3 OHG). Diese gewählte Beratungsstelle ist sodann für die Gewährung juristischer Hilfe zuständig, wohingegen die unentgeltliche Rechtspflege von der jeweils das Straf- oder Zivilverfahren führende Behörde zu gewähren ist. Die diesbezüglichen (kantonalen) Zuständigkeiten werden von der Rechtsordnung verbindlich festgelegt und können von der Wahl des Opfers betreffend Beratungsstelle abweichen. Es trifft deshalb nicht zu, dass immer der gleiche Kanton Leistungserbringer sowohl für die Leistungen aus OHG als auch der unentgeltlichen Rechtspflege ist. Die Argumentation des Bundesgerichts in BGE 149 II 246 E. 12.2 ist deshalb unzutreffend. Das Opfer, dem die unentgeltliche Rechtspflege gewährt wird, geht überdies nicht das Risiko ein, dass ihm von der Rechtsvertretung die vom Staat nicht gedeckten Aufwände in Rechnung gestellt werden. Im Unterschied zur Kostengutsprache für juristische Hilfe aus OHG besteht beim Institut der unentgeltlichen Rechtsvertretung zwischen der staatlichen Behörde und der Rechtsvertretung ein Vertragsverhältnis. Dieser Umstand hat für das Opfer den Vorteil, dass sich die Rechtsvertretung bezüglich Entschädigung und Akontozahlung direkt an die staatliche Behörde wenden muss und selbst bei einer Kürzung der Honorarforderung die Differenz nicht vom Opfer einfordern darf (vgl. Art. 13 der Standesregeln des Schweizerischen Anwaltsverbands). Wenn hingegen die Opferhilfe Kostengutsprache leistet, bleibt das Opfer Vertragspartei und Schuldner der gesamten Honorarforderung.

4.1.3 Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips gemäss ursprünglicher gesetzgeberischer Absicht

Entgegen der Ansicht des Bundesgerichts ging mit der Totalrevision des OHG vom 9. November 2005 keine Änderung des Subsidiaritätsprinzips einher. Aus der Botschaft zur Totalrevision des OHG geht hervor, dass die juristische Hilfe nach OHG subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist (vgl. Botschaft Totalrevision OHG, BBl 2004 7165, S. 7234). Ausserdem wurde mit der Revision der Strafprozessordnung (StPO) vom 17. Juni 2022 die Position der Opfer von Straftaten verstärkt. Diese haben seit dem 1. Januar 2024 auch dann Anspruch – bei gegebenen übrigen Voraussetzungen – wenn sie sich nicht als Privatklägerschaft konstituieren (Art. 136 Abs. 1 lit. b StPO) und sie haben die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege nicht zurückzuerstatten (Art. 138 Abs. 1^{bis} StPO). Mit letzterer Bestimmung wurde ein Nachteil der unentgeltlichen Rechtspflege im Verhältnis zur opferhilferechtlichen juristischen Hilfe eliminiert. Es ist deshalb angezeigt, die juristische Hilfe – wie ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen – wieder als Ausfallgarantie auszugestalten. Es gehört zu den elementaren

Sorgfaltspflichten jeder anwaltlichen Opfervertretung, sich bei mittellosen Opfern rechtzeitig um die unentgeltliche Rechtspflege zu bemühen. Wo andere (staatliche) Leistungen eine ausreichende Unterstützung der Opfer gewährleisten, ist die Opferhilfe entbehrlich. Wir regen daher eine Präzisierung in Art. 4 Abs. 1 OHG an, dass die Hilfe insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist.

4.2 Schutz- und Notunterkünfte

4.2.1 Vorbemerkung

Das Angebot an Schutz- und Notunterkünften stellt sich regional und kantonal sehr unterschiedlich dar. Hierbei ist zu beachten, dass die Anforderungen an eine Schutzunterkunft höher sind als an eine Notunterkunft. Wenn keine akute Gefährdung von der Täterschaft ausgeht, ist zur Stabilisierung eine enge Begleitung in einer Notunterkunft im Sinne eines betreuten Wohnens ausreichend. Durch ein differenziertes Angebot an Schutz- und Notunterkünften kann den jeweiligen Bedürfnissen effizienter entsprochen werden.

Aus der Perspektive der Opfer von Gewalt ist der Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz- und Notunterkünften entscheidend, das Opferhilfe gesetzlich sollte aus diesem Grund entsprechend präzisiert werden. Es wird hierzu auf die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren vom 8. November 2024 verwiesen.

4.2.2 Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz

Der Artikel sollte so ergänzt werden, dass die Beratungsstellen verpflichtet werden, dem Opfer oder seinen direkt betroffenen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft zur Verfügung zu stellen.

4.2.3 Art. 14b Schutz- und Notunterkünfte (neu)

Damit eine Zuweisung stattfinden kann ist es notwendig, dass gesetzlich verankert wird, dass die Kantone den Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen sicherstellen.

5 Fazit

Die vorgeschlagene Teilrevision des Opferhilfegesetzes stärkt die Opferhilfe in der Schweiz. Sie trägt zu einem besseren Schutz von Gewaltopfern und zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen bei. Wir würden es begrüßen, die Anregungen insbesondere zur Mitfinanzierung durch den Bund, zur gemeinsamen Bekanntmachungspflicht, zu den Schutz- und Notunterkünften, zur Konkretisierung des Leistungskatalogs sowie zur Präzisierung der Subsidiarität der Leistungen in die weitere Ausarbeitung des Gesetzes einzubeziehen.

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Res Schmid
Landammann



A. Eberli
lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5165

Unser Zeichen: ks

Sarnen, 15. Januar 2025

**Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, *geschätzter Bear*

Für die Einladung zur Vernehmlassung über den Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden ist mit dem Ziel der Revision – der Stärkung der Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe – einverstanden. Die Schweiz erfüllt dadurch auch die Anforderungen von Art. 22 und 25 der Istanbul-Konvention. Wir unterstützen deshalb den Entwurf im Grundsatz.

Bezüglich der Auswirkungen auf die Kantone kann es aus unserer Sicht als gesichert gelten, dass für sämtliche Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen werden – entgegen der Einschätzung des Bundesrates, wonach solche nur "möglicherweise" und "zumindest in einem Teil der Kantone" eintreffen werden. Für den Bund soll die Revision hingegen keine finanziellen Auswirkungen haben. Diesbezüglich ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag einzig den Kantonen gelten soll. Gestützt auf die unveränderte Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen fällt aus unserer Sicht die Bekanntmachung der Opferhilfe auch in die Zuständigkeit des Bundes. Wir fordern deshalb eine entsprechende finanzielle Beteiligung des Bundes an diesen Kosten.

Für die weiteren Bemerkungen und die Änderungsanträge zu den einzelnen Artikeln verweisen wir auf die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vom 8. November 2024, welcher wir uns vollumfänglich anschliessen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Beilage:

- Stellungnahme des SODK-Vorstands vom 8. November 2024

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Sozialamt
- Staatskanzlei

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz

(per Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch)

Bern, 8. November 2024

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Stellungnahme des Vorstands der SODK

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes Stellung zu nehmen, bedanken wir uns bestens. Die vorliegende Stellungnahme des SODK-Vorstands wurde nach Rücksprache mit der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz Opferhilfegesetz (SVK-OHG) und mit der Schweizerischen Konferenz gegen Hausliche Gewalt (SKHG) erarbeitet.

In einem ersten Teil möchten wir eine Gesamtbeurteilung zum Vorentwurf anbringen. In einem zweiten Teil unserer Stellungnahme finden Sie unsere Position zu einzelnen Artikeln.

Gesamtbeurteilung

Dem Ziel der vorliegenden Revision – die Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe zu stärken – schliesst sich der Vorstand SODK an. Wir erachten die Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes (OHG) als zielführende Massnahme, damit Opfer von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten. Damit erfüllt die Schweiz auch die Anforderungen von Artikel 22 und 25 der Istanbul-Konvention. Wir unterstützen deshalb den Vorentwurf grundsätzlich, fordern jedoch auch aus unserer Sicht notwendige Anpassungen (vgl. untenstehende Änderungsanträge).

Geltungsbereich und Subsidiarität der Opferhilfe

Der Geltungsbereich des OHG bleibt mit der vorgeschlagenen Teilrevision unverändert, ebenso bleibt das Subsidiaritätsprinzip in der vorgeschlagenen Lösung beibehalten. Der Vorstand SODK begrüsst dies, weist jedoch darauf hin, dass in denjenigen Fällen, die nicht unter den Geltungsbereich des OHG fallen, eine Kostenübernahme durch die Opferhilfe nicht möglich ist. Die Opferhilfestellen können keine Leistungen an Personen finanzieren, die nicht Opfer im Sinne des OHG sind (namentlich, wenn das Opfer keinen Wohnsitz in der Schweiz hat und die Straftat im Ausland begangen wurde). Die angestrebte einheitliche Regelung unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips trifft somit nicht auf alle Fälle zu.

Auswirkungen auf die Kantone

Im Bezug auf die personellen und finanziellen Auswirkungen auf die Opferhilfe wird im erläuternden Bericht (vgl. Kapitel 5.2.2 und 5.2.3) festgehalten, dass die für die Opferhilfe zuständigen kantonalen Behörden „möglicherweise“ mit einer zusätzlichen Arbeitsbelastung konfrontiert werden und dass die Finanzierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen „*zumindest in einem Teil der Kantone*“ zu einem Kostenanstieg führen. Betroffen seien „*vor allem diejenigen Kantone, die eine solche Finanzierung heute noch nicht vorsehen*“ und rechtsmedizinische Betreuung „*vermutlich nur einen kleinen Teil der Kosten für die Soforthilfe*“ ausmachen werde. Die SODK kann nachvollziehen, dass es dem Bundesrat derzeit nicht möglich ist, einen Frankenbetrag zu den personellen und finanziellen Auswirkungen abzuschätzen. Verschiedene Faktoren wirken sich auf die Kostenfolgen für die einzelnen Kantone aus, unter anderem: die aktuelle Praxis, das (neue) Betreuungsmodell und die damit verbundenen Umsetzungsmodalitäten, die Höhe des zukünftigen Fallanstiegs, sowie die Art und Weise der Bekanntmachung.

Aus Sicht der SODK kann hingegen als gesichert gelten, dass für sämtliche Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen werden, namentlich aus den folgenden Gründen:

- Die Anzahl der Beratungsanfragen zur medizinischen Hilfe ist zwischen 2018 und 2023 um rund 30% gestiegen (vgl. S. 31 des erläuternden Berichts). Diese signifikante Erhöhung um knapp einen Drittel innert 6 Jahren wird mit dem Leistungsausbau zukünftig noch stärker ausfallen.
- In den Kantonen, in denen aktuell kein System für eine spezialisierte (rechts)medizinische Versorgung besteht, sind neben den neuen wiederkehrenden Leistungskosten auch für die Aufbauarbeiten Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Auch für diejenigen Kantone, die ein unverändertes Leistungsportfolio haben, ist aufgrund der besseren Bekanntmachung (sowohl der Öffentlichkeit wie auch bei den spezialisierten Stellen/Personen in den Gesundheitseinrichtungen) mit einer Erhöhung der Anfragen und Gesuche zu rechnen. Es dürften nicht nur mehr berechtigte Gesuche eingehen, sondern generell mehr Anfragen. Auch die Fälle, die keine Gesuche auslösen (da nicht leistungsberechtigt nach OHG), verursachen Aufwand für die Abklärung, Betreuung und Triage.
- Ferner müssen die Kantone zusätzliche Ressourcen für die Bewerbung und Bekanntmachung (der Opferhilfe im Allgemeinen und der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen im Besonderen) aufwenden. Auch wenn für die diesbezügliche Kostenschätzung aktuell ebenso die Grundlage fehlt, sind diese bei den Auswirkungen auf die Kantone zu erwähnen.

Für den Bund hat die Teilrevision gemäss vorliegender Ausgestaltung keine finanziellen Auswirkungen. Dem Vorstand SODK erschliesst sich nicht, weshalb der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag einzig den Kantonen gelten soll. Gestützt auf die unveränderten Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen fällt aus unserer Sicht die Bekanntmachung der Opferhilfe auch in die Zuständigkeit des Bundes. Hinzu kommt, dass sich das finanzielle Engagement des Bundes im Bereich der Opferhilfe bis anhin auf die Gewährung von Bundesbeiträgen für die Ausbildungen von Opferhilfefachleuten beschränkt. Im Rahmen des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt hat der Bundesrat die Streichung dieser Finanzhilfen als Massnahme aufgenommen. Der Vorstand SODK fordert eine finanzielle Beteiligung des Bundes für die Bekanntmachung der Opferhilfe und spricht sich gegen eine Streichung der Ausbildungshilfen aus.

Umsetzung

Angesichts der unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten in den Kantonen, respektive dem jeweils gewählten Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung, stellen sich zahlreiche Umsetzungsfragen, die in einem nächsten Schritt zu klären sind. Insbesondere die Rollenklärung in Bezug auf die Subsidiaritätsprüfung ist diesbezüglich zentral. Gemäss dem erwähnten Merkblatt der SVK-OHG für das medizinische Fachpersonal betreffend Kostenübernahme für foren-

sisch-klinische Untersuchungen ist es das medizinische Fachpersonal, das ein Gesuch um Kostenübernahme an die Opferhilfestelle richten muss. Das medizinische Fachpersonal klärt ab, ob die Leistungen über die vorgelagerten Stellen – die Sozialversicherungen oder die Strafverfolgungsbehörden – übernommen werden oder nicht und stellen Rechnung (sofern gedeckt an die Kranken- oder Unfallversicherung, an die Strafverfolgungsbehörde oder an die Opferhilfestelle). An diesem Grundsatz ist festzuhalten. Dem Subsidiaritätsprinzip der Opferhilfe folgend, sind medizinische oder rechtsmedizinische Leistungen, die unter die Kranken- oder Unfallversicherungen fallen, von diesen zu übernehmen. Ebenso wenig finanzieren die Opferhilfestellen KVG/UVG-pflichtige Leistungen vor.

Hinsichtlich einer einheitlichen Umsetzung der Revision wird die SVK-OHG aufgefordert, die Erarbeitung von Empfehlungen im Zusammenhang mit der Kostenübernahme für die rechtsmedizinische Hilfe zu prüfen (vgl. Kapitel 3.2 des erläuternden Berichts). Ob die SVK-OHG Empfehlungen ausarbeiten wird, hängt insbesondere davon ab, ob auf Bundesebene Ausführungsbestimmungen erlassen und falls ja, wie weitgehend diese ausfallen werden.

Bei den nachfolgenden Bemerkungen werden wir nun etwas vertiefter auf einzelne Bestimmungen des Vorentwurfs eingehen und aus fachlicher Sicht Aspekte einbringen, die es zu bedenken gilt.

Bemerkungen und Änderungsanträge zu einzelnen Artikeln des OHG

Art. 1 Abs. 4

Die Präzisierung, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig davon besteht, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht, wird begrüsst.

Art. 8 Abs. 3

Der Vorstand SODK unterstützt, dass die Bekanntmachung der Opferhilfeangebote explizit in das OHG aufgenommen wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sich der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag nicht ausschliesslich an die Kantone zu richten hat, sondern dem Bund diesbezüglich auch eine Rolle zukommt. Daher beantragen wir, Abs. 8, Abs. 3 wie folgt anzupassen:

¹ Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.

Zudem ist unter Kapitel 5 des OHG (finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes), die Bekanntmachung entsprechend zu ergänzen.

Art. 14a Abs 1

Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe soll nach Ansicht des Vorstands SODK abschliessend definiert werden, da die Aufzählungen unter den Buchstaben a bis c einen genügend hohen Abstraktionsgrad aufweist, damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt sind. Hingegen ist zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert und nicht aufgrund von Kostenüberlegungen eingeschränkt wird. Art. 14a Abs. 1 ist demnach entsprechend anzupassen:

¹ Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst insbesondere:

a. die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;

Art. 14a Abs. 2

Wie im erläuternden Bericht erwähnt, hält es der Bundesrat für sinnvoll, die Kantone zu verpflichten, den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistun-

gen zu gewährleisten. Die Kantone sollen ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Der Vorstand SODK teilt die Haltung des Bundesrates, kommt jedoch zum Schluss, dass die Verwendung des Begriffs «eine spezialisierte Stelle» diese nur unzureichend zum Ausdruck bringt. Folglich fordern wir, Abs. 14, Abs. 2 wie folgt umzuformulieren:

~~² Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können.~~

² Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.

Der Vorstand SODK ist der Ansicht, dass im Rahmen der aktuellen OHG-Teilrevision neben der Verbesserung der (rechts-)medizinischen Leistungen auch der Zugang zu Schutz- und Notunterkünften präzisiert werden sollte, um den Anforderungen von Artikel 23 der Istanbul-Konvention zu entsprechen. Gemäss Art. 23 treffen die Vertragsparteien *«die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Massnahmen, um die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Opfern, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen und aktiv auf Opfer zuzugehen»*. Die Expertinnen- und Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) hat im Rahmen ihres Evaluationsberichts vom November 2022 die Schweizer Behörden dringend aufgefordert, *«die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um den Opfern aller Formen von Gewalt gegen Frauen, die von der Istanbul-Konvention erfasst werden, und ihren Kindern Zugang zu Schutzunterkünften nach einem angemessenen geografischen Verteilschlüssel zu ermöglichen»*. Dass Schutz- und Notunterkünfte von der Opferhilfe bereitgestellt und finanziert werden müssen, geht aus einem kürzlich ergangenen Leitscheid des Bundesgerichts hervor (Urteil vom 3. Juni 2024, 1C_653/2022).

Die im Auftrag der SODK erstellte Analyse der Schutz- und Notunterkünfte, die am 8. November 2024 publiziert wurde, zeigt deutlich auf, dass das Angebot an Schutz- und Notunterkünften zurzeit regional und kantonal sehr unterschiedlich ausfällt. Auch ist ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen zentral, um die knappe Anzahl an Plätzen in Schutz- und Notunterkünften nicht noch zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten. Ausserdem ist zu beachten, dass die Anforderungen an eine Schutzunterkunft höher sind als an eine Notunterkunft. Wenn keine akute Gefährdung von der Täterschaft ausgeht, ist zur Stabilisierung eine enge Begleitung in einer Notunterkunft im Sinne eines betreuten Wohnens ausreichend. Durch ein differenziertes Angebot an Schutz- und Notunterkünften kann demnach den jeweiligen Bedürfnissen effizienter entsprochen werden.

Aus der Perspektive der Opfer von Gewalt ist der Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz- und Notunterkünften entscheidend, weshalb sich der Vorstand SODK dafür ausspricht, das OHG entsprechend zu präzisieren:

Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz

¹Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft.

NEU Art. 14b Schutz- und Notunterkünfte

¹ Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten an Anschlusslösungen haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

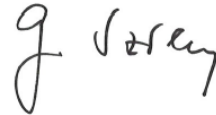
**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**

Die Präsidentin



Nathalie Barthoulot
Regierungsrätin

Die Generalsekretärin



Gaby Szöllösy



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 14. Januar 2025

**Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: Vorentwurf zur Teilrevision des
Opferhilfegesetzes; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst die vorgesehene Teilrevision des Opferhilfegesetzes. Damit kann eine bestehende Lücke geschlossen werden und der Schutz und die Unterstützung von Opfern von sexueller Gewalt wird verbessert. Der Kanton St.Gallen verfügt bereits über das Angebot der rechtsmedizinischen Soforthilfe, wie sie mit den neuen gesetzlichen Grundlagen vorgesehen ist.

In Bezug auf die Bekanntmachung der Opferhilfe sieht der Kanton St.Gallen, angelehnt an die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), ebenfalls einen wichtigen Informationsauftrag beim Bund und nicht nur bei den Kantonen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann
Präsidentin

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 21. Januar 2025

Vernehmlassung betreffend die Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit vom 9. Oktober 2024 danken wir Ihnen und nehmen wie folgt Stellung:

Dem Kanton Schaffhausen ist es ein Anliegen, dass Opfer von Gewalt, insbesondere von häuslicher und sexueller Gewalt, Zugang zu qualitativ hochwertigen und spezialisierten medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen haben. Auch die mit der Revision angestrebten Verbesserungen bei der Beweiserhebung und Verwertung von Probenahmen in allfälligen Straf-, Zivil- oder Verwaltungsverfahren begrüssen wir, da sich dies mutmasslich positiv auf die Anzeigequote und die Zahl der strafrechtlichen Verurteilungen auswirken wird. Vor dem Hintergrund der diversen Abkommen und Initiativen, welche sich mit der Opferhilfe und dem Opferschutz befassen und in den letzten Jahren sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene abgeschlossen beziehungsweise angestossen wurden (z. B. Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, Roadmap über häusliche Gewalt), erachtet der Kanton Schaffhausen die Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG) als angezeigt und stimmt dieser grundsätzlich zu.

Der Umstand, dass den Kantonen mit der vorliegenden Teilrevision der nötige organisatorische Spielraum bei der Bereitstellung der erforderlichen (rechts-)medizinischen Leistungen gewährt wird, erlaubt es dem Kanton Schaffhausen, auf dem bereits bestehenden Angebot aufzubauen und dieses punktuell anzupassen beziehungsweise zu erweitern. Gleichzeitig verweisen wir auf diverse Stellen im OHG, welche einer Präzisierung und

gesetzgeberischer Klärung bedürften. Wir regen dementsprechend die folgenden Anpassungen an:

Zu Art. 8 Abs. 3 OHG:

Der in Art. 8 Abs. 3 OHG enthaltene Sensibilisierungsauftrag soll sich nicht ausschliesslich an die Kantone, sondern ebenso an den Bund richten. Dementsprechend soll die Bekanntmachung der Opferhilfe zu den im fünften Kapitel des OHG aufgeführten Leistungen und Aufgaben des Bundes hinzugefügt werden.

Zu Art. 14 bzw. Art 14a OHG:

In Art. 14 bzw. 14a OHG sind die stipulierten Leistungen der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe um die dafür anfallenden Kosten zu erweitern. In der Folge ist zu klären, inwiefern diese Kosten ausschliesslich unter die Soforthilfe oder auch unter die längerfristige Hilfe oder sogar die Entschädigung fallen. Hier ist gesetzgeberische Klarheit gefordert, zumal es aufgrund einer allfälligen Kostenbeteiligung des Opfers nicht unerheblich ist, unter welchen Rechtstitel eine Leistung fällt. Sollte die Kostenübernahme für medizinische und rechtsmedizinische Leistungen ausschliesslich über die Soforthilfe erfolgen, könnte die Ausnahmeregelung in Art. 4 Abs. 2 OHG nicht mehr zur Anwendung gelangen. Der Kanton Schaffhausen schlägt deshalb vor, die Ausnahmeregelung von Art. 4 Abs. 2 OHG in Art. 4 Abs. 1 OHG zu verschieben.

Zu Art. 31 OHG:

Von der vom Bundesrat vorgeschlagenen Streichung der Finanzhilfen für die Ausbildung der Opferhilfefachpersonen (Art. 31 OHG) soll abgesehen werden.

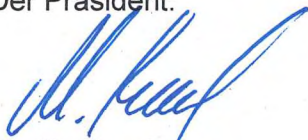
Für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



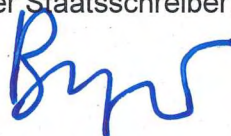
Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:


Martin Kessler

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

21. Januar 2025

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 eingeladen, zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Vorbemerkung

Wir begrüssen die Erweiterung und Konkretisierungen der vorliegenden Teilrevision des OHG. Das Ziel, Opfern von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und insbesondere rechtsmedizinischen Leistungen zu gewähren, begrüssen wir sehr. In Fällen von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt kommen der forensisch-klinischen Untersuchung, der Dokumentation von Verletzungsfolgen durch medizinisch geschulte Fachpersonen und der psychologischen Beratung entscheidende Bedeutung zu. Die Verpflichtung der Kantone, entsprechende Leistungen bereitzustellen und zu bewerben, ist ein wichtiger Schritt für die Stärkung der Versorgung von Opfern.

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des OHG:

Art.1 Abs. 4

Die Präzisierung, wonach der Anspruch auf Unterstützung nach dem OHG unabhängig davon besteht, ob das Opfer Strafanzeige erstattet hat oder nicht, wird begrüsst.

Art. 8 Abs. 1

Wir begrüssen, dass die Pflicht der Kantone zur Bekanntmachung der opferhilferechtlichen Leistungen explizit ins OHG aufgenommen wird. Die opferhilferechtlichen Leistungen sind zu wenig bekannt. Hilfeleistungen können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie bekannt sind. Der Informationsauftrag soll sich daher nicht nur auf die Information des Opfers beschränken, sondern auf die Öffentlichkeit ausgeweitet werden. Ergänzend würden wir begrüssen, wenn diese Pflicht nicht nur den Kantonen, sondern den Kantonen und dem Bund gemeinsam

auferlegt würde. Wir beantragen deshalb folgende Ergänzung von Art. 8 Abs. 1:

«Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.»

Art. 14 Abs. 1

Die explizite Erwähnung der rechtsmedizinischen Hilfe im OHG wird begrüsst. Es wird auf die Ausführungen in den Vorbemerkungen verwiesen.

Art. 14a Abs. 1 und Abs. 2

Wir begrüssen die Ergänzung des OHG um den Art. 14a. In Bezug auf Abs. 1 schliessen wir uns überdies dem Ergänzungsantrag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) in ihrer Stellungnahme vom 8. November 2024 an. Mit diesen Ergänzungen wird verdeutlicht, dass sich der Umfang der zu erbringenden Leistungen an dem im konkreten Fall Notwendigen zu orientieren hat:

1 Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst insbesondere:

a. die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;

Für die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, bedanken wir uns bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Sandra Kolly
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

3003 Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schwyz, 14. Januar 2025

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes vom 23. März 2007 (OHG, SR 312.5) zur Vernehmlassung bis 24. Januar 2025 unterbreitet.

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich den Vorentwurf zur Teilrevision des OHG, erkennt jedoch auch Anpassungsbedarf. Er verweist diesbezüglich auf die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vom 8. November 2024 zum Vorentwurf zur Teilrevision des OHG. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Stellungnahme an und ersucht, die darin geäusserten Anliegen zu berücksichtigen.

Darüber hinaus beantragt der Regierungsrat in Bezug auf die Subsidiarität der Opferhilfe eine Präzisierung des OHG:

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts waren Leistungen aus dem OHG in Anwendung des in Art. 4 OHG verankerten Subsidiaritätsprinzips subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege (vgl. BGE 131 II 121 E. 2.3). Mit Leitentscheid vom 2. Juni 2023 hat das Bundesgericht diese Rechtsprechung aufgegeben und entschieden, dass die Subsidiarität der Opferhilfe im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege nicht greife (BGE 149 II 246).

Die Begründung zur Neuauslegung von Art. 4 Abs. 1 OHG ist nicht nachvollziehbar und verkennt einerseits, dass die Zuständigkeit für die Gewährung juristischer Hilfe nach OHG von jener für die unentgeltliche Rechtspflege auseinanderfallen kann und andererseits, dass die unentgeltliche Rechtspflege für die Opfer vorteilhafter ist. Das Opfer kann die Beratungsstelle frei wählen (Art. 15 Abs. 3 OHG). Diese gewählte Beratungsstelle ist sodann für die Gewährung von juristischer Hilfe zuständig, wohingegen die unentgeltliche Rechtspflege von der jeweils das Straf- oder Zivilverfahren führenden

Behörde zu gewähren ist. Es trifft deshalb nicht zu, dass immer der gleiche Kanton Leistungserbringer sowohl für die Leistungen aus dem OHG als auch der unentgeltlichen Rechtspflege ist. Die Argumentation des Bundesgerichts in BGE 149 II 246 E. 12.2 ist deshalb unzutreffend. Das Opfer, welchem die unentgeltliche Rechtspflege gewährt wird, geht überdies nicht das Risiko ein, dass ihm von der Rechtsvertretung die vom Staat nicht gedeckten Aufwände in Rechnung gestellt werden. Im Unterschied zur Kostengutsprache für juristische Hilfe aus dem OHG besteht beim Institut der unentgeltlichen Rechtspflege ein Vertragsverhältnis zwischen der staatlichen Behörde und der Rechtsvertretung. Dieser Umstand hat für das Opfer den Vorteil, dass sich die Rechtsvertretung bezüglich Entschädigung direkt an die staatliche Behörde wenden muss und selbst bei einer Kürzung der Honorarforderung die Differenz nicht beim Opfer einfordern darf. Wenn hingegen die Opferhilfe eine Kostengutsprache leistet, bleibt das Opfer Vertragspartei und Schuldner der gesamten Honorarforderung.

Entgegen der Ansicht des Bundesgerichts ging mit der Totalrevision des OHG vom 9. November 2005 keine Änderung des Subsidiaritätsprinzips einher. Aus der Botschaft zur Totalrevision des OHG geht hervor, dass die juristische Hilfe nach OHG subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist (vgl. Botschaft Totalrevision OHG, BBl 2004 7165 S. 7234). Mit der Revision der Strafprozessordnung (StPO, SR 312.0) vom 17. Juni 2022 wurde ausserdem die Position der Opfer von Straftaten verstärkt. Das Opfer hat seit dem 1. Januar 2024 auch dann Anspruch – bei gegebenen übrigen Voraussetzungen –, wenn es sich nicht als Privatkülerschaft konstituiert (Art. 136 Abs. 1 Bst. b StPO) und es hat die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege nicht zurückzuerstatten (Art. 138 Abs. 1^{bis} StPO). Mit letzterer Bestimmung wurde ein Nachteil der unentgeltlichen Rechtspflege im Verhältnis zur opferhilferechtlichen juristischen Hilfe eliminiert. Es ist daher angezeigt, die juristische Hilfe – wie ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen – wieder als Ausfallgarantie auszugestalten. Wo andere (staatliche) Leistungen eine ausreichende Unterstützung der Opfer gewährleisten, ist die Opferhilfe entbehrlich. Der Regierungsrat beantragt deshalb folgende Präzisierung des OHG:

Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz

¹ (...). Sie sind insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 14. Januar 2025
Nr. 24

Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Vorentwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; SR 312.5) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten bitten wir Sie indessen, die nachfolgenden Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen zu beachten.

Art. 8 Abs. 1

Wir unterstützen zwar, dass die Bekanntmachung der Opferhilfeangebote explizit in das OHG aufgenommen wird. Allerdings sind wir der Ansicht, dass sich der neuverankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag nicht ausschliesslich an die Kantone zu richten hat, sondern dem Bund diesbezüglich ebenfalls eine Rolle zukommen soll. Wir beantragen daher, Art. 8 Abs. 1 des Entwurfs wie folgt zu ergänzen:

„Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.“

Art. 14a Abs. 1 lit. a

Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe soll nach unserer Auffassung abschliessend definiert werden, da die Aufzählungen unter den lit. a bis lit. c einen genügend hohen Abstraktionsgrad aufweisen, damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt werden können. Hingegen ist zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich der Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert und nicht aufgrund

2/2

von Kostenüberlegungen eingeschränkt wird. Art. 14 Abs. 1 lit. a ist demnach wie folgt anzupassen:

„Die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen;“

Art. 14a Abs. 2

Wie im erläuternden Bericht erwähnt, hält es der Bundesrat für sinnvoll, die Kantone zu verpflichten, den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen zu gewährleisten. Die Kantone sollen ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Wir teilen zwar die Haltung des Bundesrates, kommen jedoch zum Schluss, dass die Verwendung des Begriffs „eine spezialisierte Stelle“ diese nur unzureichend zum Ausdruck bringt. Folglich ist Art. 14a Abs. 2 wie folgt umzuformulieren:

„Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.“

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber





Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia
e polizia

*jonas.amstutz@bj.admin.ch
(in versione PDF e in versione Word)*

Consultazione sull'avamprogetto di revisione parziale della legge concernente l'aiuto alle vittime di reati

Signor Consigliere federale,
Gentili signore, gentili signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere il nostro parere sull'avamprogetto di revisione parziale della legge concernente l'aiuto alle vittime di reati, nell'ambito della procedura di consultazione.

Nella prima parte del presente documento, desideriamo fornire una valutazione generale del progetto preliminare, mentre nella seconda parte esponiamo le nostre osservazioni su alcuni articoli specifici.

1. Valutazione complessiva

Condividiamo l'obiettivo della revisione parziale della legge, che mira a rafforzare l'accesso a prestazioni mediche e medico-legali a favore delle vittime di violenza domestica e sessualizzata.

Riteniamo che l'estensione della legge federale concernente l'aiuto alle vittime di reati (LAV; RS 312.5) sia una misura adeguata per garantire alle vittime l'accesso a servizi specialistici di alta qualità.

Attraverso questa revisione, la Svizzera soddisfa i requisiti degli articoli 22 e 25 della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla prevenzione e la lotta contro la violenza contro le donne e la violenza domestica (Convenzione di Istanbul, RS 0.311.35). Per questo motivo, sosteniamo in linea di principio il progetto preliminare, pur considerando indispensabili alcune modifiche, che illustriamo nelle osservazioni riportate di seguito.

Ambito di applicazione e principio di sussidiarietà dell'aiuto alle vittime

Con questa revisione parziale, l'ambito di applicazione della LAV rimane invariato e il principio di sussidiarietà viene preservato anche con la soluzione proposta.

Lo scrivente Consiglio di Stato accoglie con favore questa decisione, ma precisa che per i casi che non rientrano nell'ambito di applicazione della LAV non è possibile ottenere il rimborso delle spese per l'aiuto alle vittime. I Servizi (Consultori) per l'aiuto alle vittime non possono finanziare le prestazioni alle persone che non sono vittime ai sensi LAV (ad esempio, se la persona vittima non è domiciliata in Svizzera e il reato è stato commesso all'estero). Andrebbe quindi trovata una soluzione per rispondere anche a queste situazioni.

Ripercussioni sui Cantoni: impatto sull'organico e conseguenze finanziarie per l'aiuto alle vittime

Il rapporto esplicativo (cfr. capitoli 5.2.2 e 5.2.3) evidenzia che le autorità cantonali responsabili per l'aiuto alle vittime *"potrebbero"* dover affrontare un carico di lavoro aggiuntivo.

Inoltre, il finanziamento delle prestazioni mediche e medico-legali, potrebbe determinare un aumento dei costi. Tale impatto finanziario riguarderà in particolare i cantoni che attualmente non prevedono questo tipo di finanziamento e non seguono ancora questa prassi.

Diversi fattori hanno un'influenza sui costi per i singoli cantoni, tra le modalità operative diversificate fra loro, il (nuovo) modello di presa a carico e le relative modalità di attuazione, l'entità del previsto incremento dei casi futuri e la modalità con cui verranno implementate le nuove prestazioni riconosciute. Tuttavia è certo che tutti i cantoni dovranno affrontare costi aggiuntivi, principalmente per i seguenti motivi:

1. Il numero di richiesta di assistenza medica è aumentato del 30% circa tra il 2018 e il 2023 (vedi pagina 30 del rapporto esplicativo). Questo significativo incremento, pari a quasi un terzo in sei anni, è destinato ad aumentare ulteriormente in futuro con l'ampliamento delle prestazioni.
2. Nei cantoni in cui attualmente non esiste un sistema di presa a carico medica e medico-legale specializzato, sarà necessario mettere a disposizione risorse per l'implementazione delle nuove prestazioni. Anche nei Cantoni in cui l'offerta di servizi rimarrà invariata, è prevedibile un aumento delle richieste e delle domande grazie a una migliore diffusione delle informazioni (sia al pubblico che ai servizi specializzati e al personale delle strutture sanitarie). Questo incremento riguarderà non solo le richieste fondate, ma anche le domande in generale.
Inoltre, pure le situazioni che non si traducono in richieste effettive, poiché non soddisfano i criteri per le prestazioni previste dalla LAV, richiederanno comunque un onere per la verifica, la presa a carico e il relativo triage.
3. I Cantoni dovranno destinare risorse aggiuntive alla comunicazione e all'informazione (per quanto riguarda l'aiuto alle vittime in generale e i servizi medici e medico-legale in ambito forense in particolare).

Sebbene al momento non sia possibile fornire una stima precisa dei costi, è importante sottolineare che questi dovrebbero essere menzionati nelle prevedibili conseguenze per i cantoni.

Nella sua forma attuale, la revisione parziale non ha conseguenze finanziarie per la Confederazione. Il Consiglio di Stato non comprende dunque perché il nuovo compito di informazione e di sensibilizzazione debba essere di esclusiva competenza dei Cantoni e sollecita un impegno finanziario da parte della Confederazione per sostenere la promozione dell'informazione relativa all'aiuto alle vittime. Si oppone inoltre alla soppressione dei fondi federali destinati alla formazione.

Attuazione

Considerate le differenze tra i cantoni in termini di strutture e di modello scelto per la presa a carico medica e medico-legale, è fondamentale che l'implementazione avvenga in modo uniforme. Questo è particolarmente importante perché emergono diverse questioni pratiche legate all'attuazione, che dovranno essere approfondite e chiarite in fase esecutiva.

A questo proposito, occorre definire con chiarezza i ruoli della Confederazione e dei Cantoni, tenuto conto del principio di sussidiarietà.

Secondo la scheda informativa della Conferenza svizzera dell'aiuto alle vittime CSOL-LAVI (del 22 marzo 2022) è il personale medico che deve presentare una richiesta per la copertura dei costi degli esami medico-legali ai Servizi per l'aiuto alle vittime.

Il personale medico dovrà innanzitutto verificare se le prestazioni sono coperte dalle autorità di perseguimento penale (denuncia penale e/o mandato di perseguimento delle autorità penali) o dalle assicurazioni sociali (assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie o assicurazione infortuni secondo la LAINF). Qualora queste non garantiscano la copertura, i costi potranno, in via sussidiaria, essere coperti dai Servizi per l'aiuto alle vittime. Osserviamo che il principio di sussidiarietà previsto dalla LAV deve essere mantenuto.

Inoltre, i Servizi di aiuto alle vittime non anticipano i costi delle prestazioni obbligatorie fornite dalle assicurazioni LAMal e LAINF.

Per garantire un'applicazione uniforme della revisione, la CSOL-LAVI dovrà valutare l'opportunità di emanare una raccomandazione sul finanziamento delle spese legate all'assistenza medico-legale (cfr. capitolo 3.2 del rapporto esplicativo). L'elaborazione di una raccomandazione da parte della CSOL-LAVI dipenderà, in particolare, dall'adozione o meno di disposizioni di attuazione a livello federale e, in caso affermativo, dalla portata delle stesse.

Nelle osservazioni che seguono, analizzeremo più nel dettaglio alcune disposizioni del progetto preliminare, introducendo aspetti che, da un punto di vista tecnico e professionale, meritano di essere presi in considerazione.

2. Osservazioni e proposte di modifica relative ad alcuni articoli della LAV

Art. 1 cpv. 4

Si accoglie con favore la codificazione espressa del principio secondo cui l'accesso alle prestazioni di supporto per le vittime non deve essere subordinato alla

presentazione di una denuncia penale o alla partecipazione al procedimento giudiziario. Questo è particolarmente rilevante nei contesti di violenza domestica, dove spesso emerge una comprensibile difficoltà nel denunciare un familiare o una persona vicina. È essenziale, dunque, che chi è leso nella propria integrità fisica, psichica o sessuale a seguito di un reato possa beneficiare delle prestazioni necessarie senza timore di essere obbligato a presentare una denuncia, eliminando così un ostacolo che potrebbe scoraggiare molte vittime dal cercare aiuto.

Art. 8 cpv. 1 e cpv. 3

L'informazione rappresenta un elemento fondamentale nel percorso di supporto alle vittime di reati. Conoscere i propri diritti, le risorse disponibili e le procedure da seguire è essenziale per consentire alle vittime di fare scelte consapevoli e affrontare la situazione con maggiore sicurezza. Un'adeguata informazione può ridurre il senso di isolamento, di impotenza e fornisce strumenti concreti per accedere alle prestazioni di assistenza offerte dalla LAV. Inoltre, sapere come e dove ottenere supporto, comprendere i propri diritti contribuisce a rafforzare l'autonomia della vittima e ad incoraggiare il suo percorso di recupero.

In questo contesto, è cruciale che l'informazione venga fornita in modo tempestivo, chiaro e accessibile, tenendo conto anche delle diverse culture che caratterizzano il nostro territorio o di eventuali condizioni di vulnerabilità. Una maggiore consapevolezza a livello sociale contribuisce a creare una cultura del rispetto e della non tolleranza verso la violenza.

La violenza è un problema trasversale che direttamente o indirettamente comporta importanti ripercussioni sul benessere, sulla salute e sulla sicurezza di ogni singolo cittadino, l'informazione sull'aiuto alle vittime deve coinvolgere al contempo la Confederazione e i Cantoni affinché la diffusione delle conoscenze e delle informazioni su questo delicato tema siano garantite sull'insieme del territorio elvetico.

Il Cantone Ticino sostiene quindi l'inclusione esplicita nella LAV del mandato di informare e promuovere i servizi di aiuto alle vittime. Tuttavia, ritiene che questo compito non debba essere di esclusiva competenza dei Cantoni, ma che anche la Confederazione debba assumere un ruolo proattivo.

Pertanto proponiamo di modificare il capoverso 1 dell'articolo 8 come segue:

¹ La Confederazione e i Cantoni fanno conoscere l'esistenza dei servizi di aiuto alle vittime.

Inoltre, sarebbe opportuno integrare nel capitolo 5 della LAV (prestazioni finanziarie e compiti della Confederazione) una disposizione specifica relativa alla diffusione dell'informazione.

Art. 14 cpv. 1, primo periodo

Si approva la modifica del capoverso 1 dell'articolo 14 della legge federale sull'aiuto alle vittime di reati, che mira a garantire alle vittime di reati, un accesso a servizi

specialistici e di qualità anche in ambito medico-legale e quindi formalizzare l'assistenza medico legale quale prestazione di aiuto alle vittime ai sensi della LAV. Si ritiene infatti che l'assistenza medico legale sia fondamentale non solo per assicurare l'autore di reato alla giustizia ma anche per il percorso di recupero della vittima che grazie alla raccolta (tempestiva e corretta) di prove in ambito medico-legale ha fondamentali elementi a sostegno della propria credibilità.

Art. 14a cpv. 1 e 2

È benvenuta la disposizione che concretizza la nozione di assistenza medica e di assistenza medico-legale. Ci si chiede tuttavia perché un simile articolo non venga sviluppato anche per gli altri tipi di assistenza (psicologica, sociale, materiale e giuridica) previsti dall'art. 14 cpv. 1 LAV.

Vista la pluralità di casistiche e la specificità di ogni caso è importante che la norma non sia esaustiva affinché possano essere previste per ogni caso specifico le prestazioni più adeguate.

È altrettanto apprezzabile l'introduzione di un obbligo per i Cantoni di garantire alle vittime l'accesso a un "ente specializzato", lasciando al contempo loro autonomia organizzativa. Considerata l'importanza delle prove raccolte durante un esame medico-legale, è fondamentale che tali accertamenti siano eseguiti da professionisti specializzati nel settore. Al tempo stesso, lasciare ai Cantoni la libertà di definire il modello di ente specializzato, consente loro di individuare la soluzione più adatta al territorio.

3. Ulteriori necessità di revisione

1. Alloggio di emergenza e casa rifugio

Il Consiglio di Stato ritiene che nell'ambito dell'attuale revisione della LAV, oltre a migliorare i servizi medici e medico-legali in ambito forense, sia opportuno chiarire le modalità di accesso alle case rifugio e agli alloggi di emergenza, al fine di soddisfare i requisiti previsti dall'art. 23 della Convenzione di Istanbul.

Secondo l'articolo 23 (Case rifugio), le parti adottano "le misure legislative o di altro tipo necessarie per consentire la creazione di rifugi adeguati, facilmente accessibili e in numero sufficiente per offrire un alloggio sicuro alle vittime, in particolare le donne e i loro bambini, e per aiutarle in modo proattivo".

Il Gruppo di esperti del Consiglio d'Europa per la lotta alla violenza contro le donne e alla violenza domestica (GREVIO), nel rapporto di valutazione di novembre 2022, ha esortato le autorità svizzere ad "adottare le misure necessarie per consentire alle vittime di ogni forma di violenza contro le donne contemplate dalla Convenzione di Istanbul, e ai loro figli, un accesso adeguato ai rifugi specializzati in base ad una distribuzione geografica appropriata".

L'analisi della situazione dei rifugi e degli alloggi di emergenza, commissionata dalla CDOS e pubblicata l'8 novembre 2024, evidenzia chiaramente come l'offerta varia notevolmente tra regioni e cantoni. È essenziale garantire un'offerta adeguata di soluzioni di accoglienza successive "post-urgenza", per evitare che i posti limitati nelle case rifugio vengano sovraccaricati da soggiorni più lunghi del necessario.

È altresì importante allestire dei rifugi e alloggi di emergenza, in particolare per i gruppi target di giovani donne e ragazze, uomini, persone con disabilità o problemi di salute, persone LGBTQIA+.

A differenza delle case rifugio situati in luoghi non noti al pubblico, gli alloggi di emergenza possono rappresentare una soluzione adeguata per stabilizzare la situazione, a condizione che non sussista una minaccia da parte dell'autore e che venga garantito un appropriato accompagnamento. Offrire una gamma differenziata di rifugi e alloggi di emergenza, consente di rispondere in modo più mirato ed efficace alle esigenze specifiche delle vittime.

Gli alloggi di emergenza devono essere garantiti e finanziati attraverso l'aiuto alle vittime. In una recente decisione di principio (sentenza del Tribunale federale del 3 giugno 2024, 1C_653/2022), è stata confermata la qualità di vittima in presenza di un pregiudizio non trascurabile all'integrità psichica. La sentenza ha inoltre rilevato l'esistenza di sufficienti elementi per giustificare la necessità della collocazione in un alloggio di emergenza. Tuttavia, il Tribunale federale non ha operato una distinzione chiara tra rifugi e alloggi di emergenza. Nello specifico, il rifugio rappresenta un tipo di alloggio di emergenza che risponde anche a un'esigenza di protezione derivante da una situazione di minaccia concreta nei confronti della vittima.

Dal punto di vista delle vittime di violenza, l'accesso a un'offerta appropriata di rifugi e alloggi di emergenza è essenziale. Lo scrivente Consiglio suggerisce che la LAV sia modificata di conseguenza:

Art. 14 cpv. 1, seconda frase

1 Se necessario, i consultori procurano un rifugio o un alloggio di emergenza alla vittima e/o ai suoi congiunti.

Art. 14b (nuovo) Rifugi e alloggi di emergenza

1 I Cantoni provvedono affinché le vittime possono accedere a rifugi e alloggi di emergenza e a soluzioni di accoglienza successive.

2. Sussidiarietà dell'aiuto alle vittime

Secondo consolidata giurisprudenza del Tribunale federale, l'assistenza giuridica ai sensi della LAV erano sussidiarie rispetto al gratuito patrocinio (cfr. DTF 131 II 121 consid. 2.3). Con una decisione di principio del 2 giugno 2023, il Tribunale federale ha abbandonato tale giurisprudenza, stabilendo che la sussidiarietà dell'aiuto alle vittime non si applica nei confronti del gratuito patrocinio (DTF 149 II 246). La motivazione di questa nuova interpretazione dell'art. 4 cpv. 1 LAV è frequentemente oggetto di discussione in seno ai servizi preposti all'applicazione della Legge poiché non tiene conto, da un lato, del fatto che la competenza per la concessione dell'assistenza giuridica secondo la LAV può differire da quella per il gratuito patrocinio e, dall'altro, che il gratuito patrocinio risulta più vantaggioso per le vittime.

La vittima può scegliere liberamente il consultorio (art. 15 cpv. 3 LAV). Il consultorio scelto è competente per la concessione dell'assistenza giuridica secondo la LAV, mentre il gratuito patrocinio viene concesso dall'autorità competente che si occupa della procedura penale o civile. Le competenze (cantonali) in materia sono stabilite in modo vincolante dall'ordinamento giuridico e possono non coincidere con la scelta della vittima riguardo al consultorio. Non è quindi vero che lo stesso cantone sia sempre responsabile, sia per le prestazioni della LAV che per il gratuito patrocinio.

Inoltre, la vittima che beneficia del gratuito patrocinio non rischia che il proprio avvocato le addebiti le spese non coperte dallo Stato. Diversamente dalla garanzia di pagamento previsto per l'assistenza giuridica secondo la LAV, nell'ambito del gratuito patrocinio esiste un rapporto contrattuale tra l'autorità statale e l'avvocato. Ciò comporta per la vittima il vantaggio che l'avvocato debba rivolgersi direttamente all'autorità statale per il pagamento della propria nota e, anche in caso di riduzione dell'onorario richiesto, non possa chiedere alla vittima di pagare la differenza (cfr. art. 13 Codice svizzero di deontologia). Al contrario, se l'aiuto alle vittime allestisce una garanzia di pagamento, la vittima resta parte contrattuale e debitore dell'intera nota.

Contrariamente a quanto affermato dal Tribunale federale, la revisione totale della LAV del 9 novembre 2005 non ha comportato alcuna modifica al principio di sussidiarietà. Dal messaggio relativo alla revisione totale della LAV emerge chiaramente che l'assistenza giuridica secondo la LAV è subordinata al gratuito patrocinio (cfr. Messaggio sulla revisione totale della LAV, FF 2004 7165 pag. 7234). Inoltre, con la revisione del Codice di procedura penale (CPP) del 17 giugno 2022, la posizione delle vittime di reati è stata rafforzata. A partire dal 1° gennaio 2024, la vittima ha diritto al gratuito patrocinio – a condizione che siano soddisfatti gli altri requisiti – anche qualora non si costituisca parte civile (art. 136 cpv. 1 lett. b CPP) e non deve restituire le spese sostenute per il gratuito patrocinio (art. 138 cpv. 1bis CPP). Con questa ultima disposizione è stato eliminato uno svantaggio del gratuito patrocinio rispetto all'assistenza giuridica prevista dalla LAV. È pertanto opportuno ripristinare l'assistenza giuridica – come originariamente previsto dal legislatore – quale garanzia contro l'insolvenza.

Infine, rientra tra i doveri fondamentali di diligenza di ogni avvocato che rappresenta una vittima indigente presentare tempestivamente la richiesta per il gratuito patrocinio. Al contrario, l'assistenza giuridica ai sensi della LAV può essere richiesta anche alla fine del procedimento penale e, se tutti i requisiti sono soddisfatti, si ottiene il pagamento dell'intero onorario. Ciò comporta che l'avvocato negligente, nonostante abbia presentato la richiesta troppo tardi, riceve comunque la relativa assistenza.

Vogliate gradire, signor Consigliere federale, gentili signore, gentili signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione dell'azione sociale e delle famiglie (dss-dasf@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch)
- Ufficio dell'aiuto e della protezione (dss-uap@ti.ch)
- Servizio per l'aiuto alle vittime di reati (cristiana.finzi@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Änderung des Opferhilfegesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Opferhilfegesetzes Stellung zu nehmen.

Wir erachten die Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes (OHG; SR 312.5) als zielführende Massnahme, damit Opfer von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten. Grundsätzlich unterstützen wir den Vorentwurf zur Teilrevision. Dennoch bedarf die Vorlage verschiedener Anpassungen. Diesbezüglich verweisen wir auf die Stellungnahme des Vorstands der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vom 8. November 2024, der wir uns anschliessen.

Im Weiteren würden wir es begrüssen, wenn im Zuge der Revision auch die Subsidiarität der juristischen Hilfe nach dem Opferhilfegesetz gegenüber der unentgeltlichen Rechtspflege gesetzlich verankert würde. Dies deshalb, da das Bundesgericht mit Leitscheid vom 2. Juni 2023 seine ständige Rechtsprechung zu Artikel 4 Absatz 1 Opferhilfegesetz aufgegeben hat, wonach die Opferhilfe im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege subsidiär ist (BGE 149 II 246 ff., E. 12.6). Wie nachfolgend aufgezeigt, ist die geänderte Rechtsprechung des Bundesgerichts nicht nachvollziehbar und bedarf einer Korrektur durch den Gesetzgeber.

Zunächst kann das Opfer gemäss Artikel 15 Absatz 3 Opferhilfegesetz die Beratungsstelle frei wählen.

Die gewählte Beratungsstelle ist sodann für die Gewährung der juristischen Hilfe zuständig. Hingegen wird die unentgeltliche Rechtspflege von der jeweils das Straf- oder Zivilverfahren führenden Behörde gewährt. Es trifft deshalb nicht zu, dass stets der gleiche Kanton Leistungserbringer sowohl für die Leistungen aus dem Opferhilfegesetz als auch der unentgeltlichen Rechtspflege ist. Die entsprechende Argumentation des Bundesgerichts geht fehl.

Weiter besteht für das Opfer, dem die unentgeltliche Rechtspflege gewährt wird, kein Risiko, dass ihm die Rechtsvertretung die vom Staat nicht gedeckten Honorarforderungen in Rechnung stellt. So besteht bei der unentgeltlichen Rechtspflege das Vertragsverhältnis zwischen der staatlichen Behörde und der Rechtsvertretung. Dies bringt für das Opfer den Vorteil, dass sich die Rechtsvertretung bezüglich Entschädigung direkt an die staatliche Behörde wenden muss und selbst bei einer Kürzung ihrer Honorarforderung die Differenz nicht beim Opfer einfordern darf (siehe Artikel 13 der Standesregeln des schweizerischen Anwaltverbands). Wenn hingegen die Opferhilfe eine Kostengutsprache für juristische Hilfe leistet, bleibt das Opfer Vertragspartei der Rechtsvertretung und somit Schuldner für die gesamte Honorarforderung.

Im Übrigen wurde mit der Revision der Strafprozessordnung vom 17. Juni 2022 ein Nachteil der unentgeltlichen Rechtspflege zur juristischen Hilfe nach dem Opferhilfegesetz ausgeräumt. So hat das Opfer seit dem 1. Januar 2024 - bei gegebenen übrigen Voraussetzungen - auch Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn es sich nicht als Privatklägerin oder Privatkläger konstituiert (Art. 136 Abs. 1 Bst. b StPO). Auch hat es die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege nicht mehr zurückzuerstatten (Art. 138 Abs. 1^{bis} StPO). Weiter gehört es zu den elementaren Sorgfaltspflichten jeder anwaltlichen Opfervertretung, sich bei mittellosen Opfern rechtzeitig um die unentgeltliche Rechtspflege zu bemühen. Wo andere (staatliche) Leistungen eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Opfer gewährleisten, ist juristische Hilfe nach dem Opferhilfegesetz deshalb entbehrlich.

Hinzu kommt, dass aus der Botschaft zur Totalrevision des Opferhilfegesetzes hervorgeht, dass die juristische Hilfe subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist (siehe BBl 2005 7164, S. 7234).

Gestützt auf das oben Ausgeführte erachten wir es deshalb angezeigt, die Subsidiarität der juristischen Hilfe gegenüber der unentgeltlichen Rechtspflege im revidierten Opferhilfegesetz gesetzlich zu verankern. Wir beantragen diesbezüglich Artikel 4 Absatz 1 Opferhilfegesetz wie folgt zu präzisieren: (...) *Sie sind insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege.*

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 17. Januar 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Christian Arnold


Roman Balli

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du Département fédéral de justice et
police
Inselgasse 1
3003 Berne

Réf. : 24_COU_6964

Lausanne, le 15 janvier 2025

Consultation fédérale : avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de lui offrir la possibilité de prendre part à la procédure de consultation relative à l'avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes.

Tout d'abord, nous relevons que les propositions faites permettent de préciser et d'harmoniser les prestations d'aide aux victimes en matière d'assistance médicale et médico-légale. Dans le Canton de Vaud, les prestations médico-légales font partie intégrante depuis plusieurs années du dispositif de prise en charge des victimes de violence. Le Conseil fédéral en est conscient car, dans son rapport du 20 mars 2020 sur la « *prise en charge médicale des cas de violence domestique. Politiques et pratiques cantonales et opportunité d'un mandat explicite dans la LAVI* », il cite les prestations de l'Unité de médecine des violences (UMV), qui est rattachée au Centre universitaire romand de médecine légale (CURML) du CHUV, comme bonnes pratiques.

Si la plupart des dispositions proposées entérinent une pratique déjà existante dans notre canton, le Conseil d'Etat relève que l'ajout d'une mission de promotion des prestations médico-légales exigera que l'Etat octroie des moyens supplémentaires aux organismes concernés. Il en va de même avec l'exigence de communication sur les prestations d'aide aux victimes.

Aux yeux du Conseil d'Etat, les cantons ne doivent pas financer seuls ces prestations nouvelles et une participation adéquate de la Confédération serait opportune. Le Conseil d'Etat propose que la Confédération contribue à la diffusion de l'information sur l'aide aux victimes et qu'elle maintienne un budget pour financer les aides à la formation.

Le Conseil d'Etat complète sa prise de position par plusieurs remarques et propositions d'amendements des articles proposés par le projet.

Art. 1 al. 4

Nous soutenons l'introduction de cette disposition qui énonce clairement l'existence du droit à l'aide aux victimes indépendamment du fait que la victime dénonce pénalement l'infraction ou non. Dans les faits, l'UMV constate que plus de 40% des victimes de violence dans le couple n'envisagent pas ou ne savent pas si elles vont déposer plainte au moment de la consultation. Cette disposition permet d'éviter tout doute pour les victimes.

Art. 8 al. 1

Le Conseil d'Etat soutient l'intégration explicite dans la LAVI du mandat d'information concernant les offres de l'aide aux victimes. Comme proposé ci-avant, nous sommes d'avis que la nouvelle mission de diffusion de l'information et de sensibilisation qui y est associée ne doit pas incomber exclusivement aux cantons.

C'est pourquoi le Conseil d'Etat demande d'adapter l'alinéa 3 de l'article 8 comme suit :

¹ La Confédération et les cantons font connaître l'aide aux victimes.

Cet amendement exige en conséquence d'ajouter au chapitre 5 de la LAVI (prestations financières et tâches de la Confédération) le point : la diffusion de l'information.

Enfin, le Conseil d'Etat exprime son soutien aux différents amendements proposés par la Conférence des Directrices et Directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) dans sa prise de position, aux articles 14a, alinéa 1, 14a, alinéa 2, 14 alinéa 1, 2^{ème} phrase.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente, dont nous vous souhaitons bonne réception et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Annexe :

- *réponse de la CDAS*

Copies :

- *Parties consultées*
- *DSAS, DGCS*
- *OAE*

Département fédéral de justice et police
Office fédéral de la justice

(par e-mail à : jonas.amstutz@bj.admin.ch)

Berne, le 8 novembre 2024

Consultation sur l'avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes

Prise de position du Comité de la CDAS

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions chaleureusement de la possibilité qui nous est offerte de prendre position sur l'avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes dans le cadre de la procédure de consultation. La présente prise de position du Comité de la CDAS a été élaborée en concertation avec la Conférence suisse des offices de liaison de la loi fédérale sur l'aide aux victimes (CSOL-LAVI) et avec la Conférence suisse contre la violence domestique (CSVD).

Dans une première partie, nous souhaitons formuler une évaluation globale de l'avant-projet. Dans la deuxième partie de notre prise de position, vous trouverez nos commentaires relatifs à certains articles en particulier.

Évaluation globale

Le comité adhère à l'objectif de la présente révision, qui vise à **renforcer les prestations d'aide aux victimes en matière d'assistance médicale et médico-légale**. Nous considérons que l'extension et la concrétisation de la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI) constituent une **mesure appropriée pour garantir aux victimes de violence un accès à des prestations spécialisées et de qualité sur le plan médical et médico-légal**. La Suisse répond ainsi également aux exigences des **articles 22 et 25 de la Convention d'Istanbul**. C'est pourquoi nous soutenons l'avant-projet sur le fond, tout en **demandant certaines adaptations** que nous estimons nécessaires (voir les propositions de modifications ci-dessous).

Champ d'application et subsidiarité de l'aide aux victimes

Le champ d'application de la LAVI n'est pas affecté par cette révision partielle, et le principe de subsidiarité est aussi conservé avec la solution proposée. Le Comité de la CDAS s'en réjouit, mais attire cependant l'attention sur le fait **qu'une prise en charge des coûts par l'aide aux victimes n'est pas possible dans les cas qui ne relèvent pas du champ d'application de la LAVI**. Les centres d'aide aux victimes ne peuvent pas financer des prestations fournies à des personnes qui ne sont pas considérées comme victimes au sens de la LAVI (notamment lorsque la victime n'est pas domiciliée en Suisse et que l'infraction a été commise à l'étranger). **L'objectif d'une réglementation uniforme respectant le principe de subsidiarité ne couvre donc pas tous les cas.**

Conséquences pour les cantons

En ce qui concerne les conséquences sur l'état du personnel et les conséquences financières pour l'aide aux victimes, le rapport explicatif (cf. chapitres 5.2.2 et 5.2.3) précise que les autorités cantonales compétentes en matière d'aide aux victimes « pourront » être confrontées à une charge de travail supplémentaire et que le financement des prestations médicales et médico-légales conduira à une augmentation des coûts, « pour le moins dans une partie des cantons ». « Les cantons qui ne connaissent pas encore un tel financement » seraient principalement concernés, et l'assistance médico-légale ne représenterait « vraisemblablement qu'une petite partie des coûts d'aide immédiate ». La CDAS peut comprendre que le Conseil fédéral ne soit pas actuellement en mesure de chiffrer précisément les conséquences sur l'état du personnel et les conséquences financières. Différents facteurs influent sur les coûts en fonction des cantons, notamment la pratique actuelle, le (nouveau) modèle de prise en charge et les modalités de sa mise en œuvre, l'ampleur de l'augmentation à venir du nombre de cas, ainsi que la façon dont l'information est diffusée.

Du point de vue de la CDAS, on peut au contraire considérer comme certain que tous les cantons devront supporter des charges de personnel et financières supplémentaires, notamment pour les raisons suivantes :

- Le nombre de demandes de conseil concernant l'aide médicale a augmenté d'environ 30 % entre 2018 et 2023 (cf. p. 31 du rapport explicatif). Cette augmentation significative, de près d'un tiers en l'espace de six ans, sera encore plus forte avec l'extension des prestations.
- Dans les cantons où il n'existe pas actuellement de système de prise en charge médicale et/ou médico-légale spécialisée, des moyens devront être mis à disposition pour les travaux de mise en place de l'infrastructure en plus des nouveaux coûts périodiques des prestations.
- Même dans les cantons dont l'éventail de prestations demeurera inchangé, on peut s'attendre à une augmentation des demandes et requêtes en raison de la meilleure diffusion de l'information (aussi bien auprès du public que des services spécialisés/du personnel dans les établissements de santé). Cette augmentation devrait concerner non seulement les requêtes justifiées, mais les demandes en général. Même les cas n'induisant pas de requêtes effectives (car ne donnant pas droit à des prestations au sens de la LAVI), mobilisent des moyens pour l'examen, la prise en charge et le triage.
- En outre, les cantons devront consacrer des ressources supplémentaires à la promotion et à la communication (concernant l'aide aux victimes en général et les prestations médicales et médico-légales en particulier). Même s'il n'existe pour l'instant aucune base permettant d'estimer les coûts y afférents, ceux-ci doivent être mentionnés dans les conséquences prévisibles pour les cantons.

Dans sa conception actuelle, la révision partielle n'a aucune conséquence financière pour la Confédération. Le Comité de la CDAS ne comprend pas pourquoi la nouvelle mission d'information et de sensibilisation devrait incomber uniquement aux cantons. Au regard de la répartition inchangée des compétences entre la Confédération et les cantons, la diffusion de l'information sur l'aide aux victimes relève également de la compétence de la Confédération. De plus, l'engagement financier de la Confédération dans le domaine de l'aide aux victimes se limite jusqu'à présent à l'octroi de subventions fédérales pour la formation des professionnels de l'aide aux victimes. Dans le cadre du programme d'allègement des finances fédérales, le Conseil fédéral a intégré dans ses mesures la suppression de ces aides financières. Le Comité de la CDAS demande que la Confédération participe financièrement à la diffusion de l'information sur l'aide aux victimes, et il s'oppose à la suppression des aides à la formation.

Mise en œuvre

Compte tenu des différences qui existent entre les cantons sur le plan des structures et en ce qui concerne le modèle de prise en charge médicale et médico-légale choisi par chacun d'eux, de

nombreuses questions de mise en œuvre devront encore être clarifiées dans une prochaine étape. La clarification des rôles en lien avec l'examen de la subsidiarité est particulièrement importante à cet égard. Selon la fiche d'information de la CSOL-LAVI mentionnée à l'intention du personnel médical spécialisé concernant la prise en charge des coûts des examens médico-légaux, c'est le personnel médical qui doit adresser une requête de prise en charge des frais au centre d'aide aux victimes. Le personnel médical détermine si les prestations sont prises en charge ou non par des services en amont (les assurances sociales ou les autorités de poursuite pénale) et les factures (dans la mesure où elles sont couvertes, à l'assurance maladie et/ou accident, à l'autorité de poursuite pénale ou au centre d'aide aux victimes). **Ce principe doit être maintenu. Conformément au principe de subsidiarité de l'aide aux victimes, les prestations médicales ou médico-légales relevant des assurances maladie ou accident doivent être prises en charge par ces dernières. De même, les centres d'aide aux victimes ne préfinancent pas les prestations relevant de la LAMal ou de la LAA.**

Pour assurer une mise en œuvre uniforme de la révision, il est demandé à la CSOL-LAVI d'examiner l'opportunité d'élaborer une recommandation concernant la prise en charge des frais pour l'assistance médico-légale (cf. chapitre 3.2 du rapport explicatif). La rédaction d'une recommandation par la CSOL-LAVI dépendra notamment de l'adoption ou non de dispositions d'exécution au niveau fédéral et, le cas échéant, de l'étendue de celles-ci.

Dans les remarques qui suivent, nous abordons certaines dispositions de l'avant-projet de manière plus approfondie et introduisons des aspects qui, d'un point de vue technique, méritent d'être pris en considération.

Remarques et propositions d'amendements concernant certains articles de la LAVI

Art. 1 al. 4

Nous saluons la précision selon laquelle le droit à l'aide aux victimes existe indépendamment du fait que la victime ait dénoncé pénalement l'infraction ou non.

Art. 8 al. 1

Le Comité de la CDAS soutient l'intégration explicite dans la LAVI du mandat d'information concernant les offres de l'aide aux victimes. Nous sommes toutefois d'avis que la nouvelle mission de diffusion de l'information et de sensibilisation qui y est associée **n'incombe pas exclusivement aux cantons, mais que la Confédération doit également jouer un rôle à cet égard**. C'est pourquoi nous demandons d'adapter l'alinéa 3 de l'article 8 comme suit :

¹ La Confédération et les cantons font connaître l'aide aux victimes.

En outre, il convient en conséquence d'ajouter au chapitre 5 de la LAVI (prestations financières et tâches de la Confédération) la diffusion de l'information.

Art. 14a, al. 1

Le Comité de la CDAS est d'avis que le catalogue des prestations de l'assistance médicale et médico-légale doit être défini de manière précise et exhaustive afin que toutes les prestations pertinentes soient prises en compte, car les énumérations figurant sous les lettres a à c présentent un degré d'abstraction assez élevé. En revanche, il convient d'ajouter que le catalogue des prestations comprend les examens et traitements médicaux nécessaires pour la victime. Cela permet de clarifier le fait que l'étendue des prestations fournies répond à la nécessité justifiée par le cas concret et n'est pas limitée par des considérations de coûts. L'art. 14a, al. 1 doit donc être adapté en conséquence :

¹ L'aide médicale et médico-légale comprend notamment:

- a. les examens et les soins médicaux spécialisés nécessaires ;

Art. 14a, al. 2

Comme indiqué dans le rapport explicatif, le Conseil fédéral estime judicieux de prévoir une obligation pour les cantons de garantir aux victimes d'actes de violence l'accès aux prestations médicales et médico-légales. Les cantons doivent pouvoir choisir le modèle de prise en charge médicale et médico-légale approprié, sans que la Confédération n'impose une forme spécifique de mise en œuvre. Le Comité de la CDAS partage la position du Conseil fédéral, mais estime que l'utilisation de l'expression « un service spécialisé » ne la reflète pas de manière suffisamment explicite. Par conséquent, nous demandons que l'art. 14a, al. 2 soit reformulé comme suit :

² Les cantons veillent à ce que les victimes puissent s'adresser à un service spécialisé.

² Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès aux prestations spécialisées en matière d'assistance médicale et médico-légale.

Le Comité de la CDAS est d'avis que dans le cadre de la révision partielle actuelle de la LAVI, outre l'amélioration des prestations médicales et médico-légales, il conviendrait également de préciser l'accès aux refuges et hébergements d'urgence afin de répondre aux exigences de l'art. 23 de la Convention d'Istanbul. Selon l'art. 23, les Parties prennent « les mesures législatives ou autres nécessaires pour permettre la mise en place de refuges appropriés, facilement accessibles et en nombre suffisant, afin d'offrir des logements sûrs pour les victimes, en particulier les femmes et leurs enfants, et pour les aider de manière proactive ». Dans le cadre de son rapport d'évaluation de novembre 2022, le Groupe d'experts du Conseil de l'Europe sur la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (GREVIO) a exhorté les autorités suisses à « prendre les mesures nécessaires afin de garantir aux victimes de toutes les formes de violence à l'encontre des femmes visées par la Convention d'Istanbul et à leurs enfants, selon une répartition géographique adéquate, l'accessibilité à des refuges spécialisés ». Le fait que des refuges et hébergements d'urgence doivent être mis à disposition et financés par l'aide aux victimes ressort d'une récente décision de principe du Tribunal fédéral (arrêt du 3 juin 2024, 1C_653/2022).

L'analyse de la situation des refuges et hébergements d'urgence réalisée sur mandat de la CDAS et publiée le 8 novembre 2024 montre clairement que l'offre en matière de refuges et hébergements d'urgence est actuellement très variable d'une région et d'un canton à l'autre. Il est également essentiel de disposer d'une offre suffisante de solutions pour la suite afin de ne pas surcharger davantage le nombre déjà limité de places dans les refuges et hébergements d'urgence par des séjours inutilement longs. Il faut en outre rappeler que les exigences à remplir sont plus élevées pour un refuge que pour un hébergement d'urgence. Si l'auteur de violence ne représente pas un danger imminent, un accompagnement étroit dans un hébergement d'urgence sous forme de logement encadré est suffisant pour stabiliser la situation. Une offre différenciée entre refuges et hébergements d'urgence permet donc de répondre plus efficacement aux besoins respectifs.

Du point de vue des victimes de violence, l'accès à une offre adéquate de refuges et hébergements d'urgence est déterminant, c'est pourquoi le Comité de la CDAS plaide pour que la LAVI soit précisée en conséquence :

Art. 14 al. 1, 2^{ème} phrase

¹ Si nécessaire, les centres de consultation procurent un refuge ou un hébergement d'urgence à la victime ou à ses proches.

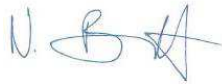
Art. 14b (nouveau) Refuges et hébergements d'urgence

¹ Les cantons veillent à ce que les victimes aient accès à des refuges et hébergements d'urgence ainsi qu'à des offres de solutions pour la suite.

Nous vous remercions pour l'attention que vous voudrez bien porter à nos remarques et vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

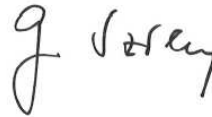
**Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales**

La présidente

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'N. Barthoulot'.

Nathalie Barthoulot
Conseillère d'État

La secrétaire générale

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'G. Szöllösy'.

Gaby Szöllösy



2025.00102

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral, Chef du DFJP
Palais fédéral
3003 Berne



Date **22 JAN. 2025**

Procédure de consultation
Avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie pour l'invitation du 9 octobre 2024 relative à la procédure de consultation susmentionnée et vous communique, ci-après, sa détermination.

Remarques générales

A la suite de différentes motions, le Conseil fédéral propose de garantir aux victimes un accès à des prestations médicales et médico-légales de qualité sur tout le territoire national, celles-ci étant considérées comme lacunaires dans certains cantons. Or, une telle prise en charge spécialisée est déjà proposée en Valais.

Le Gouvernement valaisan est dès lors favorable à cette proposition qui vise à harmoniser et renforcer les prestations en faveur de toutes les victimes. Cela nous semble d'autant plus important que les victimes d'infractions peuvent faire appel à n'importe lequel des centres de consultation cantonaux.

Il est essentiel que ces dernières puissent rapidement s'adresser à des services compétents afin de disposer d'éléments probants pour une éventuelle procédure ultérieure. En effet, il est fréquent que des procédures pénales, pour des faits s'étant déroulés à huis clos, soient classées par manque de preuves, ce que regrettent les acteurs du système judiciaire (Ministère public, Police, Centre d'aide aux victimes).

Le Conseil d'Etat soutient également les modifications proposées aux articles 1 et 8 LAVI qui n'appellent aucune remarque particulière de sa part.

Prestations non traitées dans l'avant-projet

La loi fédérale, dans sa teneur actuelle, mentionne à son article 14 l'étendue des prestations que doivent offrir les centres de consultation cantonaux, sans détailler celles-ci, laissant aux cantons leur autonomie. Dans ses recommandations, la CSOL-LAVI propose des prestations minimales pour l'aide immédiate (cf. chap. 3.3.2 des recommandations CSOL-LAVI). Le projet de révision précise, dans le nouvel article 14a, le contenu minimum de l'assistance médicale et médico-légale.

Si la volonté du Conseil fédéral est de renforcer et d'harmoniser la prise en charge des victimes d'infractions graves, nous pensons que le projet de révision partielle de la LAVI pourrait se montrer plus ambitieux et préciser également d'autres prestations, notamment celles liées à l'hébergement d'urgence et aux honoraires d'avocat.

Hébergement

En 2024, un rapport commandé par la CDAS mettait en évidence la nécessité de développer une offre de prestations plus élargie dans le domaine de l'hébergement d'urgence prévu à l'article 14 LAVI.

Ces hébergements offrent une protection et des soins temporaires aux victimes de violences familiales ou conjugales afin de leur permettre de retrouver leur calme, de gagner en sécurité et de trouver une solution pour la suite (cf. chap. 5.1 du document de base CSOL-LAVI / CSIAS « Aide aux victimes et aide sociale »). Cela découle également de l'article 23 de la Convention d'Istanbul.

Nous vous proposons l'ajout d'un nouvel article dont la teneur pourrait être la suivante : « *Les cantons veillent à ce que les victimes puissent avoir accès à des hébergements d'urgence.* »

Frais d'avocat

Dans un arrêt récent (ATF 149 II 246), le Tribunal fédéral a souligné que la législation actuelle ne prévoyait pas expressément une subsidiarité entre aide aux victimes et assistance judiciaire, contrairement à ce qui était prévu auparavant. La volonté de modifier la pratique ne ressort pas des débats du Parlement, ce point n'ayant pas été abordé. Or, les autorités pénales disposent souvent de plus d'éléments pour fixer de manière adéquate la prise en charge de tels frais. De plus, la récente révision du Code de procédure pénale a étendu cette prestation pour certaines catégories de victimes (art. 136 al. 1 let. b CPP). Renoncer à la subsidiarité dans ce domaine viderait de sens cette disposition. Enfin, la mention de ce principe permettrait également de rappeler l'obligation prévue à l'article 13 du Code suisse de déontologie pour les mandataires de requérir l'assistance judiciaire pour les personnes dans le besoin.

Lorsque les frais doivent être pris en charge par l'aide aux victimes, le Tribunal fédéral a rappelé à plusieurs reprises que le financement était limité au tarif de l'assistance judiciaire (ATF131 II 121). Cette mention devrait figurer dans la législation fédérale.

Enfin, la CSOL-LAVI recommande aux cantons de « faire remarquer » que l'avocat ne peut pas réclamer à la victime la différence entre le montant demandé et la prestation fournie par l'aide aux victimes (cf. chap. 8 des recommandations techniques concernant l'harmonisation et la concrétisation de la pratique en matière de prise en charge des frais pour l'aide juridique fournie par un tiers). Afin d'offrir une meilleure protection aux victimes et leur éviter de devoir faire face à des honoraires qui peuvent se montrer très importants, il est essentiel que cette précision ne soit pas seulement une recommandation, mais figure dans une base légale formelle, comme l'a notamment prévu le canton de Genève (art. 8 al. 5 LaLAVI-GE), sous réserve d'une intervention partielle de l'aide aux victimes liée à la situation financière de la victime.

Nous vous proposons ainsi l'ajout des éléments suivants :

« Art. 14b Frais d'avocat

¹ *L'intervention de l'aide aux victimes est subsidiaire à l'assistance judiciaire gratuite.*

² *En cas de prise en charge par l'aide aux victimes, les frais d'avocat sont calculés au tarif de l'assistance judiciaire gratuite.*

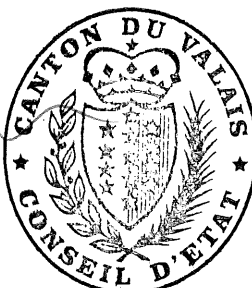
³ *L'avocat ne peut demander à la victime ou à ses proches le paiement d'un supplément pour les prestations reconnues par le centre de consultation, les cas de prise en charge dégressive au sens de l'article 16 lettre b étant réservés. »*

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le Président

Franz Ruppen



La Chancelière

Monique Albrecht



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 21. Januar 2025 sa

**Vernehmlassung zum Vorentwurf der Teilrevision des Opferhilfegesetzes
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 24. Januar 2025 vernehmen zu lassen. Zunächst möchten wir uns zur vorgesehenen Teilrevision im Allgemeinen äussern. Danach finden Sie unsere Stellungnahme zu einzelnen Artikeln sowie zum erläuternden Bericht des Vorentwurfs, wobei wir die Stellungnahme des Vorstands der SODK vom 8. November 2024 zur vorliegenden Revision mitberücksichtigt haben. Da vor derhand keine Gesamtrevision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007 (Opferhilfegesetzes, OHG; SR 312.5) in Aussicht steht, machen wir überdies auf weiteren dringlichen Revisionsbedarf aufmerksam und beantragen im Rahmen der vorliegenden Teilrevision zwei zusätzliche Änderungen.

I. Allgemeines

Der Kanton Zug unterstützt das Ziel der vorliegenden OHG-Teilrevision: die Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe sollen gestärkt werden. Auch erachten wir die Erweiterung und Konkretisierung des OHG als zielführende Massnahme, damit Opfer von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten. Damit erfüllt die Schweiz auch die Anforderungen von Art. 22 und 25 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention; SR 0.311.35; für die Schweiz in Kraft seit 1. April 2018). Wir unterstützen deshalb den Vorentwurf, fordern jedoch aus unserer Sicht notwendige Anpassungen (vgl. Kapitel 2 nachfolgend) sowie eine Ausdehnung der Revision aufgrund neuster bundesgerichtlicher Rechtsprechung und aktueller Forschungsergebnisse (vgl. Kapitel 3 nachfolgend).

Im Einzelnen stellen wir folgende Anträge:

II. Anträge und Begründung zur Vorlage

1. **Die vorgesehene Bezeichnung der neuen Leistung in Art. 14 Abs. 1 OHG und Art. 14a OHG als «rechtsmedizinische Hilfe» soll überprüft und die Leistung gegebenenfalls anders bezeichnet werden. Alternativ soll zumindest der ergänzende Bericht konkretisiert werden, so dass daraus klar hervorgeht, was unter der neuen Leistung zu verstehen ist.**

Die Unterscheidung zwischen der bereits bestehenden medizinischen und der neu vorgesehenen rechtsmedizinischen Hilfe erscheint nicht ganz klar bzw. die Rechtsmedizin ist Teil der Medizin. In dem im erläuternden Bericht erwähnten «Merkblatt für medizinisches Fachpersonal zur Übernahme der Kosten für forensisch-klinische Untersuchungen und Dokumentationen bei (häuslicher) Gewalt durch die Opferhilfe» wird sodann für diese Leistung der Begriff «forensisch-klinische Untersuchungen» verwendet. Allenfalls wäre daher die Bezeichnung als «forensische» oder als «forensisch-klinische» Hilfe zutreffender bzw. würde nicht zur Frage führen, auf welche Hilfe sich das Merkblatt bezieht. Da es sich beim Bereich «Rechtsmedizin» um einen gesonderten Medizin-Teil handelt, ist im Übrigen darauf zu achten, dass mit der Formulierung nicht implizit die Pflegefachkräfte ausgeschlossen werden. Diese übernehmen häufig die forensischen Dokumentationen in den Spitälern. Die Zusatzleistungen (forensisch-klinische Dokumentation und Spurensicherung inkl. des damit verbundenen Zeit- und Materialaufwands) zählen nicht zu den KVG-Leistungen und sind weder im ambulanten Tariffsystem noch in den DRG der Hospitalisationen enthalten. Sie dürfen daher nicht über das KVG abgerechnet werden und müssen separat ausgewiesen werden. Der Bund soll hierzu einheitliche Vorgaben für die Opferhilfe formulieren.

2. **Der neue Art. 14a Abs. 1 OHG sei abschliessend zu formulieren und dahingehend zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst: «Die medizinische und rechtsmedizinische Hilfe umfasst insbesondere: a. die erforderlichen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen; ...»**

Die Aufzählungen in Art. 14a Abs. 1 Bst. a bis Bst. c OHG weisen einen genügend hohen Abstraktionsgrad auf, damit alle relevanten Leistungen berücksichtigt sind. Der Leistungskatalog der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe soll entsprechend abschliessend definiert werden. Hingegen ist zu ergänzen, dass der Leistungskatalog die für das Opfer notwendigen fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen umfasst. Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich der Umfang der erbrachten Leistungen an der im konkreten Fall gegebenen Notwendigkeit orientiert.

3. **Der neue Art. 14a Abs. 2 OHG sei wie folgt zu formulieren: «Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben». Anstelle von: «Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Opfer an eine spezialisierte Stelle wenden können».**

Gemäss erläuterndem Bericht sollen die Kantone verpflichtet werden, den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen zu gewährleisten, wobei sie ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung wählen können, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt (S. 28). Wir teilen diese Haltung, sind jedoch der Meinung, dass die vorgeschlagene Verwendung des Begriffs «eine spezialisierte Stelle» im neuen Art. 14a Abs. 2 OHG diese Haltung nur unzureichend zum Ausdruck bringt. Folglich soll Abs. 14a Abs. 2 umformuliert werden.

4. **Kapitel 5.1 des erläuternden Berichts sei so anzupassen, dass daraus ersichtlich ist, dass auch beim Bund Kosten für die Bekanntmachung der Opferhilfeentstehen.**

Für den Bund hat die Teilrevision gemäss vorgeschlagener Ausgestaltung keine finanziellen Auswirkungen (vgl. Kapitel 5.1 des erläuternden Berichts). Gemäss unserem Antrag oben, wonach der in Artikel 8 verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag nicht nur für die Kantone, sondern auch für den Bund gelten soll, würden jedoch auch Kosten beim Bund anfallen, was auch im Bericht auszuführen ist (vgl. Antrag 1 zu Art. 8 OHG oben).

5. **Kapitel 5.2.2 und 5.2.3 des erläuternden Berichts seien insofern anzupassen, als dass daraus ersichtlich ist, dass für sämtliche Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen.**

In Bezug auf die personellen und finanziellen Auswirkungen auf die Opferhilfe wird im erläuternden Bericht (vgl. Kapitel 5.2.2 und 5.2.3) festgehalten, dass die für die Opferhilfe zuständigen kantonalen Behörden «möglicherweise» mit einer zusätzlichen Arbeitsbelastung konfrontiert werden und dass die Finanzierung der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen «zumindest in einem Teil der Kantone» zu einem Kostenanstieg führe. Es ist nachvollziehbar, dass es dem Bundesrat derzeit nicht möglich ist, einen Frankenbetrag zu den personellen und finanziellen Auswirkungen abzuschätzen. Allerdings kann als gesichert gelten, dass für sämtliche Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Anzahl der Beratungsanfragen zur medizinischen Hilfe ist zwischen 2018 und 2023 um rund 30% gestiegen (vgl. S. 31 des erläuternden Berichts). Diese signifikante Erhöhung um knapp einen Drittel innert sechs Jahren wird mit dem Leistungsausbau zukünftig noch stärker ausfallen.

- In den Kantonen, in denen aktuell kein System für eine spezialisierte (rechts-)medizinische Versorgung besteht, sind neben den neuen wiederkehrenden Leistungskosten auch für die Aufbauarbeiten Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Auch für diejenigen Kantone, die ein unverändertes Leistungsportfolio haben, ist aufgrund der besseren Bekanntmachung (sowohl der Öffentlichkeit wie auch bei den spezialisierten Stellen/Personen in den Gesundheitseinrichtungen) mit einer Erhöhung der Anfragen und Gesuche zu rechnen. Es dürften nicht nur mehr berechtigte Gesuche eingehen, sondern generell mehr Anfragen. Auch die Fälle, die keine Gesuche auslösen (da nicht leistungsberechtigt nach OHG), verursachen Aufwand für die Abklärung, Betreuung und Triage.
- Ferner ist vorgesehen, dass die Kantone zusätzliche Ressourcen für die Bewerbung und Bekanntmachung (der Opferhilfe im Allgemeinen sowie der medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen im Besonderen) aufwenden. Auch wenn die diesbezüglichen Kosten nicht präzise geschätzt werden können, so sind die entsprechenden Mehrkosten bei den Auswirkungen auf die Kantone zu erwähnen.

Folglich ist in Kapitel 5.2.2 und 5.2.3 des erläuternden Berichts klar auszuführen, dass für die Kantone zusätzliche personelle und finanzielle Aufwände anfallen.

III. Anträge und Begründung zu weiterem Revisionsbedarf

6. Die Subsidiarität in Art. 4 Abs. 1 OHG sei mit einem zweiten Satz wie folgt zu ergänzen: «.... *Sie sind insbesondere subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege*».

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts waren Leistungen aus OHG in Anwendung des in Art. 4 OHG verankerten Subsidiaritätsprinzips subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege (vgl. BGE 131 II 121 E. 2.3). Mit Leitentscheid vom 2. Juni 2023 hat das Bundesgericht diese Rechtsprechung aufgegeben und entschieden, dass die Subsidiarität der Opferhilfe im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege nicht greife (BGE 149 II 246). Die Begründung zur Neuauslegung von Art. 4 Abs. 1 OHG ist nicht nachvollziehbar und verkennt, dass die Zuständigkeit für die Gewährung juristischer Hilfe nach OHG von jener für die unentgeltliche Rechtspflege auseinanderfallen kann und dass die unentgeltliche Rechtspflege für die Opfer vorteilhafter ist.

Das Opfer kann die Beratungsstelle frei wählen (Art. 15 Abs. 3 OHG). Diese gewählte Beratungsstelle ist sodann für die Gewährung juristischer Hilfe zuständig, wohingegen die unentgeltliche Rechtspflege von der jeweils das Straf- oder Zivilverfahren führende Behörde zu gewähren ist. Die diesbezüglichen (kantonalen) Zuständigkeiten werden von der Rechtsordnung verbindlich festgelegt und können von der Wahl des Opfers betreffend die Beratungsstelle abweichen. Es trifft deshalb nicht zu, dass sowohl für die Leistungen aus OHG als auch der unentgeltlichen Rechtspflege immer der gleiche Kanton Leistungserbringer ist. Die Argumentation des Bundesgerichts in BGE 149 II 246 E. 12.2 ist deshalb unzutreffend. Das Opfer, dem die unentgeltliche Rechtspflege gewährt wird, geht überdies nicht das Risiko ein, dass ihm von der Rechtsvertretung die vom Staat

nicht gedeckten Aufwände in Rechnung gestellt werden. Im Unterschied zur Kostengutsprache für juristische Hilfe aus OHG besteht beim Institut der unentgeltlichen Rechtsvertretung zwischen der staatlichen Behörde und der Rechtsvertretung ein Vertragsverhältnis. Dieser Umstand hat für das Opfer den Vorteil, dass sich die Rechtsvertretung bezüglich Entschädigung und Akontozahlung direkt an die staatliche Behörde wenden muss und selbst bei einer Kürzung seiner Honorarforderung die Differenz nicht vom Opfer einfordern darf (vgl. Art. 13 der Standesregeln des schweizerischen Anwaltsverbands). Wenn hingegen die Opferhilfe eine Kostengutsprache leistet, bleibt das Opfer Vertragspartei und Schuldner der gesamten Honorarforderung.

Weiter ging mit der Totalrevision des OHG vom 9. November 2005 – entgegen der Ansicht des Bundesgerichts – keine Änderung des Subsidiaritätsprinzips einher. Aus der Botschaft zur Totalrevision des OHG geht hervor, dass die juristische Hilfe nach OHG subsidiär zur unentgeltlichen Rechtspflege ist (vgl. Botschaft Totalrevision OHG, BBI 2004 7165 S. 7234). Ausserdem wurde mit der Revision der Strafprozessordnung (StPO) vom 17. Juni 2022 die Position der Opfer von Straftaten verstärkt. Dieses hat seit dem 1. Januar 2024 auch dann Anspruch auf unentgeltlich Rechtspflege, wenn es sich nicht als Privatküglerschaft konstituiert (Art. 136 Abs. 1 Bst. b StPO) und es hat die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege nicht zurückzuerstatten (Art. 138 Abs. 1^{bis} StPO). Mit letzterer Bestimmung wurde ein Nachteil der unentgeltlichen Rechtspflege im Verhältnis zur opferhilferechtlichen juristischen Hilfe eliminiert. Es ist deshalb angezeigt, die juristische Hilfe – wie ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen – wieder als Ausfallgarantie auszugestalten. Es gehört zu den elementaren Sorgfaltspflichten jeder anwaltlichen Opfervertretung, sich bei mittellosen Opfern rechtzeitig um die unentgeltliche Rechtspflege zu bemühen. Wo andere (staatliche) Leistungen eine ausreichende Unterstützung der Opfer gewährleisten, ist die Opferhilfe entbehrlich. Das OHG soll entsprechend präzisiert werden.

7. **Der Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sei wie folgt zu präzisieren:**
 - 7.1 **Art. 14 Abs. 1 zweiter Satz OHG sei wie folgt zu ergänzen: «Die Beratungsstellen besorgen dem Opfer oder seinen Angehörigen bei Bedarf eine Schutz- oder Notunterkunft».**
 - 7.2 **Mittels einem neuem Art. 14b OHG betreffend Schutz- und Notunterkünfte: «Die Kantone stellen sicher, dass die Opfer Zugang zu Schutz- und Notunterkünften sowie zu Angeboten von Anschlusslösungen haben».**

Neben der Verbesserung der (rechts-)medizinischen Leistungen soll im Rahmen der aktuellen OHG-Teilrevision auch der Zugang zu Schutz- und Notunterkünften präzisiert werden, um den Anforderungen von Art. 23 Istanbul-Konvention zu entsprechen. Gemäss Art. 23 Istanbul-Konvention treffen die Vertragsparteien «die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Massnahmen, um die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Opfern, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen und

aktiv auf Opfer zuzugehen». Die Expertinnen- und Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) hat im Rahmen ihres Evaluationsberichts vom November 2022 die Schweizer Behörden dringend aufgefordert, «die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um den Opfern aller Formen von Gewalt gegen Frauen, die von der Istanbul-Konvention erfasst werden, und ihren Kindern Zugang zu Schutzunterkünften nach einem angemessenen geografischen Verteilschlüssel zu ermöglichen».

Die im Auftrag der SODK erstellte und am 8. November 2024 publizierte Analyse der Schutz- und Notunterkünfte zeigt deutlich auf, dass das Angebot an Schutz- und Notunterkünften zurzeit regional und kantonal sehr unterschiedlich ausfällt. Nicht nur das gegenwärtige Angebot an medizinischer und rechtsmedizinischer Versorgung der Gewaltopfer ist auf kantonaler Ebene lückenhaft, sondern auch das Angebot an Not- und Schutzunterkünften. Des Weiteren ist ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen zentral, um die knappe Anzahl an Plätzen in Schutz- und Notunterkünften nicht zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten.

Überdies ist zu beachten, dass die Anforderungen an eine Schutzunterkunft höher sind als an eine Notunterkunft. Der aktuell im OHG verwendete Begriff «Notunterkunft» ist ein Oberbegriff für alle Unterkünfte, in welchen Personen in einer Notsituation temporär untergebracht werden können. Als «Schutzunterkunft» werden gemäss Art. 23 Istanbul-Konvention alle temporären Unterkünfte bezeichnet, in denen Frauen, Männer und Kinder vor der direkten Bedrohung durch den Gefährder oder die Gefährderin geschützt sind und Zugang zu Kriseninterventionsleistungen sowie qualifizierter Beratung und Alltagsbegleitung haben. Im Gegensatz zu den Notunterkünften befinden sich Schutzunterkünfte an öffentlich nicht bekannten Adressen. Wenn keine akute Gefährdung von der Täterschaft ausgeht, ist zur Stabilisierung eine enge Begleitung in einer Notunterkunft im Sinne eines betreuten Wohnens ausreichend. Durch ein differenziertes Angebot an Schutz- und Notunterkünften kann demnach den jeweiligen Bedürfnissen effizienter entsprochen werden.

Aus der Perspektive der Opfer von Gewalt ist der Zugang zu einem angemessenen Angebot an Schutz- und Notunterkünften entscheidend. Dass Notunterkünfte von der Opferhilfe bereitgestellt und finanziert werden müssen, geht aus einem kürzlich ergangenen Leitentscheid des Bundesgerichts hervor (Urteil 1C_653/2022 vom 3. Juni 2024). Das Bundesgericht hat jedoch nicht zwischen Not- und Schutzunterkünften und dem jeweiligen Anspruch aufgrund der konkreten Gefährdungslage unterschieden, weshalb das OHG entsprechend zu präzisieren ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge.

Zug, 21. Januar 2025

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Florian Weber
Statthalter



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (jonas.amstutz@bj.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (Marc.Siegwart@zg.ch)
- Opferberatungsstelle eff-zett (info@eff-zett.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Elektronisch an jonas.amstutz@bj.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

18. Dezember 2024 (RRB Nr. 1339/2024)

**Änderung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Opferhilfegesetzes Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Einleitende Bemerkungen

Grundsätzlich unterstützen wir die vorgeschlagene Gesetzesänderung und wir begrüssen das Ziel der vorliegenden Revision, mit dem die Leistungen der Opferhilfe im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe gestärkt werden sollen. Die Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes (OHG, SR 312.5) erachten wir dabei als zielführende Massnahme, damit Opfer von Gewalt Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen erhalten. Damit erfüllt die Schweiz auch die Anforderungen von Art. 22 und 25 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention; SR 0.311.35).

Gleichzeitig gibt es mit den Schutzunterkünften einen anderen wichtigen Bereich, in dem die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots aus der Perspektive der Opfer von Gewalt zentral ist, der jedoch in der vorliegenden Vorlage nicht aufgegriffen wird. So sieht das Opferhilfegesetz bis heute keine Bereitstellungspflicht der Kantone für eine ausreichende Anzahl Plätze in Schutz- und Notunterkünften vor. Mit der Folge, dass das Angebot regional und kantonal sehr unterschiedlich ausfällt. Zwar haben einzelne Kantone ohne eigenes Angebot nach der Veröffentlichung der Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zur Finanzierung von Frauenhäusern und zur Ausgestaltung von Anschlusslösungen 2021 inzwischen Leistungsvereinbarungen mit einzelnen Frauenhäusern abgeschlossen, aber nach wie vor sind die Emp-

fehlungen nur teilweise umgesetzt. So zeigt der von der SODK in Auftrag gegebene, am 8. November 2024 publizierte, Forschungsbericht der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) «Studie über Schutz- und Notunterkünfte für gewaltbetroffene Menschen in der Schweiz» auf, dass zwar das Angebot an Schutz- und Notunterkünften in den letzten Jahren einen gewissen Ausbau erfahren hat, die Auslastung des Versorgungsangebots, die aufgrund von Abweisungen strukturell unterschätzt wird, derzeit jedoch so hoch ist, dass die vorhandenen Kapazitäten dem wechselnden saisonalen Bedarf bzw. dem Auftrag als Kriseninterventionsangebot nur bedingt entsprechen. Zudem variiert das Angebot an Schutz- und Notunterkünften wie erwähnt in der Schweiz erheblich. Der Kanton Zürich finanziert sämtliche Plätze in den Schutzunterkünften des Kantons mit einem Sockelbeitrag und trägt damit entscheidend zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der Frauenhäuser und der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration bei. Die Plätze in den Schutzunterkünften werden jedoch zu 40% von Frauen mit Wohnsitz in anderen Kantonen belegt, sodass Frauen aus dem Kanton Zürich auf Schutzunterkünfte in anderen Kantonen ausweichen müssen. Das ist einerseits für die Frauen und ihre Kinder belastend, da dadurch die Suche nach geeigneten Anschlusslösungen erschwert wird, und andererseits für den Kanton Zürich teuer, weil für ausserkantonale Platzierungen die Vollkosten übernommen werden müssen. Zudem erschwert die Situation eine (regionale) Angebotsplanung und -steuerung. Die Kantone ohne eigenes Angebot sollten daher verpflichtet werden, mit den Standortkantonen Vereinbarungen abzuschliessen und sich an den Bereitstellungskosten zu beteiligen. Die Istanbul-Konvention fordert in Art. 23 von den Vertragsstaaten die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl. Im Opferhilfegesetz soll deshalb eine Bestimmung aufgenommen werden, die eine Bereitstellungspflicht der Kantone vorsieht (vgl. nachfolgend Ausführungen zu Art. 14b).

Das letztmals totalrevidierte Opferhilfegesetz trat am 1. Januar 2009 in Kraft. Die vorliegende Teilrevision bietet deshalb nach 15 Jahren Gelegenheit, weitere Punkte des Opferhilfegesetzes anzupassen, die sich in der Praxis nicht bewährt haben. Nachfolgend werden daher auch Bestimmungen zur Revision vorgeschlagen, die aus Sicht der Rechtsanwendung erforderlich ist.

Zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage

Art. 8 Abs. 1 VE-OHG

Wir begrüssen, dass der Auftrag zur Bekanntmachung ausdrücklich ins Gesetz aufgenommen wird. Der neu verankerte Informations- und Sensibilisierungsauftrag soll sich jedoch nicht ausschliesslich an die Kantone richten, sondern dem Bund diesbezüglich ebenfalls eine Rolle zuweisen. Nach Art. 124 der Bundesverfassung (SR 101) sorgen Bund und Kantone dafür, dass Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Unversehrtheit beeinträchtigt worden sind, Hilfe erhalten und angemessen entschädigt werden, wenn sie durch die Straftat in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Die Opferhilfe ist somit eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Die Vorlage ist mit erheblichen Mehrkosten für die Kantone verbunden. Neben den Kosten für die Bereitstellung des spezialisierten Angebots und den Kosten für die rechtsmedizinische Untersuchung im Einzelfall fallen weitere Kosten an. Aufgrund der besseren Be-

kanntmachung der Opferhilfe (sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den spezialisierten Stellen und Personen in den Gesundheitseinrichtungen) ist mit einer Zunahme der (Anzeige-)Beratungen durch die Opferberatungsstellen zu rechnen, was zur Folge hat, dass deren Mittel aufgestockt werden müssen, um eine für solche Fälle wichtige rasche Beratung gewährleisten zu können.

Für den Bund hat die Teilrevision gemäss vorliegender Ausgestaltung hingegen keine finanziellen Auswirkungen. Ohnehin beteiligt er sich mit Ausnahme geringfügiger Bundesbeiträge in der Form von Ausbildungshilfen bisher nicht an den Kosten der Opferhilfe. Der Bund soll sich daher zukünftig an den Kosten der Bekanntmachung beteiligen und selbst Kampagnen durchführen. So hängt insbesondere der Erfolg der von Bund und Kantonen gemeinsam geplanten gesamtschweizerischen dreistelligen Telefonnummer für Gewaltopfer entscheidend davon ab, dass die Nummer der gesamten Bevölkerung bekannt ist. Dazu genügt die geplante einmalige Kampagne des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung von Frau und Mann nicht. Öffentlichkeitsarbeit ist eine Daueraufgabe, an der sich der Bund beteiligen soll.

Im Ergebnis schlagen wir deshalb folgende Formulierung vor:

¹ *Der Bund und die Kantone machen die Opferhilfe bekannt.*

Art. 14a Abs. 2 VE-OHG

Wir begrüssen es, dass der Vorentwurf die Autonomie der Kantone in diesem Bereich wahrt und es den Kantonen überlässt, ein geeignetes Modell für die medizinische und rechtsmedizinische Betreuung zu wählen, ohne dass der Bund eine Umsetzungsform vorgibt. Der Begriff der «Stelle» erscheint hierfür allerdings etwas zu eng gefasst, zumal es sich gemäss erläuterndem Bericht gerade nicht zwingend um «eine Stelle» handeln muss. Möglich sein soll auch ein Angebot, wie es beispielsweise der Kanton Zürich aufgebaut hat: Ein Rund um die Uhr verfügbarer aufsuchender Dienst von Forensic Nurses, der von den Gesundheitseinrichtungen des Kantons aufgeboden werden kann, wenn sich ein Opfer dort meldet. Dies ermöglicht kurze Wege für das Opfer und ist niederschwelliger als eine einzige Stelle im gesamten Kantonsgebiet. So kann beispielsweise eine betroffene Person unauffällig das Gesundheitspersonal informieren und eine Spurensicherung veranlassen, selbst wenn die gefährdende Person ebenfalls präsent ist, weil sie das Opfer auf den Notfall begleitet hat. Im Übrigen kann auf diese Weise die Entstehung erheblicher Mehrkosten vermieden werden.

Folgende Formulierung würde diesen Anliegen unseres Erachtens besser Rechnung tragen:

² *Die Kantone sorgen dafür, dass die Opfer Zugang zu den spezialisierten Leistungen im Bereich der medizinischen und rechtsmedizinischen Hilfe haben.*

Zusätzlicher Änderungsbedarf

Neu: Art. 4 Abs. 1^{bis} OHG

Das Bundesgericht hat im Entscheid vom 2. Juni 2023 (BGE 149 II 246) festgestellt, dass die Leistungen der Opferhilfe im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege im Strafverfahren nicht subsidiär seien. Das Opfer, das Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege hat, diesen Anspruch aber im Strafverfahren nicht geltend macht, kann nachträglich bei

der zuständigen kantonalen Stelle den Antrag auf Übernahme von Anwaltskosten stellen. Bis zu diesem Entscheid war das Bundesgericht in ständiger Rechtsprechung von der Subsidiarität opferhilferechtlicher Leistungen im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtspflege im Strafverfahren ausgegangen (vgl. BGE 131 II 121, E. 2.3 mit Hinweisen = Pra 2005 Nr. 145).

Der erwähnte Bundesgerichtsentscheid führt dazu, dass das Opfer wählen kann, ob es die Anwaltskosten im Strafverfahren oder bei der Opferhilfe geltend machen will. Die zuständige kantonale Opferhilfebehörde darf das Gesuch nicht mit der Begründung abweisen, dass das Opfer einen Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung gehabt hat und auf diesem Weg Ersatz für die Anwaltskosten hätte erlangen können.

Das Bundesgericht wollte mit seinem Entscheid primär die Ungleichbehandlung zwischen den beiden Ansprüchen auf Übernahme von Anwaltskosten beseitigen, welche hinsichtlich der Frist zur Geltendmachung bestehen. Allein aus diesem Grund auf den Grundsatz der Subsidiarität opferhilferechtlicher Leistungen im Verhältnis zur unentgeltlichen Rechtsvertretung zu verzichten, rechtfertigt sich jedenfalls nicht. Denn die Konsequenzen des Bundesgerichtsentscheids sind rechtlich und politisch weitreichend und die teils negativen Konsequenzen dem Opfer oft nicht bewusst. Dies aus den folgenden Gründen:

Für das Opfer ist die unentgeltliche Rechtspflege die bessere Wahl. Denn hier ist das Opfer – im Unterschied zur Kostengutsprache der Opferhilfe – vor jeglicher Honorarforderung der Geschädigtenvertretung geschützt. Dies gilt deshalb, weil bei der unentgeltlichen Rechtsbeistandschaft zwischen der staatlichen Behörde und der Geschädigtenvertretung ein Vertragsverhältnis besteht. Anwältinnen und Anwälte dürfen vom Opfer nicht mehr als die zugesprochene Entschädigung verlangen. Sie werden direkt vom Staat bezahlt und dürfen sich zwecks Bezahlung der Anwaltskosten nicht an das Opfer halten. Dies im Unterschied zur Kostengutsprache der Opferhilfe, wo kein öffentlich-rechtliches Vertragsverhältnis besteht, sondern das Mandat zwischen dem Opfer und der Geschädigtenvertretung abgeschlossen wird. Das Opfer und nicht der Staat ist zur Zahlung der Anwaltskosten verpflichtet. Das Opfer muss die Anwaltskosten auch dann bezahlen, wenn die Opferhilfe die Honorarnote kürzt, weil beispielsweise der vereinbarte Stundenansatz über dem anerkannten liegt oder weil übermässiger Aufwand betrieben wurde. Kommt hinzu, dass die Geschädigtenvertretung die laufenden Anwaltskosten trotz bestehender Kostengutsprache beim Opfer geltend machen kann. Der Weg über die Opferhilfe birgt für das Opfer somit das finanzielle Risiko, Anwaltskosten aus dem Strafverfahren selbst tragen zu müssen.

Abgesehen davon erscheint es sachgerecht, dass über die Frage, ob der Staat für die Kosten der Vertretung des Opfers in einem Strafverfahren aufzukommen hat, primär in diesem Strafverfahren selbst entschieden wird. Genau dies sieht Art. 136 der Strafprozessordnung (StPO, SR 312.0) vor – in Übereinstimmung mit der schweizerischen Prozessrechtstradition und der Regelung in anderen Verfahrensordnungen bzw. Gesetzen (z. B. Art. 117 ff. Zivilprozessordnung [SR 272]; Art. 37 Abs. 4 Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts [SR 830.1]). Mit der Revision der Strafprozessordnung, welche am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, wurde die Stellung des Opfers im Strafprozess sogar gestärkt. Während nach dem bisherigen Strafprozessrecht der Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und damit auch auf Bestellung einer Rechtsbeistandin oder eines Rechtsbeistandes nur unter der Voraussetzung bestand, dass die Privatklägerschaft eine Zivilklage erhob und diese nicht aussichtslos erschien,

hat der Gesetzgeber diese Möglichkeit nun für die Privatklägerschaft geöffnet, die nur als Strafklägerin oder Strafkläger am Strafverfahren teilnimmt, sofern sie Opfer ist (Art. 136 Abs. 1 Bst. b StPO).

Wir schlagen deshalb die Einführung des folgenden Absatzes in Art. 4 OHG vor:

^{1bis} Der Anspruch auf Übernahme von Anwaltskosten durch die Opferhilfe ist subsidiär zum Institut der unentgeltlichen Rechtsvertretung.

Neu: Art. 14b OHG

Ergänzend zu den einleitenden Ausführungen ist festzuhalten, dass es nicht nur ausreichend Plätze in Schutzunterkünften braucht, sondern, wie die Studie der FHNW aufzeigt, dass ein ausreichendes Angebot an Anschlusslösungen vorhanden sein muss, um die knappe Anzahl an Schutzplätzen nicht noch zusätzlich durch unnötig lange Aufenthalte zu belasten. Zudem brauchen nicht alle gewaltbetroffenen Menschen eine Schutzunterkunft. In bestimmten Fällen genügt eine Notunterkunft im Sinne eines betreuten Wohnens. Dies ist dann der Fall, wenn von der Täterschaft keine akute Gefährdung ausgeht, die gewaltbetroffene Person jedoch aufgrund ihrer psychischen Beeinträchtigung zur Stabilisierung eine enge Begleitung benötigt. Dass auch solche Angebote von der Opferhilfe bereitgestellt und finanziert werden müssen, geht aus einem kürzlich ergangenen Entscheid des Bundesgerichts hervor (Urteil vom 3. Juni 2024, 1C_653/2022, zur Publikation vorgesehen). Wir beantragen, deshalb folgende Art. einzuführen:

Die Kantone sorgen für ein ausreichendes Angebot an Not- und Schutzunterkünften sowie ein den Bedürfnissen der Opfer entsprechendes Angebot an Anschlusslösungen für gewaltbetroffene Menschen.

Art. 20 Abs. 3 OHG

In der Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 9. November 2005 wird zur Auszahlungsgrenze von Fr. 500 ausgeführt, dass Opfer und Angehörige für «derart geringe Beträge» selbst aufkommen können (BBI 2005 7165, 7219).

Die Opferhilfe verweist in der Berechnung des Leistungsumfangs für längerfristige Hilfe und für Entschädigung auf Bestimmungen des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG, SR 831.30). Mit der Opferhilfe sollen Härtefälle und finanziell schlecht gestellte Opfer und Angehörige Unterstützung erhalten (vgl. BBI 2005 7165, 7205). Gerade für diese Personengruppe ist der Betrag von Fr. 500 nicht als gering zu bezeichnen. Der zweite Satz soll deshalb aufgehoben werden, womit Art. 20 Abs. 3 OHG neu folgendermassen lautet:

³ Die Entschädigung beträgt höchstens 120 000 Franken.

Neu: Art. 1 Abs. 2 Bst. d Opferhilfeverordnung

Gemäss geltendem Recht besteht ein Anspruch auf Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter und auf Entschädigung durch die Opferhilfe nur dann, wenn die anrechenbaren Einnahmen des Opfers oder seiner Angehörigen das Vierfache des massgebenden Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf nach Art. 10 Abs. 1 ELG nicht übersteigen. Die anrechenbaren Einnahmen berechnen sich nach Art. 11 ELG; massgeblich sind die voraussichtlichen Einnahmen nach der Straftat.



Im Rahmen der am 1. Januar 2021 in Kraft getretenen ELG-Revision wurde Art. 11 Abs. 1 Bst. a ELG dahingehend geändert, dass neu bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen das Erwerbseinkommen zu 80% angerechnet wird, bei invaliden Personen mit einem Anspruch auf ein Taggeld der Invalidenversicherung wird es voll angerechnet. Vor der Revision wurden, wenn einer der Ehegatten arbeitsfähig war, lediglich zwei Drittel des Einkommens miteinbezogen.

Diese Revision führte zu einer unbeabsichtigten Verschlechterung für die Opfer bzw. die Angehörigen und zu einem höheren Abklärungsaufwand bei den Entschädigungsbehörden.

Wir beantragen, deshalb die folgende Ergänzung von Art. 1 Abs. 2 OHV:

d. Bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen wird das Erwerbseinkommen zu zwei Dritteln angerechnet.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli





Herr Bundesrat
Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 24. Januar 2025

Vernehmlassungsantwort zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, am rubrizierten Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme.

Der vorliegende Vorentwurf setzt die Motionen 22.3234 Carobbio Guscetti, 22.333 Funicello und 22.3334 de Quattro um. Ziel ist es, Opfern – insbesondere von häuslicher oder sexueller Gewalt – Zugang zu spezialisierten medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen als Teil der Opferhilfe zu gewährleisten. Dies soll die Beweiserhebung und Verwertbarkeit verbessern, wodurch Anzeigequoten und strafrechtliche Verurteilungen positiv beeinflusst werden könnten.

Allgemeine Beurteilung:

Die EVP befürwortet die Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG) ausdrücklich. Unmittelbar nach einer Straftat benötigen Opfer spezialisierte medizinische und forensische Leistungen, um körperliche, psychische und rechtliche Folgen besser bewältigen zu können. Eine niederschwellige, jederzeit zugängliche und kostenlose Erstversorgung durch medizinisches Fachpersonal ist dabei von zentraler Bedeutung. Solche Angebote ermöglichen es den Betroffenen, gehört, betreut und als Opfer anerkannt zu werden – entscheidende Elemente für die Bewältigung von Traumata. Gleichzeitig sieht die EVP darin eine gesellschaftliche Verantwortung, Gewalt konsequent zu verurteilen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Durch die professionelle Sicherung von Beweisen und die Erleichterung von Verfahren erhöht das Gesetz seine Wirksamkeit und trägt zu einer höheren Verurteilungsquote bei – ein wichtiges Signal gegen Gewalt.

Eine entscheidende Rolle in der Umsetzung dieser Vorlage kommt den Kantonen zu. Die EVP sieht die Kantone in der Verpflichtung ihre Verantwortung wahrzunehmen, indem sie das erwähnte Angebot gewährleisten.

Bedauerlicherweise wird im Opferhilfegesetz das Thema Schutzunterkünfte nicht berücksichtigt. Die EVP hält es für unabdingbar, dass die Kantone ein ausreichendes Angebot an Schutzunterkünften gewährleisten. Derzeit ist die Situation unbefriedigend, da die Schweiz über zu wenige Schutzunterkünfte für Gewaltopfer verfügt. Laut einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz im Auftrag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) reichen die bestehenden Kapazitäten häufig nicht aus, um den Bedarf zu decken.¹ Die hohe Auslastung der Einrichtungen erlaubt es nur bedingt, allen Betroffenen Schutz zu bieten. Zudem variiert das Angebot an Schutz- und Notunterkünften regional erheblich. Dies führt dazu, dass einige Kantone Schutzunterkünfte mit einem Sockelbeitrag finanzieren, die auch von Opfern aus anderen Kantonen genutzt werden, ohne dass eine entsprechende finanzielle Kompensation durch die betroffenen Kantone erfolgt.

Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln:

Art. 1 Abs. 4 VE-OHG: Um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden und einen wichtigen Grundsatz der Opferhilfe gesetzlich zu verankern, will der Bundesrat in Art. 1 Abs. 4 explizit festlegen, dass der Anspruch auf Opferhilfe unabhängig von einer Strafanzeige besteht. **Die EVP begrüsst diese Anpassung.**

Art. 8 Abs. 1 u. 3 VE-OHG: Die vorgeschlagene Regelung sieht eine Informationspflicht der Kantone vor. **Die EVP erachtet diese Anpassung als äussert sinnvoll.** Die EVP teilt die Meinung des Bundesrates wonach die Kantone die Betroffenen nicht nur individuell informieren, sondern auch die Öffentlichkeit über das Angebot der Opferhilfe aufklären müssen.

Art. 14 VE-OHG: Der Leistungskatalog des OHG soll um die rechtsmedizinische Hilfe ergänzt werden. **Die EVP begrüsst diese Erweiterung vollumfänglich.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz



Alex Würzer
Generalsekretär EVP Schweiz

¹ https://ch-sodk.s3.eu-west-1.amazonaws.com/media/files/b2311369/5318/4a14/9fe0/0440516006c7/2024.10_Schlussbericht_SODK_Analyse_Schutz-_und_Notun.pdf

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 21. Januar 2025 / SO
20250124_VL_Opferhilfe_d

Elektronischer Versand: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Teilrevision des Opferhilfegesetzes Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP.Die Liberalen unterstützt grundsätzlich die Teilrevision des Opferhilfegesetzes, welche einen klaren Fokus auf die Verbesserung der Opferrechte und den Zugang zu Hilfeleistungen hat, wobei wichtige Prinzipien und Bedingungen beachtet werden müssen:

1. Stärkung der Opferrechte

Die FDP sieht die Notwendigkeit, die Rechte von Gewaltopfern zu stärken, um diesen einen besseren Zugang zu Unterstützung und Informationen zu ermöglichen. Nationalrätin Jacqueline de Quattro betont, dass die Gewalt in der Schweiz zunimmt: «La violence augmente en Suisse. Il existe dans notre pays un nombre croissant de personnes en colère, qui sont prêtes à recourir à la violence. » Besonders besorgniserregend ist die Situation im Bereich der häuslichen Gewalt, bei der in der Schweiz alle zwei Wochen ein Todesfall zu beklagen ist. Gewalt betrifft alle sozialen Schichten und Generationen, weshalb gezielte Massnahmen notwendig sind.

Es ist essenziell, dass Opfer – unabhängig davon, ob sie sofort eine Strafanzeige erstatten möchten – Zugang zu medizinischer und rechtsmedizinischer Soforthilfe haben. Dies betrifft insbesondere Opfer von sexueller, häuslicher oder sexistischer Gewalt, die oft nicht die notwendige medizinische und psychologische Notfallhilfe erhalten. Zudem haben sie häufig nicht die Möglichkeit, Verletzungen und Spuren rechtsmedizinisch dokumentieren zu lassen. Dies führt dazu, dass viele Opfer die Chance verlieren, später eine erfolgreiche Strafverfolgung einzuleiten. Die vorgeschlagene Reform soll sicherstellen, dass Gewaltopfer so schnell wie möglich spezifische Hilfe erhalten, darunter die Behandlung von Verletzungen, die Traumaverarbeitung und die Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten.

2. Wahrung der kantonalen Zuständigkeiten

Ein zentraler Punkt ist die Wahrung der kantonalen Autonomie. Die Umsetzung der Opferhilfe soll flexibel gestaltet sein, sodass die Kantone, die bereits spezialisierte Strukturen haben, diese anpassen können. Es wird gefordert, dass die Kantone genügend Spielraum behalten, um die spezifischen regionalen Gegebenheiten und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Eine starre Vorgabe aus Bundesbern, die die kantonale Autonomie einschränken würde, wird abgelehnt. Dies bedeutet, dass Kantone, die bereits spezialisierte Strukturen wie Notfallzentren für Opferhilfe haben – wie etwa im Kanton Waadt (CHUV) und im Kanton Bern –, diese flexibel anpassen können. Diese

Zentren haben sich bewährt und decken einen echten Bedarf. Ein gleichberechtigter Zugang zu solchen Dienstleistungen in der gesamten Schweiz ist erforderlich, um eine einheitliche Unterstützung für Gewaltopfer zu gewährleisten.

3. Verhältnismässigkeit und Datenschutz

Es ist ein zentrales Anliegen der Partei, dass der Datenschutz und die Verhältnismässigkeit der Massnahmen gewahrt bleiben. Es muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu Informationen und die Speicherung persönlicher Daten von Opfern und Tätern klar geregelt sind, um den Schutz der Privatsphäre zu gewährleisten. Der Zugang zu Informationen soll sich auf wesentliche und relevante Daten beschränken, um Missbrauch zu vermeiden.

4. Finanzierung und Übergangsregelungen

Ein weiteres Anliegen ist die Klärung der Finanzierung. Die Partei fordert, dass die Übernahme der Kosten für die erweiterten Opferhilfeleistungen, insbesondere für die rechtsmedizinischen Dokumentationen, klar geregelt wird, um Unsicherheiten für die Kantone zu vermeiden. Auch die Übergangsregelungen für bereits abgeschlossene Verfahren müssen eindeutig definiert werden.

Die FDP begrüsst den Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes als einen Schritt in die richtige Richtung, um den Opfern von Gewalt ein stärkeres Schutz- und Unterstützungsnetz zu bieten. Gleichzeitig wird gefordert, dass diese Revision mit Bedacht umgesetzt wird, um den liberalen Prinzipien der Verhältnismässigkeit, der Datensicherheit und der kantonalen Flexibilität gerecht zu werden. Diese Reform soll eine verbesserte Hilfe für Gewaltopfer gewährleisten, ohne die Autonomie der Kantone zu beeinträchtigen und ohne die Privatsphäre der Betroffenen zu gefährden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer



Les VERT-E-S suisses
Joanna Haupt
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
joanna.haupt@gruene.ch
031 511 93 20

Département fédéral de justice et
police DFJP
Office fédéral de la Justice
CH-3003 Berne

Par e-mail :
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Berne, le 23 janvier 2025

Réponse à la consultation sur l'avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes LAVI

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Vous avez invité les VERT-E-S à prendre position dans le cadre de la consultation mentionnée dans le titre. Nous vous en remercions et nous prononçons comme suit.

Appréciation générale

Les VERT-E-S accueillent favorablement la révision proposée par le Conseil fédéral. Nous estimons cependant que l'aide aux victimes doit encore être élargie et obtenir plus de moyens pour accomplir ses missions.

Appréciation détaillée

Cette réforme représente un progrès important pour améliorer l'accès des victimes à un soutien spécialisé, notamment dans le domaine médico-légal. Elle permet également à la Suisse de mieux respecter ses engagements internationaux, en particulier la Convention d'Istanbul ratifiée en 2017.

Nous considérons cette révision comme une avancée dans la lutte contre les violences envers les femmes, les violences domestiques et celles subies par la communauté LGBTIQ+. Il est essentiel de poursuivre les efforts dans cette lutte car, malgré les mesures récemment mises

en place telles que la surveillance électronique (née suite au postulat [19.4369](#) de la conseillère nationale verte Arslan), la situation demeure alarmante. En 2023, près de 20'000 infractions liées à la violence domestique ont été enregistrées par la police, et en moyenne, une femme a été tuée toutes les deux semaines et demie par un homme de son entourage. Une étude publiée fin 2024 révèle qu'un tiers des personnes LGBTIQ+ rapporte avoir subi des agressions physiques ou sexuelles au cours des cinq dernières années.

Les VERT-E-S sont favorables à un élargissement supplémentaire de l'aide aux victimes. Des moyens plus conséquents doivent être investis afin de créer une offre suffisante de lieux d'accueil pour les victimes dans toute la Suisse. Nous rappelons la responsabilité des cantons d'offrir un accès adéquat à des services de soutien spécialisé, ainsi qu'à des refuges facilement accessibles et disposant de suffisamment de places. Les VERT-E-S appellent depuis plusieurs années au développement et au financement de mesures permettant d'offrir aux victimes non seulement un soutien immédiatement après l'infraction, mais également sur le long terme.

Par ailleurs, nous considérons qu'il est paradoxal de chercher à améliorer la prise en charge des victimes tout en diminuant son financement. En septembre 2024, le Conseil fédéral a en effet annoncé vouloir supprimer les contributions de la Confédération à la formation des personnes chargées de l'aide aux victimes. Depuis 2019 et malgré la pandémie de COVID-19, ces subventions ont permis de financer près de 300 journées de formation. En ratifiant la convention d'Istanbul, la Suisse s'était pourtant engagée à renforcer la formation des professionnel·les ayant affaire aux victimes de violences.

Remarques par articles

Art.1, al.4 LAVI

Nous saluons l'ajout de cet alinéa qui inscrit noir sur blanc dans la loi le fait qu'une victime a droit à un accompagnement en vertu de la LAVI, même si elle ne dépose pas plainte. Ce nouvel alinéa lève toute insécurité juridique et fait en sorte qu'aucune victime ne doive se soumettre au long et souvent douloureux processus du dépôt de plainte si elle ne le souhaite pas. De plus, en garantissant que dépôt de plainte et prestations LAVI sont deux choses séparées, cette clause pourrait aussi améliorer l'accès des personnes sans statut légal aux dispositifs d'aide. Il faut en effet rappeler qu'une personne sans-papiers victime de violence qui dépose plainte, court aujourd'hui le risque d'être dénoncée pour séjour illégal.

Art. 8 LAVI

La modification de l'article 8 oblige les cantons à informer la population de l'offre en matière d'aide aux victimes. Il est essentiel de faire connaître largement les prestations de soutien aux victimes. Cet article doit être compris de manière ambitieuse et donner lieu à de vastes campagnes de sensibilisation et de prévention dans tous les cantons.

Art. 14 LAVI

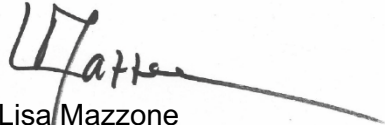
Les VERT-E-S saluent tout particulièrement l'intégration des services médico-légaux à la liste des prestations de la LAVI. Cette nouveauté permettrait d'offrir ces services directement dans les centres de soutien. Ainsi, les victimes auraient le temps de réfléchir avant de porter plainte, sans compromettre la collecte de preuves valables juridiquement. Ce regroupement des prestations pourrait également soulager les victimes en diminuant le nombre de personnes à qui elles doivent s'adresser. De plus, cela garantirait que seul·es des professionnel·les spécialement formé·es à ces questions prennent en charge les victimes. Enfin, l'intégration des services médico-légaux dans les prestations de la LAVI assurerait un financement uniforme dans toute la Suisse.

Conclusion

Les VERT-E-S soutiennent cette révision qui va dans la bonne direction. Nous nous engageons cependant en faveur d'une extension de la loi afin d'améliorer la prise en charge des victimes en Suisse et de respecter pleinement nos obligations internationales.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position et restons à votre disposition en cas de questions.

Avec nos salutations distinguées,



Lisa Mazzone
Présidente



Joanna Haupt
Secrétaire politique

Per Mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 30. Januar 2025

Vernehmlassung: Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Mit der beantragten Teilrevision des Opferhilfegesetzes möchte der Bundesrat die Leistungen für Opfer von Gewalt ausbauen. Die Revision soll sicherstellen, dass Opfer von Gewalt, insbesondere von häuslicher und sexualisierter Gewalt, Zugang zu spezialisierten und qualitativ hochwertigen medizinischen und rechtsmedizinischen Leistungen haben. Unter anderem soll der Zugang zur rechtsmedizinischen Dokumentation künftig kostenlos sein. Das Opfer soll die rechtsmedizinische Dokumentation unabhängig davon verlangen können, ob es den Täter oder die Täterin anzeigt oder nicht.

Die Mitte unterstützt grundsätzlich die Änderungen im Opferhilfegesetz

Aktuell ist die Finanzierung der rechtsmedizinischen Leistungen in der Schweiz uneinheitlich und in mehreren Kantonen unbefriedigend geregelt. Kommt hinzu, dass bei der Einführung von kantonalen Gesamtstrategien für die medizinische Versorgung wenig Fortschritte erzielt wurden. Aus diesen Gründen begrüsst Die Mitte grundsätzlich die geplante Teilrevision. Mit der Erweiterung und Konkretisierung des Opferhilfegesetzes kann sichergestellt werden, dass Opfer von Gewalt spezialisierte und adäquate Ersthilfe erhalten. Zudem wird die Rechtssicherheit gestärkt. Begrüssenswert ist auch die Stärkung der Sichtbarkeit der Opferhilfe.

Für einige Kantone werden sich mit dem neuen Recht zusätzliche Kosten ergeben. Es ist deshalb zu beachten, dass die anfallenden Mehrkosten für die Kantone verhältnismässig bleiben. Die Mitte weist darauf hin, dass namentlich Art. 14a Abs. 2 OHG so ausgestaltet werden sollte, dass eine Umsetzung auch für kleinere Kantone möglich ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben
mit freundlichen Grüssen

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

Bern, 19. Dezember 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern



jonas.amstutz@bj.admin.ch

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Teilrevision des Opferhilfegesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz begrüsst den heutigen Entscheid des Bundesrates, die Teilrevision des Opferhilfegesetzes (OHG) in die Vernehmlassung zu geben und damit den Zugang zur medizinischen und rechtsmedizinischen Unterstützung für Gewaltopfer auszubauen. Dieser wichtige Schritt geht unter anderem auf eine Motion von SP-Nationalrätin Tamara Funicello sowie der ehemaligen SP-Ständerätin Marina Carobbio zurück. Die Schweiz hat sich international für den Schutz vor häuslicher Gewalt und vor Gewalt an Frauen verpflichtet. Mit der 2018 in Kraft getretenen Istanbul-Konvention verfügt die Schweiz über ein Regelwerk zur Verhinderung von und zur Unterstützung bei Gewalt. Der Nationale Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung definierte 2022 somit auch konkrete Massnahmen für die verschiedenen föderalen Ebenen. **Die vorgesehenen Anpassungen des Opferhilfegesetzes dienen zum Teil der Umsetzung von Art. 25 der Istanbul-Konvention in Bezug auf Opfer sexueller Gewalt in der Schweiz. Sie gehen jedoch nicht weit genug, um die Verpflichtungen der Istanbul-Konvention zu erfüllen.**

Vorab ist auf die Pa. IV. der RK-N 22.456 «Lücke im OHG schliessen. Opfer mit Tatort Ausland unterstützen» zu verweisen, welche im Rahmen der Sommersession 2024 vom Nationalrat mit 127:65 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde. Es ist nach Ansicht der SP Schweiz richtig und wichtig, dass auch Opfer **von Gewalttaten im Ausland Zugang zu den benötigten Unterstützungsleistungen aus der Opferhilfe erhalten.**

Insbesondere begrüsst wird, dass nun in Art. 1 Abs. 4 VE-OHG explizit festgelegt wird, dass der Anspruch auf Opferhilfe **unabhängig von einer Strafanzeige besteht**. Die SP Schweiz hat sich stets dafür eingesetzt, dass Gewaltopfer – egal ob sie sich für eine Anzeige entscheiden oder nicht – auf ein breites und zugängliches Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen können. Dies stärkt nicht nur die Opfer, sondern hilft auch, die Strafverfolgung zu verbessern und Gewalt effektiv zu bekämpfen.

Ebenfalls von herausragender Bedeutung ist, dass die vorgeschlagene Regelung eine Informationspflicht der Kantone vorsieht. Während die bestehende Informationspflicht der Strafbehörden erhalten bleibt (Art. 305 Abs. 1–3 StPO, Art. 330 StPO und Art. 84b MStP), ermöglicht diese Ausweitung eine breitere und gezieltere Aufklärung der Öffentlichkeit. Damit Opfer von ihren Rechten Gebrauch machen können, ist es dringend notwendig, den Bekanntheitsgrad der Opferhilfe in der Schweiz zu erhöhen. **Dazu braucht es Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, sowohl für die Betroffenen als auch für die breite Öffentlichkeit.** Dabei ist zu beachten, dass die Informationen leicht zugänglich und verständlich und sowohl digital als analog verbreitet werden. Die Informationen sollen in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Dies soll Opfern mit unterschiedlichem Hintergrund den Zugang zu Hilfsangebot ermöglichen.

Der Leistungskatalog des OHG soll zudem in Art. 14 VE-OHG um die rechtsmedizinische Hilfe ergänzt werden. Die SP Schweiz begrüsst diese Erweiterung, da sie Betroffenen die Möglichkeit eröffnet, auch zu

einem späteren Zeitpunkt über eine Anzeige der erlittenen Straftat zu entscheiden. Hinsichtlich der Kostenübernahme durch die Opferhilfe ist es wichtig, die bürokratischen Hürden so gering wie möglich zu halten. Der Prozess der Antragstellung darf für Betroffene kein zusätzliches Hindernis darstellen. Auch ist hierbei zu erwähnen, dass die Kantone zwingend angemessene Fristen für die Aufbewahrung festlegen müssen. Diese dürfen nicht zu kurz sein, da ansonsten der Zweck, dem Opfer die Möglichkeit zu geben, eine Entscheidung über eine mögliche Anzeige der erlittenen Straftat zu treffen, vereitelt wird. Weiter wird begrüsst, dass in Art. 14a Abs. 2 VE-OHG festgehalten wird, dass die Kantone eine spezialisierte Stelle vorsehen müssen. Dabei handelt es sich um eine Minimalvorgabe und den Kantonen steht es frei, auch zusätzlich zu den Opferberatungsstellen weitere Akteure im Bereich der Opferhilfe zu schaffen. Wichtig ist nach Ansicht der SP Schweiz, dass bei diesen Stellen speziell ausgebildete Gesundheitsfachpersonen angestellt sind, welche die nötigen Kompetenzen im Umgang mit Gewaltopfern haben. **Es braucht dazu eine bessere Schulung der medizinischen Fachpersonen (z.B. Pflichtvorlesung über rechtsmedizinische Dokumentation und Opferhilfe).** Dabei könnte man sich an den erwähnten bewährten Modellen in den Kantonen Waadt, Bern, Genf oder auch Zürich oder St. Gallen orientieren.

Schliesslich ist festzuhalten, dass Die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates ein erster wichtiger Schritt sind, um das Opferhilfegesetz den aktuellen Herausforderungen anzupassen und die Unterstützung von Gewaltopfern zu verbessern. **Die SP Schweiz begrüsst die Festlegung eines rechtlichen Rahmens und die Vergabe von gewissen nationalen Minimalstandards.** Es ist jedoch anzufügen, dass neben den entsprechenden Massnahmen des Bundes unerlässlich ist, dass auch die Kantone ihrer Verantwortung gerecht werden und sicherstellen, **dass entsprechende Anlaufstellen rund um die Uhr und kostenlos zur Verfügung stehen.** Es ist wichtig, dass Opfer von Gewalttaten zu jedem Zeitpunkt ihre Rechte nach OHG wahrnehmen können. Dementsprechend ist es von Bedeutung, dass die **Kantone im Gesetz explizit dazu verpflichtet werden, genug Plätze in Schutz- und Notunterkünften bereitzustellen.** Es braucht in jedem Kanton **zentral gelegene, rund um die Uhr geöffnete Krisenzentren mit spezialisiertem zusammengesetztem Fachpersonal.** Es ist zentral, dass Opfer in einer psychischen Ausnahmesituation unmittelbar nach einer Gewalttat professionell unterstützt, und betreut werden von spezialisierten Fachpersonen, die im Umgang mit Opfern vertraut sind und die sehr spezifischen Bedürfnisse von Opfern kennen.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Jessica Gauch
Politische Fachreferentin

Département fédéral de justice et police
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
3003 Berne
Par courrier électronique :
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Berne, le 24 janvier 2025

Avant-projet de révision partielle de la loi sur l'aide aux victimes

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

L'UDC Suisse accueille favorablement l'avant-projet qui met en œuvre la volonté parlementaire de manière souple afin de laisser suffisamment de marge de manœuvre aux Cantons – sous réserve de quelques garde-fous pour éliminer les abus. Elle saisit cette occasion pour rappeler le véritable fer de lance de l'aide aux victimes : la condamnation effective des criminels et l'expulsion de ceux qui peuvent l'être.

Le projet mis en consultation vise à renforcer les prestations de l'aide aux victimes. Il a pour objectif principal de garantir aux victimes, notamment de violences domestique et sexuelle, un accès à des prestations médicales et médico-légales, ainsi que le droit de demander gratuitement l'établissement d'une documentation médico-légale indépendamment de l'ouverture d'une procédure pénale. Cela ancrerait dans la loi une pratique qui existe déjà dans certains cantons afin de régler la question du financement.

L'UDC estime qu'il est important de mettre toutes les chances du côté des victimes afin qu'elles puissent conduire leurs agresseurs devant la justice. A cette fin, la possibilité d'établir un dossier médical rapidement, quand bien même la victime ne serait pas encore certaine de vouloir agir déposer plainte, est une mesure apte à améliorer la situation. Il en va ainsi car la documentation médico-légale permet de conserver les traces et éléments de preuves permettant de condamner les coupables, cela aussi dans les cas où une victime tarde quelque peu à décider d'agir en justice.

En ce qui concerne la mise en place de services dits spécialisés, l'UDC plaide pour une mise en œuvre souple, laissant aux cantons toute la flexibilité nécessaire pour appliquer un droit qui corresponde à leur organisation médicale. Il en va de même du degré d'information qui est attendu des cantons, le plus important étant que les victimes soient informées de leurs droits lorsqu'elles sont directement concernées.

En outre, étant donné qu'une dénonciation pénale ne sera explicitement plus nécessaire pour faire naître les différents droits découlant de la loi, il convient de prévoir des garde-fous contre les abus, afin d'éviter que des prestations ne puissent être accordées dans les cas où la qualité de victime a été invoquée de manière trompeuse à dessein (notamment en l'absence d'infraction).

L'UDC Suisse profite de cette occasion pour rappeler que la véritable aide aux victimes consisterait aussi, enfin, à proposer des peines suffisantes, en particulier dans le cadre des violences domestiques et sexuelles. Il est choquant que le Parlement se satisfasse de peines avec sursis complet pour une proportion élevée d'auteurs criminels et que le renvoi de ces derniers, lorsqu'il est possible, soit souvent éludé par les ministères publics et les juges. Pour aller au bout des choses, un véritable tour de vis du code pénal est essentiel.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général



Marcel Dettling
Conseiller national

Henrique Schneider